Syrer zu faul? S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 15. Juli 2016 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland · Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro · C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ein von der Politik verkanntes Problem: Gewaltbereite Linksradikale in Berlin

Bild: action press

Die Ruhe ist trügerisch

Deutschland 2016: Die Loyalität zu Volk, Staat und Gesetz schwindet

Bürger wie Politiker entfernen sich bedenklich von den Grundlagen der Republik, die schleichend aus den Fugen gerät.

Berlin wird von einer seit vielen Jahren nicht dagewesenen linken Gewaltwelle durchgeschüttelt (siehe S. 5). Per Reisebus touren „Antifaschisten“ durch die Gegend um Gütersloh, um vor den Privathäusern von „Rechten“, darunter ein AfD-Funktionsträger, Aufstellung zu nehmen, die Betroffenen lautstark einzuschüchtern und Nachbarn aufzuhetzen. Der Reporter einer Regionalzeitung begleitete die Gruppe, ohne ein kritisches Wort zu verlieren oder an die finsteren historischen Parallelen zu erinnern.

Auf den Trümmern einer verfehlten, brandgefährlichen Zuwanderungspolitik breitet sich laut Verfassungsschutz zudem auch auf dem rechten Rand ein gewaltbereites Potenzial aus, wie es dort schon lange nicht mehr konstatiert werden musste.

Man könnte dies als Herausforderungen verbuchen, wie sie die Republik schon viele überstanden hat. Doch etwas ist neu: Die linken Extremisten werden im Namen des „Kampfes gegen Rechts“ nicht nur mit Samthandschuhen angefasst, sie erhalten sogar nicht selten mehr oder minder direkt staatliche Förderung.

> Ausgerechnet die einst Loyalsten wenden sich ab

Und noch etwas ist anders, nämlich das Verhalten weiter Teile des Bürgertums. Seit Jahrzehnten standen die Bürger der Bundesrepublik fast einhellig an der Seite ihres Staates. Diese Einhelligkeit aber hat tiefe Risse erlitten, die ihr insbesondere von der politischen Elite zugefügt wurden. Folge: Mehr Bürger denn je wenden sich ab.

Wenn eine von den Mächtigen so verfemte Partei wie die AfD trotz innerer Schlachten nahezu stabil zwischen zehn und 14 Prozent Zustimmung verharrt, zeigt dies, wie stark sich die Entfremdung vieler Wähler von den Etablierten bereits verfestigt hat. Dies bei Menschen, die einst zu den gegenüber dem „System“ Loyalsten zählten. Hinzu kommen an die 30 Prozent, die angeben, gar nicht wählen zu wollen oder nicht zu wissen, wen.

Diese Bürger sind abgestoßen von dem Eindruck, dass auch die „Eliten“ ihrem Volk und dem Staat, dessen Regeln und Gesetzen, in Wahrheit zynisch bis ablehnend gegenüberstehen. Die Kaskade an Rechtsbrüchen bei der Euro- und Asylpolitik, die Bürgerenteignung per Zins ebenso wie die Hetztiraden von Politikern gegen besorgte „Wutbürger“ haben hier eine verheerende Wirkung gezeigt.

Millionen von Deutschen, die ihrer politischen Führung ihr Vertrauen schenkten, fühlen sich getäuscht, bestohlen, ausgeliefert und verhöhnt. Dies sind keine „Verlierer“, sondern überwiegend gut ausgebildete, arbeitende, steuerzahlende Mittelschichtler, die Basis von Staat und Gesellschaft. Kommt es in so einer Gemengelage zu einem wirtschaftlichen Einbruch, ist die Explosion nicht mehr fern. Die Stabilität, welche die Zweite Republik derzeit trotz allem ausstrahlt, könnte sich in einer solchen Situation als trügerisch erweisen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Verkehrte Welt

Das von Angela Merkel zum Auftakt der von ihr initiierten Asylanteninvasion ausgegebene Mantra „Wir schaffen das“ sorgt angesichts der vielen negativen Aspekte der „Bereicherung“ durch „dringend gesuchte Fachkräfte“ aus fremden Kulturen außer bei der Kanzlerin nützlichen Idioten und gewissenlosen Opportunisten schon lange für Unwohlsein. Deshalb steht ihr neues Internetportal zum Thema Integration unter einem neuen Motto: „Deutschland kann das“. Die verklausulierte Botschaft lautet jedoch unverändert und mehr denn je: Ich habe den Karren in den Dreck gefahren und Ihr müsst ihn da raus holen.

Wie Deutschland das zu können und wie „Integration, die allen hilft“ im Sinne der Kanzlerin auszusehen hat, teilt sie uns in einer Videobotschaft mit: Wir, die Mehrheitsgesellschaft, marginalisieren uns selbst und nehmen einen Minderheitenstatus ein. Auf nichts anderes läuft es hinaus, wenn sie die muslimischen Zuwanderer um Toleranz für den Schweinefleischkonsum der Deutschen bittet. Das ist absurd. Toleranz wird gegenüber dem eingefordert, was vom Normalzustand abweicht. Merkel stellt mit ihrer Äußerung jedoch den Verzehr von Schweinefleisch und damit die Ernährungsgewohnheiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft als Ausnahme und den von der Minderheit der muslimischen Zuwanderer geübten Verzicht auf Schweinefleisch als Normalität dar. Statt, wie es selbstverständlich sein sollte, von den Fremden Respekt vor den Gewohnheiten der Einheimischen einzufordern, bittet die Repräsentantin der Mehrheit die Minderheit unterwürfig um Duldung der Gewohnheiten der Mehrheit. So weit ist die Islamisierung unseres Landes bereits fortgeschritten.

Die weltweite Blutspur des Ramadan

Fastenmonat hat auch eine kriegerisch-dschihadistische Komponente – Attentat am Prophetengrab ist ein Weckruf an gemäßigte Muslime

Wochen des Schreckens hatte ein Sprecher der islamistischen Terrororganisation IS kurz vor Beginn des Ramadan angekündigt und die Muslime zu weltweiten Anschlägen gegen „Ungläubige“ aufgerufen. Die Dschihadisten hielten Wort, nur mit dem Unterschied, dass die meisten der in die Hunderte gehenden Ramadan-Toten selbst Muslime waren.

Die islamistische Blutspur zog sich durch die Bürgerkriegsländer Syrien, Jemen und Irak, sie erreichte die Nachbarländer Libanon und Jordanien sowie mit Bangladesch eines der größten islamischen Länder. Sie reichte von Orlando in den USA bis zum Flughafen von Istanbul. Allein beim bisher schwersten Anschlag des Jahres starben in einem Schiitenviertel in Bagdad nach jüngsten Angaben weit mehr als 300 Menschen. Der diesjährige Ramadan stand so unter dem Zeichen des Terrors, dass die Regierung in Tunesien extra darauf hinweisen zu müssen glaubte, dass in Tunesien erstmals seit Jahren kein Terroranschlag im Ramadan stattgefunden hatte.

> Opferzahlen gehen in die Hunderte

Zu Ende gegangen ist einer der blutigsten Ramadane seit Menschengedenken mit einem Selbstmordanschlag in der Nähe des Prophetengrabes in der Heiligen Stadt des Islam, in Medina in Saudi-Arabien. Damit ist der Terror genau dort angekommen, von wo er im Verständnis der Terror-Adepten, der Salafisten, einst ausgegangen ist, nämlich von Mohammed selbst. Im Ramadan sollen sich Muslime auf jene Dinge konzentrieren, die sie ihrem Glauben und Gott näherbringen. Für die allermeisten heißt das: fasten, beten, Gutes tun und den freundschaftlichen Umgang mit den Mitmenschen pflegen.

Doch der Ramadan hat seit Entstehung des Islam auch eine kriegerisch-dschihadistische Komponente. Mohammed selbst zog im Ramadan 624 gegen die Mekkaner zu Felde und besiegte sie in einer legendären Schlacht. Darauf beziehen sich die Dschihadisten heute, wenn sie gerade während des Ramadan für die Sache Allahs kämpfen und töten. Radikale Gelehrte bestärkten sie darin.

> Handeln muss vor allem Saudi-Arabien

Der Terror zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan ausgerechnet am Grab des Propheten könnte ein letzter Weckruf an die friedliche muslimische Mehrheitsgemeinde gewesen sein, der Meinungsdominanz der Salafisten in den sozialen Netzwerken und den modernen Medien ein Ende zu bereiten und endlich den Aufschrei der Abgrenzung gegen Terror, Gewalt, Salafismus, Dschihadismus und Gewalt in der Religion zu starten, den der Rest der Welt seit Jahren vom Islam erwartet. Anfangen müssen die Muslime genau dort, wo der Terror jetzt auch angekommen ist, bei der Person des Propheten Mohammed sowie seinen Schriften und Äußerungen, wie sie überliefert sind.

Wenn es den Muslimen jetzt nicht gelingt, ein historisch kritisches Bild von ihrem Propheten zu entwickeln und seine Schlachten und Gewaltaufrufe in den geschichtlichen Kontext zu stellen, der dem Propheten den göttergleichen Nimbus nimmt, dann wird die Welt neben einer Steigerung des interethnischen und religiösen Hasses und der Gewalt auch eine weitere Selbstzerfleischung des Islam erleben.

Gefragt ist hier vor allem das Königreich Saudi-Arabien, das als Hüter der Heiligen Stätten eine besondere Verantwortung gegenüber dem Andenken des Propheten Mohammed hat, aber auch als weltweiter geistiger und materieller Unterstützer der salafistischwahhabitischen Gruppen gilt. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Haft für Islamisten

Duschanbe – Das Oberste Gericht Tadschikistans hat die Führer der verbotenen islamistischen Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans, Machmadali Chadschit und Saidumar Chusaini, zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. Zwölf weitere Mitglieder der Gruppe erhielten Strafen von bis zu 25 Jahren Haft, einzelne Verwandte der Hauptangeklagten ein Jahr Haft wegen des Verschweigens von geplanten Straftaten. Amnesty International, Association for Human Rights in Central Asia, EU-Kommission, EU-Parlament, Internationales Helsinki-Komitée, Human Rights Watch, OSZE und der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit legten daraufhin umgehend Protest gegen die Urteile ein und bezeichneten sie öffentlich als „besorgniserregend“ und „politisch motiviert“. *T.W.W.*

Kim Jong-un jetzt Alleinherrscher

Pjöngjang – Südkoreanischen Geheimdienstkreisen zufolge wurde das gesamte Machtsystem Nordkoreas insgeheim verändert. Oberstes Organ des Landes ist nunmehr die Kommission für Staatsangelegenheiten, zu deren Vorsitzendem die Delegierten einstimmig Kim Jong-un ernannten. Die Vormachtstellung der Kommission gilt gegenüber der Staatspartei (Partei der Arbeiter) und allen Streitkräften, deren Oberbefehlshaber Kim ohnehin schon war. Nunmehr untersteht ihm auch formell der gesamte Staatsapparat Nordkoreas. Er ist damit zur allesbeherrschenden Führerfigur seines Landes geworden. *FWS*

Mehr Schutz für EU-Außengrenze

Brüssel – Die unkontrollierte Asylanteninvasion hat es deutlich gemacht: Ein Europa der offenen Grenzen kann nur funktionieren, wenn die EU-Außengrenzen wirksam geschützt werden. Deshalb haben sich die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, die EU-Kommission und das EU-Parlament auf den Aufbau einer neuen Grenzschutzbehörde geeinigt. Geplant sind 1000 feste Mitarbeiter und eine Reserve aus 1500 Grenzschützern. Sie sollen in Krisensituationen mit dem nötigen Material binnen weniger Tage entsandt werden können. Auf Vorschlag der EU-Kommission soll das notfalls auch gegen den Willen einer nationalen Regierung möglich sein, wenn diese ihren Verpflichtungen beim Schutz der Außengrenzen nicht nachkommt. Ein solcher Beschluss gilt jedoch als politisch und praktisch kaum durchsetzbar. Er wäre ein direkter Eingriff in die Hoheitsrechte eines Mitgliedstaates und ohne Kooperation mit den dortigen Sicherheitskräften wenig erfolgversprechend. Deshalb hat die EU ein zweites Druckmittel geschaffen: Die anderen EU-Länder dürfen bei Gefahr für das Funktionieren des Schengen-Raums an den Grenzen zu dem betroffenen Mitgliedstaat an der Außengrenze wieder vorübergehend Kontrollen einführen. Die neue Behörde soll auch bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber und Personen ohne Aufenthaltsrecht eine größere Rolle spielen. Dafür soll sie eine eigene Abteilung und ein „Interventionsteam“ bekommen, das zur Unterstützung von Mitgliedstaaten entsandt wird. Die neue Grenz- und Küstenwache soll im September voll einsatzfähig sein. *U.M.*

Nicht nur »Los von London«

Nach dem Brexit-Referendum wittern Separatisten in ganz Europa Morgenluft

Seit sich Engländer und Waliser gegen Schotten und Nordiren mehrheitlich für die Verabschiedung des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union entschieden, sind quer über den Kontinent Gründe und Folgen geradezu auf inflationäre Weise erörtert worden. Auffällig ist, dass dabei ein unterschätztes Thema gänzlich außer Acht geriet, nämlich Lage, Dasein und Bedürfnisse einer Gruppe von Minderheiten. Dies korreliert mit dem Stellenwert, den diese in der Europäischen Union einnehmen.

Es ist eine Krux, dass sich die EU nie auf eine eigentlich wünschenswerte, weil notwendige Minderheiten-Politik eingelassen hat. Gemeint sind damit nicht „neue“, sondern „alte“, autochthone Minderheiten, nationale Minoritäten in – aufgrund vielerlei historischer Gründe – fremdnationaler Umgebung. Es gibt deren viele, auch in der EU, und einige, deren stete Erfolglosigkeit im Ringen um mehr Selbstverwaltung Sprengstoff birgt. Warum hat die EU keine substantiellen Volksgruppen-Schutzmaßnahmen ergriffen?

Weil jene traditionell zentralistisch aufgebauten und organisierten Nationalstaaten – Frankreich, Italien, Spanien, Rumänien, um nur die ärgsten Bremser zu nennen – deren Begehr prinzipiell ablehnend gegenüberstehen. Zwar haben Frankreich am 7. Mai 1999 und Italien am 27. Juni 2000 die am 5. November 1992 vom Europarat verabschiedete und – bezogen auf die realen Auswirkungen für die jeweiligen Staatsnationen – relativ harmlos bleibende „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ unterzeichnet, aber ratifiziert und in Kraft gesetzt wurde sie bis zur Stunde von beiden Staaten nicht.

Solange das Manko besteht, dass nationale Minoritäten in jenen Staaten, in denen sie daheim sind, der kollektiven Schutzrechte entbehren, werden sie für diese ein nicht zu unterschätzender Unruhefaktor sein. Maßlos enttäuscht sind sie indes von der EU, von der sie sich in gewisser Weise Erlösung erhofften und teilweise trotz allem noch erhoffen. Denn abgesehen vielleicht von dem vergleichsweise kompetenzarmen „Ausschuss der Regionen der EU“, der allenfalls als Feigenblatt taugt, missachtet just das „supranationale Gebilde“ EU gänzlich ihre Bedürfnisse.

Gerade im Gefolge des Brexit dürften sie sich daher neuerlich und umso vernehmlicher Gehör verschaffen. Die Schotten erstreben die Unabhängigkeit und den Verbleib in der EU. Mit einem weiteren, höchstwahrscheinlich erfolgreicheren Referendum ist zu rechnen. Und für die Nordiren scheint die Gelegenheit günstig, sich mit der Republik Irland zu vereinen.

Die genannten Zentralstaaten müssen eine derartige Entwicklung jenseits des Kanals fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Denn sie hätte Signalwirkung für nationale Minderheiten auf ihrem Territorium. Weder von der EU-Kommission noch vom Rat sind indes Initiativen zu erwarten, die auf einen längst überfälligen „Europäischen Rechtsrahmen für nationale Minderheiten“ hinauszulaufen hätten. Und im Europaparlament würden – gesetzt den Fall, es käme dort dazu – die jeweiligen nationalstaatlichen Bremser in den Fraktionen der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) und der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) dafür sorgen, dass darauf gerichtete Versuche ins Leere laufen.



Los von Madrid: Demonstration für die Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien Bild: pa

Was für Schotten und Nordiren gilt, gilt umso mehr für Katalanen und Basken. Nicht die Katalanen, die sich in – von Madrid nicht anerkannten – Referenden bisher am weitesten vorwagten, sondern die Basken waren die ersten, die – anfangs und über Jahre hin mit blutigen Anschlägen – die Trennung von Spanien und einen eigenen Staat zu erreichen hofften.



Los von Rom: Ballon des Südtiroler Heimatbundes auf dem „Unabhängigkeitstag“ in Bruneck Bild: privat

Davon wäre naturgemäß auch Frankreich betroffen, denn jenseits der Pyrenäen, im französischen Baskenland, das auf Baskisch als „Ipar Euskal Herria“ (Nördliches Baskenland) oder „Iparralde“ (Nordseite) bezeichnet wird, bekennen sich gut 100 000 Menschen zum baskischen Volk.

Die Medien der Grande Nation geben zwar vor, das Geschehen auf den britischen Inseln habe auf Separatisten in Frankreich keine Auswirkung. Dem steht der Augenschein entgegen. Insbesondere in der Bretagne verfolgt man die schottische Unabhängigkeitsbewegung sehr genau. Viele Bretonen begleiten die Entwicklung dort mit Sympathie. Wenngleich in der Bretagne das Verlangen nach Abspaltung von Frankreich weniger ausgeprägt ist, so hört man doch gar nicht so selten, das schottische Vorpreschen werde auch anderen Volksgruppen in Europa – nicht zuletzt den Bretonen selbst – mehr Gehör und politische Eigenständigkeit verschaffen. Immerhin und wohl nicht von ungefähr sind die aufmüpfigen Bretonen bei der von Präsident François Hollande initiierten großen Gebietsreform – Reduktion der Zahl der (festländischen, nicht der überseeischen) Regionen von 22 auf 13 – ungeschoren davongekommen (siehe Seite 6).

Dasselbe gilt für Korsika, das nicht als Region, sondern als Gebietskörperschaft gilt, die einer festländischen Verwaltungseinheit – etwa Provence-Alpes-Côte d'Azur – planerisch hätte zugeschlagen werden können. Die Partitu di a Nazione Corsa (PNC, Partei der korsischen Nation) tritt im Gegensatz zu bisweilen bombender Extremisten nicht unbedingt für die Unabhängigkeit Korsikas ein, verlangt aber mehr Selbstständigkeit statt politischer Steuerung durch Paris. Im Elsass hingegen begnügt man sich hingegen offenbar mit einigen Zuständigkeiten in kulturellen Angelegenheiten. Wenngleich nicht wenige Elsässer gegen die Verschmelzung ihrer Provinz mit Lothringen, der Champagne und den Ardennen zu einer Großregion protestierten, die bislang „Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine“ hieß und ab dem 1. Oktober dieses Jahres auch offiziell „Grand Est“ (Großer Osten) heißen soll.

In Brüssel, wo die am weitesten wirksam werdenden Entscheidungen für die EU getroffen werden, scheint der Staat, dessen Hauptstadt es ist, stets unmittelbar vor seiner Auflösung zu stehen. Der Konflikt zwischen holländischsprachigen Flamen und französischsprachigen Wallonen in Belgien währt schon lange und ist seit zehn Jahren deutlich stärker geworden. Von den Flamen, die sich ökonomisch gegen die Alimentierung der „ärmeren“ Wallonie wenden und zusehends für die Eigenstaatlichkeit eintreten, sprechen sich die wenigsten für den Erhalt des belgischen Zentralstaats aus. Die auf die belgische Annexion Eupen-Malmedys nach dem Ersten Weltkrieg zurückgehende Deutschsprachige Gemeinschaft (DG), ein von 80000 Menschen bewohntes Gebilde mit politischer Selbstverwaltung, eigenem Parlament und Regierung gehört zwar territorial zur Wallonie, hält sich aber aus dem flämisch-wallonischen Konflikt weitgehend heraus.

Außerhalb des Landes werden die Unabhängigkeitsverlangen im Norden Italiens unterschätzt und medial weitgehend ausgeblendet. Die politische Klasse in Rom muss hingegen im Blick auf die möglichen Folgen des Brexit und angesichts wachsender regionaler Erosionserscheinungen eine Art Domino-Effekt befürchten. Bestrebungen, sich von Italien zu lösen, gewannen letzthin besonders im Veneto an Boden. In einem Online-Referendum zum Thema Unabhängigkeit Venetiens, an dem sich seinerzeit 2,36 Millionen Wahlberechtigte (73 Prozent der Wählerschaft der Region) beteiligten, antworteten 89 Prozent auf die Frage „Willst Du, dass die Region Veneto eine unabhängige und souveräne Republik wird?“, mit einem klaren „Ja“.

In unmittelbarer Nachbarschaft ergriff die Lega Nord in der Lombardei eine ähnliche Initiative. Die Schlacht um die Unabhängigkeit sei wieder aktuell, sagt Lega-Chef Matteo Salvini. Und fügte am Tag nach dem Brexit-Volksentscheid hinzu: „Es lebe der Mut der freien Briten. Herz, Verstand und Stolz besiegen die Lügen, Drohungen und Erpressungen. Danke UK, jetzt kommen wir dran.“ Gegen Rom und Brüssel könne man nur gewinnen, wenn sich die Lombardei, Piemont und Venetien zusammenschlössen. Die von seinem Stellvertreter Roberto Maroni geführte Mitte-Rechts-Koalition im lombardischen Regionalparlament verlangt die Umwandlung der Lombardei in eine Region mit Sonderautonomie, einen Status, den die Autonome Region Trentino-Alto Adige innehat, in der die Provinzen Trient und Bozen-Südtirol seit Ende des Zweiten Weltkriegs (zwangs)vereint sind. Doch just diese „Privilegien“ sollen gemäß der (Staats- und Verfassungs-)Reform des italienischen Regierungschefs Matteo Renzi beseitigt werden, womit die bestehenden (Sonder-)Autonomien zwangsläufig gekappt würden. Ob die „Schutzklausel“, die Renzi den Südtirolern zugesichert hat, das Papier wert ist, auf dem sie – nicht eindeutig auslegbar – fixiert ist, muss sich erst noch erweisen.

Faktum ist, dass Italien die autonomen Befugnisse des ihm nach dem Ersten Weltkrieg zugeschlagenen südlichen Tiroler Landesteils mittels gesamtstaatlicher, sprich römischer „Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis“ und spürbarem Finanzmittelentzug, sukzessive entwertete. Angesichts dessen nimmt es nicht Wunder, dass die Befürworter des „Los von Rom“ immer mehr Zulauf erhalten und sich mit den politischen Kräften jener Volksgruppenbewegungen verbünden, die vergleichbare Ziele in Großbritannien, Spanien, Frankreich oder Belgien erstreben. Hätte sich die EU beizeiten auf eine vernünftige Politik zum Schutz der „alten“ Minderheiten eingelassen und einen verlässlichen kollektiven Rechtsrahmen zum Schutz der „kleinen Nationen“ und Volksgruppen geschaffen, so wären die zwischen Hebriden und Stiefelabsatz wirkenden Fliehkräfte mutmaßlich nicht so stark angewachsen – und erhielten auch nicht zusätzlichen Auftrieb durch den britischen

Furcht vor russischer Denkfabrik

Wladimir Jakunin gründet Forschungsinstitut in Berlin – Unterstützung von SPD-nahen Stiftungen

Unisono verurteilten die deutschen Leitmedien die Gründung der Stiftung „Dialogue of Civilizations" (DOC) in Berlin als Instrument russischer Propaganda und Putins Hybridkriegs. Der Putin-Vertraute und Gründer des Instituts, Wladimir Jakunin, gibt sich selbstbewusst, indem er offen einräumt, ein Gegengewicht zur Mainstream-Ideologie bilden zu wollen. Unterstützung erhält er in Deutschland von SPD-nahen Stiftungen.

Als am 1. Juli im Berliner Humboldt-Carré die Gründungsveranstaltung des Forschungsinstituts „Dialog der Zivilisationen" (zu Deutsch) stattfand, wohnten ihr neben dem ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, auch der ehemalige Kanzleramtschef Ronald Pofalla, Vorsitzender des Petersburger Dialogs sowie Hans-Friedrich von Ploetz, ehemaliger deutscher Botschafter in Moskau, und General a.D. Harald Kujat, Ex-Vorsitzender des Nato-Militärausschusses sowie Viktor Subkow, ehemaliger russischer Ministerpräsident bei. Zu den Gästen zählte auch Ex-BND-Präsident August Hanning, Ex-Bahnchef Hartmut Mehdorn sowie weitere bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft.

„FAZ", „Welt" und „Tagesspiegel" übertrafen sich gegenseitig in Anschuldigungen gegen Moskau. Eine „Potjomkinsche Denkfabrik" nannte der „Tagesspiegel" den DOC, die Blätter unterstellten dem Forschungsinstitut, nur der verlängerte Arm des Kreml zu sein, um dessen Propagandakrieg auf deutschem Boden weiterzuführen. Mit der Gründung einer Denkfabrik im innerhalb der EU zentral gelegenen Berlin und mit Deutschland als einem der gewichtigsten EU-Länder wolle Russland die Meinung im Westen drehen. Der Zeitpunkt sei zudem günstig gewählt: Wegen der Asylkrise und islamistischem Terror misstrauten viele Bürger der Politik. EU-Skepsis und Anti-Amerikanismus finde in Deutschland zahlreiche Anhänger, besonders bei Wählern der AfD und der „Linken". Sie sowie Teile der SPD zählten zu den Verbündeten der russischen Denkfabrik.

Die „FAZ" mokiert sich darüber, dass das Stiftungspersonal vor allem aus älteren Männern bestehe, die nur noch wenig Einfluss hätten, Jakunin (68) selbst eingeschlossen. Die Organisation wolle innerhalb der nächsten fünf Jahre zu den führenden 20 der internationalen Thinktanks gehören Co-Gründer Walter Schwimmer (74), von 1999–2004 Generalsekretär des Europarats, führt seit vielen Jahren die Stiftungsgeschäfte von bisherigen Sitz in Wien aus. Peter W. Schulze (73), Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen, leitete von 1992 bis 2003 das Auslandsbüro der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau. Kollegen sollen ihm einen tiefsitzenden Anti-Amerikanismus bescheinigen. Der EU-kritische ehemalige tschechische Präsident Vaclav Klaus (75) sitzt im Aufsichtsrat. Kujat (74) sieht eine Möglichkeit, dass der DOC „in einer offenen Gesellschaft zur Meinungsbildung beitragen kann".

Ziel: Gegengewicht zu Meinungsmonopol der USA schaffen

Nicht ohne Häme berichten die Medien darüber, dass Jakunin eine Headhunter-Firma beauftragt haben soll, die nach Personal für die Stiftung sucht. Allerdings habe es bislang nur Absagen gehagelt. Im Humboldt Carré kündigte Jakunin an, Direktor seines Instituts werde kein Europäer, sondern eine Person aus der Dritten Welt. Den Namen nannte er jedoch nicht.

Was hat es mit Jakunin auf sich, dass die Leitmedien ihm mit soviel Antipathie begegnen? Zunächst werfen sie ihm sein enges Verhältnis zu Putin vor sowie seine langjährige Geheimdiensttätigkeit (zur Person siehe Seite 24). Deshalb vertrete er die Kreml-Ideologie, wie Putin sie nach seiner Rück-kehr als Präsident eingeführt habe. Jakunin setze sich für die Staatsideologie und einen imperialen russischen Nationalismus ein. Sorge bereitet den Stiftungsgegnern zudem, dass Berlin Hauptquartier für ein weltweites Netz russischer Denkfabriken werden solle.



Umstrittener Stiftungsvater: Der Putin-Vertraute Wladimir Jakunin in Berlin Bild: J. Tschernyschew

Laut eigenen Angaben will der DOC Vordenker aus aller Welt zusammenbringen: Akademiker, Politker, Geschäftsleute, Mitglieder der Zivilgesellschaft. Sie sollen originäre Forschung betreiben, zu Seminaren, Diskussionen, Runden Tischen und Konferenzen zusammenkommen.

Jakunin macht keinen Hehl daraus, dass er das US-Meinungsmonopol in internationalen Fragen brechen will. In einem Interview mit „Die Presse" wurde Jakunin deutlich: „Wir haben im Moment nur eine einzige Wahrheitsquelle, und die sitzt in Washington. Diese Mainstream-Ideologie besteht darin, eine klare Trennung in Gute und Schlechte vorzunehmen. Uns geht es darum, westliche und russische Gelehrte zusammenzubringen, um neue Bande zu knüpfen ... weil das Korrektiv fehlt."

Zum fehlenden Korrektiv in Russland selbst befragt, sagte er: „Es stimmt, ich sehe keine wirkliche intellektuelle Opposition zu Putin in Russland. Das Problem ist: Wir haben keine Teilung zwischen der Regierungspartei und irgendeiner Opposition ..." Die Denkfabrik DOC beschäftige sich mit den Ursachen von Spannungen und suche Konfliktlösungsmöglichkeiten. Um diese Ziele zu erreichen, werde die Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Experten angestrebt. Menschen sollten miteinander in Dialog treten, um Lösungen in Konfliktsitutationen zu finden.

So oder ähnlich werden die Statuten jeder Nichtregierungsorganisation (NGO) lauten, als die sich auch der DOC versteht. Jakunin leugnet jede Beteiligung des russischen Staates. Die Stiftung finanziere sich durch Spenden. Im Interview verriet Jakunin doch ein politisches Interesse. Es gebe bereits Absprachen mit China, dass der DOC auch dort agieren wird, nicht zuletzt, um ein Gegengewicht zu US-amerikanischen Interessen im Pazifischen Ozean zu bilden.

Im Hinblick auf die geostrategischen Interessen der russischen Denkfabrik mag die Kritik berechtigt sein. Doch der Geostratege Jakunin – als der er sich auch als Bahnchef gesehen hatte – verfolgt ein größeres Ziel, nämlich den gemeinsamen „Kampf gegen die Barbarei". Gemeint ist der Russlands, des Irans, Syriens, Israels, der EU und der USA gegen den IS.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Wer grabscht, wird ausgewiesen

Berlin – Der neu gefasste Paragraph 177 des Strafgesetzbuches (StGB) sieht nicht nur vor, dass alle sexuellen Handlungen „gegen den erkennbaren Willen" einer anderen Person unter Strafe stehen, sondern er hat auch Folgen für Ausweisungsbestimmungen im Aufenthaltsgesetz (AufentG). Demnach soll eine Verurteilung zu einer Haftstrafe nach Paragraph 177 StGB, je nach Höhe der Strafe, dazu führen, dass das Ausweisungsinteresse gemäß Paragraph 54 AufenthG „besonders schwer" beziehungsweise „schwer" wiegt. Zudem kann von dem generellen Abschiebeverbot nach Paragraph 60 AufenthG abgewichen werden, wenn ein Ausländer nach Paragraph 177 StGB zu einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird. *J.H.*

Zeitung zeigt Mut zur Wahrheit

Dresden – Die „Sächsische Zeitung" hat angekündigt, die Herkunft von Straftätern künftig grundsätzlich zu benennen, unabhängig davon, ob es sich um Ausländer oder Deutsche handelt. Damit verstößt sie bewusst gegen die Richtlinie 12.1 des Deutschen Presserates. Diese schreibt vor, solche Angaben nur dann zu machen, wenn ein „für das Verständnis des Vorgangs begründeter Sachbezug besteht". Das Blatt begründet diesen Schritt mit der anhaltenden Debatte über den zunehmenden Vertrauensverlust der Bürger in die Medien und deren Unabhängigkeit. Dazu führt es eine Befragung unter 300 Abonnenten an, nach der jeder zweite Leser meint, der Grund für die Nennung der Herkunft von Straftätern nur in Ausnahmefällen sei eine „Anordnung von oben in der Flüchtlingskrise". Jeder vierte Abonnent meint, die Medien würden in ihrer Berichterstattung die Herkunft ausländischer Straftäter aus Rücksicht auf diese verschweigen. *J.H.*

Kinder wieder im Trend

2015 so viele Geburten wie seit 15 Jahren nicht mehr

In Deutschland sind 2015 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 738 000 Babys geboren worden – das waren 23 000 Neugeborene oder 3,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Eheschließungen stieg ebenfalls. Die Todesfälle stiegen mit 925 000 allerdings um 6,5 Prozent an, womit sich das Geburtendefizit aufgerundet auf 188 000 vergrößert hat. Im Jahr zuvor hatte es nur 153 000 betragen, teilte das Statistische Bundesamt auf Basis vorläufiger Zahlen mit.

Damit ist die Zahl der Geburten zum dritten Male in Folge in Deutschland gestiegen. Zuletzt waren im Jahr 2000 mit 767 000 mehr Kinder zur Welt gekommen als 2015. Rund 400 000 Paare gaben sich 2015 das Ja-Wort, eine Steigerung um 3,6 Prozent.

Seit 2011 steigt die Geburtenziffer in Deutschland wieder, 2014 lag sie bei 1,47 Kindern je Frau. Das war nach Angaben des Statistischen Bundesamts der höchste Wert im vereinigten Deutschland. Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit hatten 2014 durchschnittlich 1,42 Kinder zur Welt gebracht (Vorjahr: 1,37); Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hatten durchschnittlich 1,86 Kinder geboren (Vorjahr: 1,80), sowohl die Anzahl als auch die Steigerungsquote bei ausländischen Frauen war bedeutend höher als bei deutschen.

In den östlichen Bundesländern war die Geburtenziffer mit 1,54



Gut belegte Säuglingsstation Bild: Colourbox

Kindern je Frau höher als im Westen. Nach den Angaben aus Wiesbaden war Sachsen mit 1,57 Kindern je Frau das Land mit der höchsten Geburtenziffer. Am niedrigsten lag der statistische Wert mit 1,35 Kindern je Frau im Saarland. Bei den Frauen der Geburtsjahrgänge 1976 bis 1985, die 2015 zwischen 30 und 39 Jahre alt waren, nahm die Geburtenhäufigkeit besonders stark zu. Die Statistiker sagen auch, dass viele Frauen ihren Kinderwunsch immer mehr aufschieben würden, sodass das Alter der Frauen bei der Geburt in den letzten Jahren ständig gestiegen sei. Erstmals hatten 2014 auch Akademikerinnen wieder mehr Kinder bekommen als in den Vorjahren und so einen langjährigen bedenklichen Trend gestoppt.

Seit 1990 ist die Gesamtkinderzahl je Frau allerdings um 19 Prozent gesunken. In dem Jahr lag sie noch bei 1,92 Kindern, zum Erhalt der Reproduktionsfähigkeit der Bevölkerung ist jedoch ein Wert um 2 nötig. Der derzeitige Anstieg der Geburtenrate ist keine Folge verbesserter familienpolitischer Anreize, sondern sie ist die Folge der hohen Anzahl von Frauen im Alter zwischen 26 und 35 Jahren, weil in dieser Altersspanne die Geburtenhäufigkeit am höchsten ist. Seit 2008 hat sich die Zahl der Frauen in diesem Alter stabilisiert und sogar leicht zugenommen, was die Geburtenzahl noch einige Jahre positiv beeinflussen könnte. Nach 2020 wird ihre Zahl allerdings voraussichtlich merklich schrum-pfen, was zu einem neuen Geburtentief führen könnte. *B.B.*

Mit dem Dank des BKA

Was Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt so twittern

Seit Kurzem nutzt auch das Bundeskriminalamt (BKA) den Kurznachrichtendienst Twitter. Dabei hat sich das Amt nicht entblödet, einem anonymen linksextremen Schreiber von Twitter-Account „Antifa PR" für den Hinweis zu danken, dass die AfD-Politikerin Frauke Petry angeblich eine Volksverhetzung begangen habe. Der Extremist hatte einen Tweet Petrys vom Vortag beigefügt, in dem sie ironisch während der Fußball-Europameisterschaft geschrieben hatte: „Schäubles Alptraum: die inzestuösen Isländer gleich im Viertelfinale."

Das bezog sich auf das Schäuble-Interview in der Wochenzeitung „Die Zeit", in dem er zur Einwanderungspolitik erklärt hatte: „Die Abschottung ist doch das, was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe. Für uns sind Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt." Der „Antifant" schrieb an das BKA über den Satz Petrys wörtlich: „Eine spezifizierte Volksverhetzung auf eine ‚nationale Gruppe § 130 der ganze §." Der Linksextremist meinte Paragraph 130 des Strafgesetzbuches, der „Volksverhetzung" unter Strafe stellt. Statt den Unsinn zu ignorieren twitterte das BKA zurück: „@antifa_pr vielen Dank für den Hinweis. Wir haben die zuständige Stelle im BKA informiert."

Mit einem Mausklick war dabei auch leicht feststellbar, dass auf dem Account „Antifa PR" Polizisten als „Nazi-Bullen" bezeichnet sowie Hinweise für die linksextreme Szene in Berlin bei gewalttätigen Aktionen wie in der Rigaer Straße getwittert werden. So heißt es dort etwa: „Mindestens 15 Fahrzeuge der Dresdner-Bullen

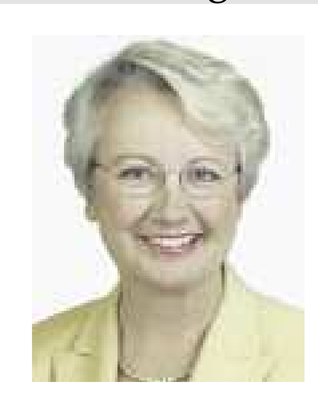
Behördenlob für Antifa und linkes Machwerk

gerade am Treptower Park vorbeigefahren #Rigaer." Oder: „In Berlin wird es von Zivilbullen nur so wimmeln. Vorsicht & Solidarität, Tag & Nacht, besonders bei dezentraler Kreativität. #Rigaer."

Viele Twitter-Nutzer konnten den BKA-Tweet an einen gewaltbereiten Linksextremisten nicht fassen und protestierten – worauf das BKA kein einziges Mal reagierte. Die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch twitterte an das BKA: „Antifa pfeift und BKA springt? Wen hat das @bka denn da an Twitter rangelassen?" Twitter-Nutzer „Violissimo" schrieb: „Unglückliche Äußerung Schäubles wurde persifliert. Nix Volksverhetzung." Nutzer „Vitek" twitterte: „Habt ihr sonst nichts mehr zu tun, als blöde Hinweise von Antifa-Ratten weiterzuleiten?"

BKA und Bundesinnenministerium (BMI) hatten zuvor auch eine einseitige und teilweise diffamierende Broschüre der linken Amadeu-Antonio-Stiftung „Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien – Handlungsempfehlungen" als „lesenswert" empfohlen. In dieser werden unter „Wer befeuert den Hass auf Geflüchtete in Sozialen Netzwerken strategisch?" unter anderem genannt: „Rechtspopulistische Parteien und Medien, wobei die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" als Beispiel genannt wird. Unter „Häufige Formen rassistischer Hetze gegen Flüchtlinge" wird unter anderem der Begriff „Wirtschaftsflüchtlinge" aufgeführt. An der Broschüre hat auch die extrem linke Julia Schramm mitgearbeitet, die für linke „Hatespeech" bekannt ist (Zitat: „Sauerkraut, Kartoffelbrei – Bomber Harris, Feuer Frei"), was auch das BMI einräumen musste. Ansonsten verteidigt es das Machwerk. *Michael Leh*

Zeitzeugen



Annette Schavan – Als Bundesministerin für Bildung und Forschung eröffnete Schavan am 16. Januar 2012 das erste Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen und bezeichnete dieses als „Meilenstein für die Integration“. Ein Jahr später verlor sie ihren Doktortitel wegen des „Tatbestandes einer vorsätzlichen Täuschung durch Plagiat“. Somit verfügt die CDU-Politikerin, die maßgeblich für die Einrichtung der Islamlehrstühle an deutschen Hochschulen verantwortlich zeichnet, faktisch über keinerlei Studienabschluss.

Sami Aidoudi – Obwohl der Tunesier als Leibwächter des al-Kaida-Chefs Osama bin Laden fungierte, lehnte es die deutsche Justiz immer wieder ab, ihn in sein Heimatland abschieben zu lassen – selbst nachdem Ende 2012 bekannt geworden war, dass Aidoudi im islamischen Gebetsraum an der Ruhr-Universität Bochum Salafisten um sich scharte.



Christian Thomsen – Kraft seiner Befugnisse als Präsident der TU Berlin verordnete der Physikprofessor im März 2016 die Schließung des muslimischen Gebetsraumes an der Universität. Als Begründung gab Thomsen an: „Ich bin der Meinung, dass Hochschulen und Religion voneinander getrennt sein sollten.“ Hieran hielt er trotz zahlreicher Drohbotschaften fest.

Harry Harun Behr – Der Professor für Islamische Religionslehre am Interdisziplinären Islamzentrum der Universität Erlangen-Nürnberg konvertierte 1981 zur Religion Mohammeds. Neun Jahre später äußerte er, der Normalzustand zwischen Muslimen und „Ungläubigen“ sei der Krieg. Zudem wirkte Behr an dem Band „Gottes unverfälschte Worte. Antwort auf Salman Rushdies satanische Verse“ mit, der diverse antisemitische Passagen enthält.



Bülent Uçar – Nach dem Studium in Bochum machte der Deutsch-Türke schnell Karriere und erhielt eine Professur für Islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück. Er gehört zu den Gründern des Avicenna-Studienwerkes und fungiert heute als Vorsitzender dieser Fördereinrichtung, die Muslime „angemessen auf Führungspositionen in Wirtschaft, Politik, Kultur und Zivilgesellschaft“ vorbereiten will.

Islamisierung der Universitäten

Neben dem deutschen Fiskus treiben auch Ankara und Riad die Entwicklung voran

Wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen hat der Islam inzwischen auch an den deutschen Hochschulen Fuß gefasst. Als „Brückenkopf“ dienten dabei vor allem die Zentren für Islamische Theologie an den Universitäten Tübingen, Frankfurt am Main, Gießen, Münster, Osnabrück und Erlangen-Nürnberg.

Diese Einrichtungen gehen auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrates vom Januar 2010 zurück, die seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sowie der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sofort geflissentlich umgesetzt wurde. Dabei flossen bis Ende 2015 allein aus dem Etat des BMBF Fördergelder in Höhe von 20 Millionen Euro. Und da nun „der muslimische Glaube eine Heimat in der wissenschaftlich-theologischen Diskussion gefunden“ habe, will die derzeitige Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sämtliche Islam-Institute auch die nächsten fünf Jahre finanziell unterstützen. Hierdurch können die zahlreichen neu geschaffenen Professoren- und Assistenten-Stellen – mindestens 100 an der Zahl – bestehen bleiben, obwohl die Qualifikation der Beteiligten nicht immer überzeugt. So avancierte beispielsweise der Soziologe Mouhanad Khorchide ohne Master-Studium oder Dissertation beziehungsweise Habilitation in Islamkunde zum Professor für Islamische Religionspädagogik und Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster. Dafür scheint man es an den Instituten deutlich genauer zu nehmen, was das Auftreten der weiblichen Hilfskräfte betrifft. Die selbigen präsentieren sich auf den offiziellen Netzseiten der Universität Münster nämlich immer öfter in „korrekten“ Verhüllungen.

Mit der wachsenden Zahl der muslimischen Studenten, die natürlich nicht nur an den genannten Einrichtungen studieren, sondern praktisch alle Fakultäten hierzulande bevölkern, entstand dann auch der Wunsch nach einem speziellen Unterstützungsprogramm für diese Klientel. Der erfüllte sich im März 2012 mit der Gründung des Avicenna-Studienwerkes für „begabte Muslime“, das vom BMBF mit nochmals zehn Millionen Euro bezuschusst wird.

Brandneue Befragungsergebnisse lassen hoffen

Allerdings kommen die Mittel zur Finanzierung der zunehmenden Islamisierung der deutschen Hochschullandschaft keineswegs nur aus der Bundesrepublik selbst. Das zeigt unter anderem der Fall von Ömer Özsoy. Der hat den Lehrstuhl für Koranexegese am Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam an der Universität in Frankfurt am Main inne, der 2009 vom türkischen Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) gestiftet wurde – und diese Institution ist berüchtigt für ihr extrem konservatives Islam-Verständnis. Gleichfalls beginnt jetzt auch das fundamentalistisch-wahhabitische Saudi-Arabien, durch finanzielle Zuwendungen Einfluss auf die hiesigen Universitäten auszuüben. Hauptempfänger des Geldes war dabei bisher die TU München. Sie erhielt von der König-Abdullah-Universität für Wissenschaft und Technologie in Thuwal Zahlungen in zweistelliger Millionenhöhe.

Trotzdem scheint noch nicht aller Tage Abend zu sein. Immerhin ergab jetzt eine Befragung des Kulturwissenschaftlichen Institutes Essen, deren Ergebnisse am 1. Juli veröffentlicht wurden, dass zwei Drittel der Verantwortlichen in den Hochschulleitungen unseres Landes die Meinung vertreten, Religion sei Privatsache und somit so weit als möglich aus dem universitären Alltag zu verbannen – was auch und gerade für den Islam gelte. *Wolfgang Kaufmann*



Protest gegen die Schließung eines Gebetsraums: Freitagsgebet an einer Universität der deutschen Hauptstadt Bild: dapd

Was mit Konvertiten passiert

Der gebürtige Hamburger Sven Kalisch konvertierte im Alter von 15 Jahren zum Islam und studierte später Rechts- sowie Islamwissenschaften. 2004 erhielt er eine ordentliche Professur für Religion des Islam am Centrum für Religiöse Studien der Universität Münster. Eine seiner Hauptaufgaben war die Ausbildung angehender Lehrer für den islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen. Seine Eignung für diese Tätigkeit wurde dabei auch vom Koordinationsrat der Muslime in Deutschland bestätigt, der vorgibt, für „90 Prozent der organisierten Muslime“ hierzulande zu sprechen.

Allerdings näherte sich der nunmehrige Sven Muhammad Kalisch 2008 den Positionen der sogenannten Saarbrücker Schule der Islamwissenschaften an, die davon ausgeht, dass es den Propheten Mohammed niemals gegeben habe und der Koran im Grunde christlicher Herkunft sei. Daraufhin brachen unter konservativen Muslimen Proteststürme los. Zudem forderten Kalischs Studenten dessen Abberufung

Universitätsleitung knickte ein

und boykottierten die Lehrveranstaltungen. Hierauf reagierte der Professor Anfang 2010 mit einer formellen Abkehr vom Islam.

Zunächst sah die Leitung der Universität Münster keinen Anlass, aus diesen Vorgängen personelle Konsequenzen zu ziehen, änderte ihre Meinung dann aber plötzlich im Juli 2010: „In Analogie zu den Konkordatsregeln für die christlichen Kirchen“ wurde Kalisch jetzt als „untragbar“ für das Fach „Religion des Islam“ eingestuft. Anschließend erfolgte die Übergabe seines Lehrstuhls an den umstrittenen, weil deutlich weniger qualifizierten Soziologen Mouhanad Khorchide, wohingegen Kalisch eine neue Professur namens „Geistesgeschichte im Vorderen Orient in nachantiker Zeit“ erhielt.

Für den vom Glauben Abgefallenen blieb es freilich nicht bei diesen dienstrechtlichen Folgen. Nachdem türkische Medien wie das Blatt „Euro Zaman“ hetzerische Artikel gegen Kalisch veröffentlicht hatten, musste er unter Polizeischutz gestellt werden. *W.K.*

Kampf um Gebetsräume

Die Haltung der Universitäten ist uneinheitlich

Wie viele muslimische Studenten und Mitarbeiter es an deutschen Universitäten gibt, ist unbekannt, da deren Religionszugehörigkeit nirgendwo erfasst wird. Auf jeden Fall aber setzten die Muslime durch, dass zahlreiche Hochschulen Gebetsräume einrichteten – Vorreiter war hier 2009 die Ruhr-Universität Bochum. Allerdings führte diese Praxis immer wieder zu ernsthaften Problemen. So ereigneten sich an der Universität Duisburg-Essen im Umfeld der Freitagsgebete unglaubliche Szenen, weil die muslimischen Nutzer des Raumes R12 T04 E96 als Herren über das ganze Gebäude auftraten und den „unreinen Ungläubigen“ unter ihren Kommilitonen die Benutzung der Aufzüge und Toiletten verwehrten. Ja, sogar die „Glaubensschwestern“ wurden ausgesperrt. Sie durften nur an den anderen Tagen beten, wozu sie freilich ihren kleinen abgetrennten Frauenbereich aufzusuchen hatten.

Angesichts solcher Zustände platzte einigen Rektoren der Kragen. Sie ordneten die Schließung der Gebetsräume an. Die letzte

Die Zahl der Muslime an Deutschlands Unis ist unbekannt

diesbezügliche Entscheidung datiert auf den 14. März dieses Jahres. Damals untersagte die Technische Universität in Berlin „im Sinne der Neutralität“ sämtliche religiösen Veranstaltungen auf ihrem Gelände – und damit eben auch die muslimischen Gebete in der Turnhalle. Das freilich wollten die „rechtgläubigen“ Studenten nicht akzeptieren. Es sei unzumutbar, mehrmals am Tage zwischen der Uni und den Moscheen außerhalb des Campus zu pendeln. Deshalb starteten sie am 20. Mai eine Protestaktion vor dem Haupteingang der TU in Charlottenburg, ohne aber das Rektorat damit umstimmen zu können.

An anderen Hochschulen meint man hingegen trotz allem weiterhin, man müsse den muslimischen „Studierenden“ und Kollegen entgegenkommen. Prominentestes Beispiel hierfür ist die Universität Köln. Die will bis zum Herbst einen speziellen „Raum der Stille“ einrichten, der „auch“ den Anhängern des Islam offenstehen soll. Man darf gespannt sein, wie „besinnlich“ es dann dort ab Beginn des Wintersemesters zugehen wird. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Vollkommen gescheitert«

Experte: Auch mit einem fertigen BER kann das Berliner Flughafenkonzept nicht funktionieren



„Nicht funktionierender Luxus-Flughafen für die Billigfliegerei": Experte sieht dauerhaft schwarz für den BER

Bild: action press

Frank Welskop war in den 90er Jahren Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses bei der Landesentwicklungsgesellschaft Brandenburg. Danach war er als Politikberater im Berliner Abgeordnetenhaus tätig. Bereits 2009 hat er das Buch „BBI – ein neuer Berliner Bankenskandal?" veröffentlicht und darin das BER-Desaster frühzeitig vorhergesagt. Mit Frank Welskop sprach Norman Hanert.

PAZ: *Herr Welskop, bereits 2009 haben Sie davor gewarnt, dass der neue Großflughafen auf eine finanzielle Katastrophe zusteuert. Hat sich die Lage im Berliner Luftverkehr seitdem etwas verbessert?*

Frank Welskop: Die Lage ist noch dramatischer geworden. Als Klaus Wowereit im Jahr 2001 Bürgermeister wurde, lag der Umsatz pro Passagier und Jahr bei der Flughafengesellschaft noch bei knapp 15 Euro. Inzwischen ist er auf knapp elf Euro abgesunken. Der Durchschnitt der deutschen Verkehrsflughäfen liegt bei zirka 25 Euro. Laut letztem Geschäftsbericht hat Fraport sogar 42 Euro Umsatz je Passagier generiert. Im Vergleich zu Berlin hat Frankfurt nur rund doppelt so viele Passagiere, aber ungefähr das Zehnfache an Umsatz.

PAZ: *Die beiden Berliner Flughäfen melden doch aber jedes Jahr neue Rekorde an Passagierzahlen. Wie kommt es dann zu diesen Mini-Umsätzen?*

Welskop: Schuld an der massiven Umsatzlücke ist die Low-Cost-Strategie der Flughafengesellschafter. Berlin ist mit einem Anteil von zirka 70 Prozent der Flüge zur Hauptstadt der Billigflieger mutiert. Zudem ist Berlin auch damit gescheitert, von der Rolle als innerdeutscher Zubringer wegzukommen. Damit ist man weit davon entfernt, wie ursprünglich geplant, eine internationale Luftverkehrs-Drehscheibe zu werden. Es fehlen die umsatzbringenden Umsteiger und Interkontinentalflüge wie in Frankfurt. BER wird sich aber auch in der Zukunft nicht zum dritten Drehkreuz in Deutschland entwickeln. Frankfurt und München haben die Claims längst abgesteckt.

PAZ: *Aus Ihrer Sicht hat das Scheitern der Drehkreuzstrategie weitreichende Folgen?*

Welskop: Nach dem Scheitern der Privatisierung gab es 300 Änderungswünsche vonseiten der Politik. Dabei sollte vor allem die Botschaft vermittelt werden, in Berlin entsteht ein konkurrenzfähiges Drehkreuz. Die direkte Folge war, dass man viel zu wenig Gepäckbänder und Check-In-Schalter plante, dafür aber viel Non-Aviation-Fläche für die angeblich vielen Umsteiger. Nun soll BER erweitert werden, um die Massen von Passagieren durch die Billig-Fliegerei überhaupt abfertigen zu können.

PAZ: *Das treibt die Kosten weiter in die Höhe?*

Welskop: Nach offizieller Lesart ist man jetzt schon bei Kosten von rund 5,6 Milliarden Euro angekommen. Jetzt kommen nochmal 2,6 Milliarden dazu, damit man unter anderem den alten Flughafen Schönefeld für elf Millionen Passagiere aufpeppen kann. Diese 2,6 Milliarden Euro sind weit mehr, als der BBI ursprünglich mit 1,7 Milliarden Euro kosten sollte!

PAZ: *Sehen Sie weitere Probleme?*

Welskop: Das gravierendste Problem ist, dass der BER bei einer Eröffnung im Jahr 2017 nur eine Kapazität von 22 Millionen Passagieren hätte, jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits 33 Millionen in Berlin erwartet werden. Falls der BER 2017 eröffnet, müsste Tegel ein halbes Jahr später geschlossen werden. Lässt man Tegel wiederum offen, hätten die vom Fluglärm betroffenen Anwohner um Tegel ab Herbst 2017 einen milliardenschweren Anspruch auf Schallschutz.

> Fehlplanung wird für dauerhafte Verluste sorgen

PAZ: *Wie sehen die Chancen aus, dass BER künftig Gewinne abwirft?*

Welskop: BER wird nach heutigen Voraussetzungen nicht in der Lage sein, auch nur in die Nähe der Gewinnschwelle zu kommen. Dazu wären ganz andere Umsätze nötig. Wesentlich mehr als 400 Millionen Euro sind bei einem Aufkommen von 33 Millionen Passagieren pro Jahr nicht zu erreichen. Für einen kostendeckenden und gewinnträchtigen BER-Betrieb wären mindestens 800 Millionen Euro Umsatz nötig. Durch die Billigfliegerei wird BER aber immer eine riesige Umsatzlücke haben. Als großes Drehkreuz kommt der Flughafen zu spät. Das hängt mit der fatalen Fehlentscheidung der Politik zusammen, an einem Standort zu bauen, der laut Raumordnungsverfahren überhaupt nicht geeignet ist. Man wusste von vornherein, dass dort kein 24-Stunden-Betrieb möglich ist. Auf Kosten der Steuerzahler wird nun faktisch ein nicht funktionierender Luxus-Flughafen für die Billig-Fliegerei gebaut. Im Geschäftsbericht von 2015 ist mittlerweile ein Bilanzverlust von 723 Millionen Euro ausgewiesen.

PAZ: *Wie sieht vor diesem Hintergrund die Zukunft für den BER aus?*

Welskop: Wir haben einen halbfertigen Großflughafen, der auf Grund der Probleme beim Brandschutz nicht eröffnet werden kann. Mein Eindruck ist sogar, dass die Thematik „Brandschutz" nur eine Art von Deckmantel ist, hinter dem noch gravierendere Probleme versteckt werden. Ich kann an dieser Stelle bezeugen, dass bei der Anhörung zum Planfeststellungsantrag im Jahr 2000 von dem Gutachter Professor Hözel (Uni Karlsruhe) eindringlich davor gewarnt wurde, das Terminal an dieser Stelle zu errichten, denn man baue auf einer Wasserscheide, was das Bauwerk durch Absenkungen massiv gefährden würde.

PAZ: *Sie sehen das Projekt in mehrfacher Hinsicht als gescheitert an?*

Welskop: Auf jeden Fall, der BER ist baulich, technisch und betriebswirtschaftlich gescheitert. Nun muss nur noch die Politik die Pleite eingestehen.

Berlin brennt

Von Vera Lengsfeld

Seit Wochen wird Berlin von linksextremen Krawallen heimgesucht. Vergangenen Sonnabend erreichten die Ausschreitungen einen vorläufigen Höhepunkt. Während einer Demo wurden 123 Polizisten verletzt, etliche Autos brannten, Geschäfte wurden angegriffen, Schaufenster „entglast", Häuser mit Farbbeuteln beworfen, Mülleimer umgekippt. Es kamen Steine, Flaschen, Knüppel, Molotowcocktails zum Einsatz.

Ähnliche Szenen kennt Berlin seit Jahrzehnten, und die Beschwichtiger zählten das zur „Berliner Folklore". Nun haben die Ausschreitungen eine neue Qualität erreicht. Es brennen nicht mehr nur Luxusautos, was im linken Berlin mit einer Art klammheimlicher Freude registriert wurde, denn es traf ja die „Richtigen", sondern Familienautos und Wagen der Niedrigverdiener. Auch richten sich die Gewalttaten nicht mehr nur gegen den „Bullenstaat", sondern gegen Migranten. Es sollte im „Refugee-Welcome-Milieu" eigentlich einen unüberhörbaren Aufschrei geben. Der bleibt aus. Selbst die Antonio-Amadeu-Stiftung, die eifrig nach fremdenfeindlichen Aktivitäten fahndet, die sie anprangern kann, schweigt.

Was ist geschehen? In der Rigaer Straße im Friedrichshain haben Linksradikale, übrigens eines der letzten rein „biodeutschen" Milieus, zwei Häuser besetzt. In der Rigaer 94 betrieben sie unter anderem eine Kneipe ohne Lizenz. Das wurde jahrelang geduldet, in einer Stadt, die jede Würstchenbude strengstens überwacht.

Nachdem der Skandal öffentlich wurde, beschlossen die Besitzer des Hauses, die Kneipe räumen zu lassen, um sie in Unterkünfte für syrische Familien umzuwandeln. Wenn sie sich erhofft hatten, dass die Autonomen sich nicht gegen die Unterbringung von Flüchtlingen wehren würden, war das vergeblich. Seit die Umbauarbeiten begonnen haben, ist jeden Tag Randale. Die Parole für den „Tag X" lautet: Jede Räumung eines besetzten Hauses soll die Stadt zehn Millionen Euro kosten. in dem Aufruf des „Kollektivs", das in der Rigaer 94 das Hinterhaus noch besetzt hält, heißt es: „Stürzt Berlin in das Chaos! Lasst es krachen! Wendet Out-of-control-Strategien an!" Letzteres heißt, kleine Gruppen verursachen jenseits der Demos Schäden durch Anzünden von Autos, Demolieren von Geschäften.

Obwohl der Terror inzwischen ein Ausmaß erreicht hat, dass die Polizei von den „schlimmsten Ausschreitungen seit fünf Jahren" spricht, gibt es immer noch Politiker in Berlin, die sich hinter die Extremisten stellen. Allen voran der Regierende Bürgermeister Müller, der fordert, man solle mit den Autonomen „reden". Damit fällt er nicht nur seinem Innensenator in den Rücken, der die Bauarbeiten seit drei Wochen von der Polizei schützen lässt, sondern auch seinem Genossen Tom Schreiber, der schon mehrfach von den Chaoten angegriffen wurde, weil er auf die Zustände in der Rigaer aufmerksam gemacht hat.

Gegen Plan und Vernunft

Schwerer Verdacht gegen Berlins Ex-Bausenator Strieder (SPD)

Ein aktueller Wohnungsbauskandal am Leipziger Platz lässt einen alten Verdacht gegen Berlins politische Stadtplaner wieder aufleben: Der Senat biege für Investoren einiges zurecht, auch das Recht selbst. Ein Investor muss trotz eindeutigen Bebauungsplans keine Wohnungen an dem zentral gelegenen Platz bauen. Der Verdacht: Die investierende Firma mit Sitz in der Steueroase Luxemburg ließ sich in ihrer Strategie von Berlins einstigem Bausenator Peter Strieder (SPD) beraten.

So viel steht fest: Die Ausnahme von der Regel folgte nach einer Beratungstätigkeit Strieders für den Investor. Ob ein Zusammenhang besteht, ist nun zu klären. Das sei alles ganz normal, behauptet die derzeitige Senatsbauverwaltung. Der Ex-Senator selbst ist zurzeit für niemanden zu sprechen, auch wenn sich Fragen nach dem Bauvorhaben häufen. Brisant ist, dass der Bezirk auf die formelle Bauvoranfrage des Investors ursprünglich mit einem Nein reagierte. Der Skandal wurde nun ans Tageslicht geholt, weil die letzte lukrative Freifläche an dem wichtigen innerstädtischen Ort bebaut werden soll. Anders als im gültigen Bebauungsplan festgeschrieben, muss der Investor, die Firma F 100 Investment, nicht 20 Prozent der Nutzfläche für Wohnraum verplanen, sondern kann mehr Gewinn versprechende Büros einrichten.

> Investor durfte statt Wohnungen lukrativere Büros bauen

Für die anderen bisherigen Bauherren gab es keine Ausnahmen, was den Verdacht einer politisch gesteuerten Sonderbehandlung verstärkt. Berlins seit 2014 amtierender oberster Stadtentwickler Andreas Geisel (SPD) hält dagegen, man habe mit der Ausnahme für das Grundstück den Abschluss des Platzes ermöglichen wollen.

Pikant: Sein bis 2004 amtierender Vorläufer im Amt Strieder beriet den Investor, was ein Vertreter des Bauherrn bestätigte. Strieder unterhält in seiner Arbeit für eine Agentur zudem weiterhin Kontakte zur Immobilienbranche. Die Ausnahme erfolgte nun, weil das Grundstück angeblich „von beiden Seiten besonders verlärmt" sei. Erst kürzlich wurde bekannt, dass ein Bauträger Spenden an die SPD knapp unter der veröffentlichungspflichtigen Grenze von 10 000 Euro zahlte. Auch Geisels Kreisverband erhielt so Geld.

Wie die Affäre auch ausgeht: Der Senat untergräbt seine Glaubwürdigkeit bei der Stadtplanung an sich, wenn Investoren grundlegende Regeln zur Belebung der Stadt und Verhinderung reiner Büroviertel umgehen können. *SG*

Zündler gefasst

Polizei ertappt linken Brandstifter

Berlins Polizei hat einen 26-jährigen mehrfachen Autobrandstifter auf frischer Tat ertappt. Ob Kontakte zur linken Szene bestehen und weitere Brandstiftungen vom ihm verübt wurden, will die Polizei jetzt ermitteln. Der Täter wurde im Stadtteil Lichtenberg gefasst, nahe den jüngsten Autobrandanschlägen, er trug einen schwarzen Kapuzenpulli – typische Szenekleidung. Die Gewalt von Links erreicht inzwischen einen neuen Höchststand.

Eine „linke Gewaltorgie" nennt Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) die Ausschreitungen am vergangenen Wochenende. Die linke Gewalt weitet sich aus. Die Täter zerstören mit Bränden das Eigentum völlig Unbeteiligter und verletzten am Wochenende 123 Polizisten. Zuvor, in der Nacht zum Mittwoch, gelang den Beamten die Festnahme des 26-Jährigen. Er war gesehen worden, wie er Brände an zwei Fahrzeugen zu legen versuchte, was fehlschlug.

Die Polizei wertet die Festnahme als Erfolg ihrer operativen Maßnahmen. Demnach ist der Mann mehrfach einschlägig vorbestraft und kam im Herbst aus Hamburg nach Berlin, wo es ebenfalls eine aktive linke Brandstifterszene gibt.

> Einsatzgruppe LinX verbucht Erfolg

Die neue Einsatzgruppe LinX koordinierte den Einsatz. Erst in der Nacht zum Dienstag brannten in der nahegelegenen Schulze-Boysen-Straße drei Wagen aus. In diesem Fall vermuten Ermittler ein politisches Motiv für die Brandstiftung in Zusammenhang mit den Ereignissen um die Rigaer Straße. Bürgermeister Michael Müller (SPD) fordert nun eine „nachhaltige Strategie der Innenverwaltung" gegen die Gewalt. *SV*

»Linke« drohen weitere Verluste

Die Linkspartei sucht in Brandenburg derzeit nach Bewerbern für die Bundestagswahlen 2017. Drei Mandate im Nationalparlament dürften den märkischen Linken sicher, ein viertes möglich sein. Daher wird um die ersten drei Kandidatenplätze auf der Landesliste nun erbittert gerungen. Die bisherigen Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann und Harald Petzold beanspruchen Platz 1 und 2. Platz 3 strebt die parteilose „Aktivistin" Anke Domscheit-Berg an. Domscheit-Berg hatte zuvor erfolglos versucht, über die Grünen und die Piraten an ein Parlamentsmandat zu gelangen. Nach 2009 (28,5 Prozent) und 2013 (22,4 Prozent) droht der Linkspartei zur nächsten Bundestagswahl ein weiterer Abstieg beim brandenburgischen Ergebnis. Bei den Landtagswahlen 2014 erzielte sie nur noch 18,6 Prozent der Zweitstimmen. Umfragen sagen der Partei nur noch 16 Prozent Stimmenanteil in Brandenburg voraus.

Hans Lody

MELDUNGEN

Russland schickt Gastarbeiter weg

Moskau – Nachdem Russland die Einwanderungsbestimmungen verschärft hat, müssen Millionen Gastarbeiter, die vor der Krise willkommen waren, das Land verlassen. In den vergangenen anderthalb Jahren sind allein zwei Millionen usbekische Arbeitsimmigranten zurückgegegangen, weil sie in Folge der Wirtschafts- und Rubelkrise arbeitslos geworden waren. Hunderttausende kehrten in die Republik Tadschikistan zurück. Für die armen GUS-Staaten fällt damit eine wichtige Einnahmequelle weg, die augrund der Überweisungen der Gastarbeiter sprudelte. *MRK*

Putschversuche in Kasachstan

Astana – Die landesweiten Unruhen im Zusammenhang mit dem geplanten Bodengesetz wurden nach Erkenntnissen des Kasachstanischen Nationalen Sicherheitsdienstes bereits im Jahr 2015 vom Anfang diesen Jahres festgenommenen Geschäftsmann Tochtar Tuleschow geplant und finanziert. Dieser unterhielt Verbindungen zu terrorverdächtigen islamischen Kreisen. Ein konkreter Umsturzversuch wurde in der Stadt Aqtöbe (russisch: Aktjubinsk) unternommen. Hier kam es zu Überfällen auf Waffengeschäfte und ein Waffenlager der Nationalgarde. Nach Angaben von Präsident Nursultan Nasarbajew hat die dahinter stehende kasachische Terrorzelle einen islamistischen Hintergrund und wurde von Syrien aus gesteuert. Knapp 50 Mitglieder seien den Behörden namentlich bekannt, wobei einige von ihnen bereits zuvor wegen einschlägiger Straftaten in kasachstanischen Gefängnissen saßen. Zudem bestehe ein direkter Zusammenhang zu Strukturen, die hinter den „Farbenrevolutionen“ des Jahres 2010 in der Ukraine, Georgien und Kirgisien stehen. *T.W.W.*

Nato-Aufrüstung im Schwarzen Meer

Völkerrechtswidrig erhöht der Nordatlantikpakt seine Präsenz in dem an Russland grenzenden Gewässer

Fiele es der russischen Marine ein, im Golf von Mexico regelmäßig Kriegsschiffe patrouillieren zu lassen, so wäre ein aufgeregtes Geschrei seitens der USA und der ganzen Nato die geringste Reaktion. Wenn umgekehrt die Nato und allen voran die USA ständig ganze Flottillen ins Schwarze Meer senden, so gilt das als Normalität.

Während in der öffentlichen Darstellung des Nato-Gipfels in Warschau die Verlegung von vier Bataillonen in die baltischen Länder und nach Polen im Vordergrund stand, wurde um die strategische Lage im Schwarzen Meer hörbares Stillschweigen gewahrt. Es schien, als habe man sich bemüht, den Eindruck zu erwecken, Russlands maritime Südgrenze existiere gar nicht. Doch das ist natürlich Unsinn. Denn noch drei Wochen zuvor hatte der Nato-Generalsekretär Stoltenberg in Brüssel erklärt: „Wir beobachten die Situation im Schwarzen Meer ständig und stocken unsere militärischen Möglichkeiten und Kapazitäten für Aufklärung und für die Verlegung von Verstärkungstruppen in diese Region auf.“

Eines der jüngeren Beispiele: Am 6. Juni passierte der US-amerikanische Zerstörer der „Arleigh Burke“-Klasse „Porter“ den Bosporus. Diese Zerstörer sind mit je zwei „Aegis“-Raketen-Komplexen ausgestattet, die zum Modernsten gehören, was die USA aufbieten können. Außerdem haben sie die Möglichkeit, bis zu 56 „Tomahawk“-Marschflugkörper zu laden, die mit Kernsprengköpfen bestückt werden können. Ein „Seahawk“-Hubschrauber vervollständigt das Arsenal, die Besatzung beträgt pro Schiff 337 Mann.

Da es sich bei der „Porter“ um keinen Einzelfall handelt, sondern US-Kriegsschiffe sich regelmäßig im Schwarzen Meer aufhalten, liegt der Verdacht nahe, die Nato werde dort eine ständige Flotte stationieren. In russischen Medien wurde bereits auf eine solche Möglichkeit hingewiesen. Ein russischer Militär-Experte sagte dazu: „Man darf nicht vergessen: Sobald ein Kriegsschiff ins Schwarze Meer kommt, rückt es sofort ins Visier der zuständigen Kontrollmittel. Russland hat Raketen zur Küstenverteidigung sowie weitere Raketensysteme, mit denen Ziele überall im Schwarzen Meer getroffen werden können.“

> Kiew strebt durch seine Beteiligung nach einem Nato-Beitritt durch die Hintertür

Hier ist sozusagen in Zeitlupe zu sehen, wie das offensive Verhalten der Nato eine Reaktion Russlands herausfordert und sich somit die Situation aufschaukelt. Dies in umso bedenklicher, als die Nato mit ihrer Taktik gegen geltendes Völkerrecht verstößt, nämlich gegen den Vertrag von Montreux von 1936, der die Schifffahrt im und um das Schwarze Meer regelt. In diesem Zusammenhang gelten für Kriegsschiffe eigene Regeln. Herrscht Friede, so muss der Türkei die Durchfahrt eines Kriegsschiffes auf diplomatischem Wege im Vorhinein angekündigt werden. Kriegsschiffe von Staaten, die nicht Anrainer des Schwarzen Meeres sind, dürfen sich dort nicht länger als 21 Tage aufhalten. Ebenso ist die Tonnage begrenzt, was aber heute nicht mehr den Sinn von ehedem erfüllt, denn heute können leichtere Schiffe mehr Kampfkraft entwickeln als schwere vor 80 Jahren.



Passierte am 6. Juni den Bosporus: Der US-amerikanische Zerstörer „Porter“ Bild: Archiv

Wie auch immer, die USA kümmern sich nicht um die Tonnage-Begrenzung des Vertrags von Montreux, und was die Dauer des Aufenthalts angeht, so verhalten sie sich ganz ähnlich wie bei ihren Landstreitkräften im Baltikum. Nach der Nato-Russland-Akte ist es der Nato untersagt, dort dauerhaft Truppen zu stationieren. Deshalb hat die Nato eine Rotation eingeführt und behauptet, damit würde eine dauerhafte Stationierung vermieden. Nach dieser Logik entstünde jedes Mal eine neue Rechtslage, wenn ein GI eine Woche Urlaub nimmt und heimfährt. Die USA jedenfalls passieren mit ihren Kriegsschiffen den Bosporus nach Belieben und erklären, sie hielten so die 21-Tage-Frist des Vertrags ein. Das aber, was die Bestimmung bezweckte, dass nämlich nicht pausenlos fremde Kriegsschiffe im Schwarzen Meer sind, wird umgangen.

Nicht allen Nato-Mitgliedern der Region kommt das entgegen. Bulgariens Premier Boiko Borissow nahm einen Besuch seines rumänischen Kollegen Klaus Johannis Anfang Juli zum Anlass, sich gegen die übergroße Präsenz von Nato-Kriegsschiffen im Schwarzen Meer zu wenden. „Ich brauche keinen Krieg mit Russland!“, erklärte er und setzte hinzu: „Ich sage immer, ich will im Schwarzen Meer Segelboote, Jachten, große Boote mit Touristen sehen und nicht, dass es zur Arena für militärische Konfrontationen wird.“

Bereits zwei Wochen zuvor hatte Borissow seine Haltung klargemacht: „Unser Land wird nicht Teil einer Schwarzmeer-Flotte werden, die gegen Russland ausgerichtet ist. Kriegsschiffe als Flotte gegen Russland zu entsenden, überschreitet die Grenze dessen, was ich erlauben kann. Es ist inakzeptabel, Zerstörer oder Flugzeugträger in der Nähe der (bulgarischen) Resort-Städte Burgas und Varna zu stationieren.«

Ganz anders die Ukraine. Deren Verteidigungsminister Stepan Poltorak verhandelt mit der Nato über die Möglichkeit, dass sein Land an der Verstärkung ihrer Flotte im Schwarzen Meer teilnehmen könne. Große Veränderungen träten dadurch nicht ein, denn die Nato gewährt der Ukraine jetzt schon so etwas wie den Status eines assoziierten Bündnispartners. Poltorak stellt denn auch fest: „In der Praxis nehmen wir an den meisten Operationen der Allianz teil, wir beteiligen uns am Funktionsablauf der anderen Operationen unter der Schirmherrschaft der Allianz.“ Wenn, wie es geplant ist, die Nato eine Schwarzmeer-Gruppierung Rumäniens, Bulgariens und der Türkei ins Leben rufen sollte, so sei Kiew bereit, sich dieser anzuschließen. Das wäre für die Ukraine eine komfortable Hintertür für den Beitritt zum Bündnis. Ein großer Marine-Stützpunkt in Rumänien ist jedenfalls schon geplant. *Florian Stumfall*

Nach dem Volksentscheid

Frankreichs Regionen erhalten neue Namen

Als Folge der letzten Gebietsreform haben von den jetzt noch 13 Regionen Frankreichs acht einen neuen Zuschnitt bekommen. So wurde gegen den massiven Widerstand weiter Bevölkerungskreise aus dem Elsass, Lothringen und Champagne-Ardennes eine neue Ost-Region gebildet. Nachdem die Gebietsreform ohne Befragung der Bevölkerung oder sogar gegen sie von oben herab entschieden worden ist, sollte sie mit Volksbefragungen zur Namensgebung ein demokratisches Mäntelchen bekommen. Allerdings haben in der neuen Ost-Region gerade einmal fünf Prozent der Bevölkerung an der Befragung teilgenommen. Von den 5,5 Millionen Einwohnern der Region, die vom Rhein bis zu den Vororten von Paris reicht, haben an der offiziellen Befragung unter der Bevölkerung der neuen Region 300 000 Menschen teilgenommen. 75 Prozent haben für „Grand Est“ (Großer Osten“ gestimmt. Schon im Vorfeld war der Name Austrasien wegen seiner Konnotation mit dem Merowingerreich ausgeschieden. Am 29. April haben die 169 Regionalräte in Straßburg das Votum des Plebiszits bestätigt.

Kritiker des neuen Namens der Region, die bis dato den langen Namen „Alsace, Champagne-Ardenne, Lorraine“ trug, der im Alltag „Alca“ oder „Alcal“ abgekürzt wurde, bemängeln, dass damit nichts Konkretes zur Identität der Region gesagt sei. Der zuständige Regionalratspräsident Philippe Richert glaubt jedoch erklärtermaßen, dass mit „Grand Est“ die „drei verschiedenen landschaftlichen Identitäten in der Region“ unter einen Hut gebracht werden können.

Bis zum 1. Oktober müssen das französische Parlament und der Staatsrat zustimmen, damit „Grand Est“ von Staats wegen auch offiziell der Name der neuen Region wird. Ob sich die Bürger mit ihrer landsmannschaftlichen Identität in dem Namen „Grand Est“ wiederfinden, wird sich zeigen.

> Neue Großregion »Großer Osten« an Deutschlands Grenze

Eine eigene Region „Occitanie“ (Okzitanien) hatte es in der Verwaltungsgeschichte Frankreichs bislang auch noch nicht gegen. Nichtsdestoweniger ist er wahrlich historisch. Am 24. Juni entschied sich der zuständige Regionalrat in Toulouse der südfranzösischen Region „Languedoc-Roussillon-Midi-Pyrénées“ für diesen Namen. Diese Entscheidung könnte auf den ersten Blick die Regionalisten zufriedenstellen, denn eine okzitanische Sprache gibt es unbestreitbar und möglicherweise sogar auch ein okzitanisches Volk. Seit den 1970er Jahren kämpft in Okzitanien eine regionalistische Bewegung für die Anerkennung ihrer Regionalsprache. Allerdings umfasst die neue Region Occitanie nur etwa die Hälfte des okzitanischen Sprachgebietes und sie schließt mit dem Roussillon auch ein Gebiet an der Grenze zu Spanien ein, in dem Katalanisch gesprochen wird. Diese Region wird sich also keinesfalls in dem neuen Namen wiederfinden.

Die Geschichte wird zeigen, wie die Einwohner mit den neuen Benennungen der Regionen, in denen sie leben, umgehen. Das kann Paris nicht von oben vorschreiben. Die alten Regionen gab es in Frankreich seit 1981, und diese 35 Jahre haben nicht ausgereicht, um etwa eine lothringische oder picardische Identität zu formen. Da die neuen Regionen zwar neue Namen, aber keine neuen Befugnisse oder zusätzliche Haushaltsmittel erhalten, sind die Erwartungen eher niedrig anzusetzen. *Bodo Bost*

Im Schatten der EU-Krise

Austrias Parteien positionieren sich zur Präsidentenwahl im Herbst

Es hätte am 8. Juli ein doppelter Festakt im österreichischen Parlament werden sollen: die Verabschiedung von Bundespräsident Heinz Fischer nach zwölfjähriger Amtszeit und die Vereidigung seines Nachfolgers. Doch es blieb bei der Verabschiedung, in deren Folge die drei Nationalratspräsidenten für die kommenden drei Monate interimistisch und kollegial die Funktionen des Bundespräsidenten übernehmen.

Der derzeit dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer hatte in der Stichwahl am 22. Mai mit 49,7 Prozent der Stimmen knapp gegen Alexander Van der Bellen verloren. Vier Tage nach der von Verfassungsgericht stattgegebenen Anfechtung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) verkündete Bundeskanzler Christian Kern von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) den 2. Oktober als den neuen Termin zur Wahl des Staatsoberhauptes.

Ausschlaggebend für die Wahlwiederholung waren Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Briefwahlstimmen in 14 Bezirken sowie die vorzeitige Ergebnisweitergabe an die Medien. Zudem hat Hofer am vergangenen Wochenende Anzeigen wegen des Verdachts auf Manipulation angekündigt. Die FPÖ habe im Gegensatz zum Höchstgericht konkrete Hinweise auf Machenschaften, sagte Hofer im Gespräch mit dem Radiosender Ö1. Demnach seien in Pflegeheimen Briefwahlkarten ohne das Wissen der betroffenen Personen bestellt worden.

„Es darf in einer Demokratie keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Wahl geben“, bekannte Bundeskanzler Kern. Auch Vizekanzler Reinhold Mitterlehner von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zeigte vor allem angesichts des sehr knappen Ergebnisses der ersten Stichwahl Verständnis für die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes. „Wenn man hört, es wird verdammt knapp, dann muss man auch verdammt genau sein.“

> »Da wird jetzt nochmal draufgedoppelt«

Frauke Petry, die Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), begrüßte die Wiederholung der Bundespräsidentenwahl und nannte den Spruch des Verfassungsgerichtshofes einen „Hoffnungsschimmer für Rechtsstaatlichkeit“. „An Rückrufaktionen bei Autos und Lebensmitteln haben wir uns inzwischen gewöhnt, bei Wahlen konnten wir uns bislang Unregelmäßigkeiten dieses Ausmaßes in Mitteleuropa nicht vorstellen“, sagte Petry gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

Experten erwarten auch in Anbetracht der EU-Krise einen durchaus emotionalen Wahlkampf. Die Themenlage habe sich geändert, sind sich der Politikberater Thomas Hofer und der Meinungsforscher Peter Hajek einig. „Man muss auf Grund der Tatsache, dass wir jetzt ein drittes Mal wählen ‚dürfen‘, noch mehr emotionalisieren, polarisieren“, betonte Hofer im Gespräch mit der APA – Austria Presse Agentur. „Da wird jetzt nochmal draufgedoppelt. Natürlich wird das ein aufgeheizter, emotionaler Wahlkampf werden.“ Hajek geht davon aus, dass „Brexit und EU eine starke Rolle spielen werden“. Dabei hänge die Stimmungslage im Land besonders von der Entwicklung in Großbritannien und der EU-Politik ab. In der FPÖ wurde bereits zuletzt über die Möglichkeit eines „Öxits“, also eines Austritts Österreichs aus der Europäischen Union, diskutiert. Ob eine entsprechende Positionierung für den Wahlkampf Sinn macht, so Hajek, werde sich in den nächsten Wochen erweisen. *Michael Link*

Müder Witz statt Wirtschaftswunder

Arbeitgeber können sich mit Asylsuchern kaum anfreunden – Das scheint auf Gegenseitigkeit zu beruhen

Bestürzende Zahlen zeigen, wie wenig der deutsche Arbeitsmarkt Menschen mit Asylhintergrund braucht. Schuld daran ist wohl auch die fehlende Motivation der Zuwanderer. Hunderttausende von ihnen könnten zudem in die Schwarzarbeit abwandern.

Nennen wir ihn Mohammed A. Den 20-jährigen in Damaskus geborenen Zuwanderer hat die große Asylflut im Oktober vergangenen Jahres nach Deutschland gespült. Über seine strapaziöse und gefährliche Reise erzählt er nicht gerne. Lieber redet er über seine Familie, die in einem Flüchtlingslager in der Türkei lebt, oder er schwärmt vom Fußball des FC Bayern München und von den deutschen Automobilen. Mit Mohammed A. ins Gespräch zu kommen ist leicht, denn er nutzt jede Gelegenheit um Deutsch zu sprechen. Vokabeln nimmt er zu sich wie andere Leute gesalzene Pinienkerne, erzählen seine Mitbewohner im Asylantenheim.

Er habe wirklich große Fortschritte gemacht, bekennt Mohammed A. stolz. Zu Hilfe kommt ihm dabei das Prinzip der „Immersion“. Wer wirklich bemüht ist, lernt eine Sprache in ihrem Heimatland viel schneller, wissen Linguisten. Er kann quasi in sie eintauchen, Sie in allen Lebenslagen und rund um die Uhr hören, erleben und anwenden. Zu Mohammed A.s deutschen Lieblingswörtern zählen mittlerweile „Fleiß“, „Ehrgeiz“ und „Pünktlichkeit“, – ein Wort, dessen Aussprache an das Arabische gewöhnte Menschen besonders schwer über die Lippen geht.

Mohammed A. möchte schnellstmöglich eine Lehre als Mechatroniker beginnen. Er hat in Erfahrung gebracht, dass in diesem Beruf Fachkräftemangel herrscht. Neulich ist er mit einem Stapel entsprechender Fachbücher aus der Leihbibliothek ins Asylbewerberheim gekommen. Als er gemerkt hat, dass er sie mit Hilfe eines Wörterbuches entziffern kann, hat er sich gefreut wie ein kleines Kind.

Jeder, der mit Mohammed A. spricht, bescheinigt ihm eine aussichtsreiche Zukunft in Deutschland. Nur schade, dass Mohammed A. anscheinend nicht mehr ist als eine Fiktion. Weit über eine Million Zuwanderer sind im letzten Jahr dank offener Grenzen nach Deutschland gekommen. Zwischen ihnen und dem hiesigen Arbeitsmarkt scheint sich allerdings eine Barriere aufzutürmen, gegen die Viktor Orbans ungarische Stacheldrahtverhaue eher wie kniehoher Hasendraht wirken.

Die Zahlen: Eine aktuelle Umfrage des „Institutes der deutschen Wirtschaft“ in Köln ergab, dass gerade einmal neun Prozent der größeren Betriebe in Deutschland erwägen, in den nächsten sechs Monaten Menschen mit Asylbewerberhintergrund einzustellen. Befragt wurden 540 Personalverantwortliche in Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeitern, Noch dramatischer fällt eine Umfrage der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter den 30 Unternehmen des Deutschen Aktienindexes (DAX) aus. Dort sind Konzerne wie Mercedes Benz, die Deutsche Post oder die Telekom gelistet. Sie stehen für 3,5 Millionen Beschäftigte. Unvergessen sind die markigen Sprüche aus den Vorstandsetagen der DAX-Unternehmen zu Beginn der Asylflut. Mercedes-Chef Dieter Zetsche schwärmte gar von einem neuen Wirtschaftswunder, das fleißige Flüchtlinge dem Land demnächst bescheren würden. Aus dem Wunder ist ein müder Witz geworden: Die Umfrage der FAZ-Leute ergab, dass Deutschlands DAX-Unternehmen zusammengenommen gerade einmal 54 Flüchtlinge fest angestellt haben.

> DAX-Unternehmen stellten gerade einmal 54 fest ein

Wer dafür in erster Linie den Unterhemen die Schuld gibt, verkennt allerdings die Mechanismen der Marktwirtschaft. Firmen, die sich im freien Wettbewerb behaupten müssen, suchen nach den bestmöglichen Mitarbeitern. Anscheinend haben die Personalverantwortlichen unter den Zuwanderern vergeblich nach Menschen wie Mohammed K. gesucht. Nach solchen, die deutsche Worte wie Fleiß, Ehrgeiz und Pünktlichkeit buchstabieren können.

Vor allem an mangelnden Deutschkenntnissen und an unzureichender fachlicher Kompetenz störten sich die befragten Personalchefs in der Umfrage des „Institutes der deutschen Wirtschaft“. Ungesagt bleibt, dass motivierte Menschen sich beides relativ zügig erarbeiten können. Nur wie steht es mit der Motivation der Zuwanderer?

Uwe-Jens Kremlitschka, seit anderthalb Jahrzehnten Leiter der Arbeitsverwaltung, im Kreis Saalfeld-Rudolstadt, berichtet in der Ostthüringer Zeitung von seinen Erfahrungen mit Menschen aus Asylzugangsländern wie Syrien, Eritrea oder Afghanistan. Maximal 20 Prozent hätten eine verwertbare Ausbildung nach deutschen Standards. Dazulernen möchte der Rest allerdings auch nicht. Kremlitschka: „Sie wollen möglichst schnell Arbeit, aber nicht auf dem Bau“. Sei Fazit: „Die Flüchtlinge lösen unser Fachkräfteproblem nicht.“ Dazu passt eine andere Zahl: Lothar Semper, Hauptgeschäftsführer des bayerischen Handwerkskammertages, bekannte schon Ende 2015, dass 70 Prozent der Auszubildenden aus Syrien, Afghanistan und dem Irak ihre Lehren abbrechen. Bei anderen Berufseinsteigern seien es nur etwa 25 Prozent.

Wo die Abbrecher bleiben? Möglicherweise auf einem ganz anderem Arbeitsmarkt. Hunderttausende Asylbewerber, auch solche, die noch keine Arbeitserlaubnis haben, werden sich nicht angemeldete Gelegenheitsjobs suchen, befürchtet der Ökonom Friedrich Schneider. Der Experte für Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft an der Universität Linz schätzt, dass etwa zehn bis fünfzehn Prozent der regulären Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor dadurch bedroht werden. In Schweden – gleich Deutschland im letzten Jahr ebenfalls vom Wahn einer grenzenlosen Willkommenskultur befallen – zeigen sich die Folgen jetzt schon. Die Schwarzarbeit hat so rasant zugenommen, dass die schwedische Arbeitsministerin Ylva Johansson jetzt dazu aufrief, Asylsuchende vermehrt außer Landes zu schaffen: „Vorzugsweise gutwillig, aber falls nötig auch mit Gewalt“. *Frank Horns*

(Siehe dazu auch den Kommentar auf Seite 8)



Fachkraft von morgen? 70 Prozent der Lehrlinge aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak brechen ihre Ausbildung vorzeitig ab Foto: Patrick Pleul/dpa

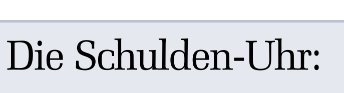
MELDUNGEN

Freihandelszone der Superlative

Taschkent – Bei einer Tagung des Schanghai-Kooperationsabkommens nahmen neben den Staatschefs der Mitgliedsländer auch jene von Turkmenistan, Afghanistan, der Mongolei, Indien und Pakistan teil. Sie berieten auf Vorschlag von Russlands Präsidenten Wladimir Putin über die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit der Eurasischen Wirtschaftsunion und den Asean-Staaten unter Einschluss Indiens und Pakistans, wodurch die größte Freihandelszone der Welt entstünde. Indien und Pakistan hatten sich zuvor um eine Aufnahme in den Schanghai-Vertrag bemüht. *T.W.W.*

Fahrdienst des Bundestags pleite

Berlin – Der Fahrdienst des Bundestages, der private Limousinenservice Rocvin, hat Insolvenz angemeldet. Grund ist, dass ab Mitte kommenden Jahres der teilstaatseigene Bundeswehr-Fuhrpark-Service GmbH die Abgeordneten fahren soll. Nachdem dies bekannt geworden war, wurden Rocvin wichtige Kredite gekündigt. Bundestagspräsident Norbert Lammert erklärte, nur durch den Wechsel könne „der Einsatz von Elektrofahrzeugen gesichert und der Einstieg in das Konzept nachhaltiger Mobilität vollzogen werden“. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.529.127.590 €

Vorwoche: 2.027.460.964.120 €

Verschuldung pro Kopf:
24.890 €

Vorwoche: 24.889 €

(Dienstag, 12. Juli 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Neue Optionen nach Brexit

Wie das UK fit gemacht werden soll für den Wettbewerb mit der EU

Nachdem es im Vorfeld des Brexit-Referendums zahlreiche Warnungen vor massiven negativen Folgen eines EU-Austritts gegeben hat, geht die britische Regierung nun in die Offensive. So erklärte Finanzminister George Osborne, im Vereinigten Königreich (UK) den Steuersatz für Unternehmensgewinne von 20 auf 15 Prozent absenken zu wollen. Gegenüber der „Financial Times“ sagte Osborne, Großbritannien solle eine „superwettbewerbsfähige Volkswirtschaft“ werden. Setzt sich Osborne durch, würde sich Großbritannien tatsächlich in steuerlicher Hinsicht als ein attraktiver Standort etablieren. In den meisten westlichen Industrieländern liegen die Körperschaftssteuern nämlich über 15 Prozent. Großbritannien würde sich dem Niedrigsteuersatz von 12,5 Prozent annähern, der in Irland gilt. Konkurrenz fürchten müssten auch einige osteuropäische Länder, die versuchen, mit einer Niedrigsteuerpolitik Unternehmen anzulocken.

Geradezu als Kampfansage empfinden kann die Pläne Londons das Hochsteuerland Frankreich, das immer wieder versucht hat, in der EU die Einführung von Mindeststeuersätzen durchzusetzen. Wenig verwunderlich ist es vor diesem Hintergrund, dass der französische EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici die Steuersenkungspläne der Briten besonders deutlich kritisiert hat. In einem Radiointerview erklärte der Sozialist, Steuersenkungen seien eine schlechte Idee. Zudem halte er die Pläne für nicht umsetzbar, weil London gerade jetzt nicht auf Einnahmen verzichten könne.

Tatsächlich musste Schatzkanzler Osborn vor Kurzem einräumen, dass der bislang bis zum Ende des Jahrzehnts angepeilte Überschuss im Staatshaushalt nicht mehr zu schaffen sei. Osborn selbst hatte vor einiger Zeit vor milliardenschweren Steuererhöungen und Ausgabenkürzungen gewarnt, falls das Land für einen Austritt aus der EU stimmt. Zudem haben inzwischen auch die beiden Rating-Agenturen Standard & Poors und Fitch ihre Bonitätsbewertung für den britischen Staat gesenkt.

> Senkung der Steuersätze für Firmen geplant

Dennoch können sich konservative Brexit-Befürworter mit dem Vorstoß Osborns nun bestätigt fühlen. Londons Ex-Bürgermeister Boris Johnson hatte etwa versprochen, Hürden für Unternehmen radikal abzubauen, wenn man sich nicht mehr an EU-Vorgaben zu halten habe. Auch eine Gruppe von Ökonomen, die „Economists for Brexit“, hatte argumentiert, dass die britische Finanzindustrie nach dem EU-Austritt in eine vorteilhafte Position kommen würde. So sind seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 auf EU-Ebene allein 40 Verordnungen und Richtlinien für die Regulierung der Finanzindustrie erlassen worden. Aus Sicht der Economists for Brexit haben die Banken der City of London allein schon dann einen Standortvorteil gegenüber ihren Konkurrenten auf dem Kontinent, wenn sie ein paar dieser Vorgaben nicht mehr einhalten müssen. Faktisches Ziel dieser Brexit-Unterstützer scheint es zu sein, das Vereinigte Königreich zu einem Konkurrenzstandort im direkten Umfeld der EU zu entwickeln. Tatsächlich gibt es durchaus erfolgreiche Beispiele für ein solches Geschäftsmodell: Auch in der Nähe anderer großer Wirtschaftsräume konnten sich große Finanzplätze wie etwa Hongkong etablieren, in denen weniger strikte Auflagen und attraktive Steuersätze gelten. *Norman Hanert*

Rom will Banken retten

Geplante Staatshilfe mit Steuergeldern verstößt gegen EU-Recht

Italiens Regierung plant einem Pressebericht zufolge einen nationalen Rettungsfonds zur Stabilisierung angeschlagener Banken. Dieser Fonds solle mit fünf bis sechs Milliarden Euro gefüllt sein, schreibt die Zeitung „La Repubblica“. Das Geld für den Fonds namens „Giasone“ soll dem Bericht zufolge zum einen von der staatsnahen Cassa Depositi e Prestiti (CDP) und zum anderen aus dem von der Bankenbranche gefüllten Fonds Atlante kommen.

Seit dem Start der Europäischen Bankenunion ist die Rettung von Banken mit Steuergeldern eigentlich nicht mehr erlaubt. Da sich die Lage im italienischen Bankensektor nach dem Brexit-Referendum zugespitzt hat, argumentiert die Regierung in Rom nun, dass ein Notfall vorliege, der auch nach EU-Recht staatliches Eingreifen erlaube.

In Wahrheit begannen die Probleme des italienischen Finanzsektors allerdings schon weit vor dem Votum der Briten. Über Jahre haben die Banken des Landes einen riesigen Berg fauler Kredite in ihren Bilanzen angehäuft. Geschätzt wird, dass es um ein Volumen von 360 Milliarden Euro an mittlerweile notleidenden Krediten geht.

Bereits im Frühjahr ist auf Initiative der Regierung ein privat finanzierter Rettungsfonds namens „Atlante“ eingerichtet worden. Absehbar ist allerdings, dass die Mittel des Fonds nicht ausreichen werden, die Kapitallücken bei den angeschlagenen Instituten zu schließen. Geht es nach Italiens Regierung unter Ministerpräsident Matteo Renzi, dann sollen bald zusätzliche Milliarden aus dem Staatshaushalt die angeschlagenen italienischen Banken retten.

Genau dieses Vorgehen sollte allerdings mit den von der EU geschaffenen Abwicklungsrichtlinien der Vergangenheit angehören. Bei einer Schieflage von Banken sollen zuerst Aktionäre und Gläubiger haften. Herangezogen werden können sogar Sparguthaben von Kunden, wenn sie über 100 000 Euro liegen. Gerade erst seit dem Januar vergangenen Jahres ist die europäische Bankenabwicklungsrichtlinie in Kraft.

> Notfalls gegen EU-Kommission und Bundeskanzlerin

Nun, nur gut anderthalb Jahre später, könnte sie bereits durch das Agieren Italiens wieder zur Makulatur werden. Wie von der „Financial Times“ unlängst berichtet wurde, scheint man in Rom bereit, sich dafür nicht nur über die Regeln hinwegzusetzen, sondern notfalls auch einem Rechtsstreit mit der EU-Kommission in Kauf zu nehmen.

Düpiert wären damit nicht nur Politiker in Brüssel, sondern auch Angela Merkel mit ihrer bisherigen Euro-Rettungspolitik. Als die deutsche Kanzlerin unlängst auf einem EU-Gipfel betonte, man könne nicht „alle zwei Jahre die Dinge wieder neu machen“, folgte Medienberichten zufolge ein relativ uncharmanter Konter von Italiens Premier: „Wir sind nicht hier, um uns von der Lehrerin eine Lektion erteilen zu lassen.“

Weitgehend einig sind sich Beobachter darin, dass es innenpolitischer Druck ist, der Renzi zu seinem Vorgehen motiviert. Als vor einiger Zeit mehrere kleine Regionalbanken vor dem Ruin standen, mussten nach dem neuen EU-Recht zuerst die privaten Gläubiger bluten, darunter auch einfache Bürger, die ihre Ersparnisse verloren. Da Kleinanleger rund ein Drittel der italienischen Bankanleihen halten, muss der Regierungschef befürchten, dass seine Tage an der Macht gezählt sind, sollte es in Italien zur Abwicklung größerer Banken kommen. *N.H.*

Müssiggänger?

Von Frank Horns

Nein, erklärte der syrischstämmige Politikwissenschaftler Bassam Tibi (72) jüngst in der „Welt“, er habe hier in Deutschland sicherlich mit mehreren tausend Landsleuten gesprochen, aber Ärzte oder Ingenieure seien nicht darunter gewesen. Meist habe er es bei den Asylsuchenden mit einfachen Menschen vom Lande zu tun gehabt.

Tibis Beobachtung deckt sich mit dem, was derzeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt passiert, beziehungsweise, was eben nicht passiert. Zuwanderer, die im Asylanerkennungsverfahren so weit fortgeschritten sind, dass sie sich Arbeitsstellen suchen dürfen, finden keine. Zu schlecht sind ihre Deutschkenntnisse, zu gering ihre fachlichen Fähigkeiten. Von 33 800 Arbeitslosen aus Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea im Januar 2014 schnellte die Zahl auf 123 500 im Mai 2016 hoch (siehe Seite 7).

Damit zeigt sich auch hier – an entscheidender Stelle – der ganze Irrsinn einer unbegrenzten und schrankenlosen Willkommenskultur. Andere Nationen, die sich wie Australien oder Kanada zu Recht als Einwanderungsländer bezeichnen, achten extrem genau darauf, wer dauerhaft ins Land kommen darf und welche nützlichen Qualifikationen er mitbringt. Während Deutschlands Verantwortliche die Grenzen öffneten, sperrten sie den gesunden Menschenverstand aus. Wer fähig war, einen Fuß vor den anderen zu setzen, und bis ins ferne Deutschland gelangte, hatte sich quasi automatisch ein Bleiberecht erwandert. Das hat übrigens auch wenig mit dem Gedanken zu tun, Verfolgten Schutz zu gewähren. In den Genuss des Asyls kommen nur diejenigen, die es nach Deutschland schaffen. Diejenige, die arm, krank oder anderweitig bedürftig sind, müssen immer noch in Syrien oder anderswo um ihr Leben bangen.

Die deutsche Bevölkerung wurde unterdessen mit haltlosen Versprechen ruhig gestellt. Die Mär von den syrischen Ingenieuren und Ärzten gehörte ebenso dazu wie das Gerede von den hochmotivierten zukünftigen Fachkräften, die unsere Wirtschaft zum rotieren bringen.

Wer sich anhört, was Politiker heute fordern, um Zuwanderer in Lohn und Brot zu bringen, könnte dagegen eher meinen, dass Deutschland das Ziel von Lebenskünstlern und passionierten Müßiggängern geworden ist. Anstatt die Chance zu nutzen, im anerkanntermaßen weltbesten Ausbildungssystem eine Lehre anzutreten, müssen sie erst mühsam dazu überredet werden. 70 Prozent brechen die Ausbildung dann ohnehin ab. Auch das Lernen einer fremden Sprache scheint zur unüberwindlichen Hürde zu werden. Gleich mehrere Jahre werden jetzt allein für den Erwerb von Grundkenntnissen eingeplant.

Chinesisch in drei Wochen

Wie schnell Ehrgeizige und Fleißige wirklich eine fremde Sprache lernen können, zeigt das Landesspracheninstitut an der Ruhr-Universität (LSI). Es vermittelt Managern, Diplomaten und Korrespondenten Grundkenntnisse in Chinesisch. Am Ende des Kurses beherrschen sie 800 Vokabeln und etwa die Hälfte der Grammatik. Der Intensivkurs dauert drei Wochen.

Zwangsgebührenvernichter

Von Hermann Paul Winter

Es gibt Hinweise darauf, dass die EM-Kommentatoren Oliver Kahn und Mehmet Scholl Honorare in siebenstelliger Höhe erhielten. Demnach strichen die prominenten Fußballer Tagesgagen ein, die den Jahresgehältern von Redakteuren entsprechen. Alle Spekulationen darüber könnten die Sender beenden, indem sie die Honorare transparent machen. Aber Fehlanzeige.

Was immer man davon halten mag, die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind zwar befugt, über ihnen anvertrautes Geld zu verfügen, diese Befugnis unterliegt allerdings einem Treueverhältnis, das unangemessene Ausgaben verbietet. Angesichts der Diskussionen über die Reform der verschwenderischen Anstalten oder gar über deren Berechtigung, Gebühren einzuziehen unabhängig davon, ob eine Leistung angenommen wird oder nicht, müssen kostspielige Unternehmungen der Sender wie eine Ohrfeige für die Zwangsbeitragszahler wirken. Und derlei Unternehmungen gibt es viele.

Zuletzt startete das ZDF seine „Fernsehgarten“-Saison in den Subtropen. Drei Ausgaben der Sendung fanden auf der Kanareninsel Gran Canaria statt. Das Stammpublikum hört es sicherlich gerne, ahnt allerdings kaum, wer die Moderatorin Andrea Kiewel auf ihrer Reise begleitete: Ein üppig ausgestattetes Team aus Kameraleuten, Maskenbildnern, Ton- und Aufnahmetechnikern, vielen Assistenten für dies und das, nicht zu vergessen der Regisseur und die Künstler. Die Hotels sind standesgemäß, genau wie die An- und Abreisen sowie die Spesen, Gehaltszulagen und Honorare. Bereits 2014 war die Moderatorin mit ihrer Sendung zu einem „Inselabenteuer“ aufgebrochen, um „neue Hintergründe“ für die Musiksendung zu „entdecken“. Dass die Kassenlage der Sender allerdings damals schon hätte Anlass geben können, Geld mit sinnleeren Produktionen zu verschleudern, kann kaum behauptet werden.

Geldverschwendung ein Fall für die Staatsanwaltschaften

Für den Umgang der ARD mit Gebühren stand der Skandal um die Gottschalk-Bezahlung. Thomas Gottschalk hatte über eine Produktionsfirma Geld für Sendungen bekommen, die er nicht gemacht hat. Der Vorfall verdeutlichte überdies, dass Millionenbeträge für einzelne Sendungen zum System gehören.

Es liegt in der Natur der Sache, dass es den öffentlich-rechtlichen Sendern missfällt, wenn die Rechnungshöfe auf ihre Kosten gucken. Ein Gutachten aus dem Bundestag bestätigte 2015, dass dies von Nöten sei, denn an Verschwendung herrsche in den Sendern kein Mangel. Aus Kreisen des rheinland-pfälzischen Rechnungshofes war gar zu hören, dass es nicht einfach sei, an Unterlagen und Zahlen der Sender zu kommen. Eine Art Katz-und-Maus-Spiel fände statt und die Rechnungshofberichte würden kleingeredet. Vielleicht sollten sich die Staatsanwaltschaften um die Arroganz der Gebührenverschwendungsmaschinen kümmern.



Angenehmes „Arbeiten“ auf Kosten der Gebührenzahler, die ihren Aufenthalt selbst bezahlen müssen: ZDF-Fernsehgarten Moderatorin Andrea Kiewel führt auf Gran Canaria durch die Jubiläums-Saison

Bild: obs/ZDF/ZDF/ Sascha Baumann

Gastbeitrag

Knüppel gegen Meinungen: Die Faschismuskeule

Von Ingo von Münch

Wem Argumente fehlen, der greift zur Keule. Unerwünschte Meinungen werden heute mit dem Vorwurf des Rassismus niedergemacht. Die Rassismuskeule hat offensichtlich die bisher benutzte Faschismuskeule abgelöst – aber nicht ganz, wie zahlreiche immer noch aktuelle Beispiele zeigen.

Im Juni 2016 bezeichneten Plakate von systemtreuen Kommunisten in Moskau die Nato als „den Faschismus des 21. Jahrhunderts.“ Dazu passt die Beobachtung des Politikwissenschaftlers Claus Leggewie: „Der Begriff ‘Faschist’ erlebt eine irrlichternde Renaissance und wird auch in offiziellen Dokumenten (gemeint ist: russischen, d. Verf.) auf Amerika, den Westen und die Europäische Union gemünzt.“ Hauptobjekt der russischen Attacken aber war und ist die Ukraine. Offizielle und offiziöse Verlautbarungen aus Moskau sehen in der Ukraine imaginäre Faschisten am Werk: Die Rede ist von einer „faschistischen Junta“, von einer „faschistischen Hydra“, von einem „faschistischen System.“ Das Groteske an diesem Krieg der Worte ist, dass diejenigen, die die Faschismuskeule gegen die Ukraine schwingen, von anderen selbst als Bundesgenossen von Faschisten bezeichnet werden. „Putin verdammt nun seine Feinde als Faschisten, zugleich verbündet er sich mit tatsächlichen Faschisten ... Quer durch Europa bewundern rechtsextreme und faschistische Parteiführer Präsident Putin“, analysiert der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder, und der britische Journalist Edward Lucas meint: „Die heutigen russischen Hardliner vertreten eine gefährliche Mischung aus stalinistischer Nostalgie, offenem Faschismus, ultraorthodoxer Religiosität und unbändigem Hass auf den Westen.“ Die Ironie der Geschichte ist: Während die russische Obrigkeit den Faschismus verbal verdammt, zeigen junge Russen, beispielsweise in der Rockmusikszene, nicht selten faschistische Kennzeichen und Symbole. Handelt es sich dabei um Pose? Provokation? Aufmüpfigkeit? Aufbegehren? Oder tatsächlich um faschistoide Überzeugungen? Wir „Westmenschen“ wissen es nicht.

Eine Faschismusdebatte ist allerdings auch im Westen wieder angekommen, nämlich bei unserem Nachbarn links des Rheines. „Frankreich wird den Fluch des Faschismus nicht los“, lautet die Überschrift über einem Bericht, in dem über die wechselseitigen Anschuldigungen zwischen Politikern und Philosophen und zwischen Philosophen untereinander hinsichtlich der Verbreitung von faschistischem Gedankengut und über die „Nouvelle Droite“ (die „Neue Rechte“) berichtet wird. Der israelische Historiker Zeev Sternhell hatte schon in den 80er Jahren die Ansicht vertreten, der europäische Faschismus habe auch in Frankreich genuine und starke Wurzeln gehabt. Wo Faschismus gesehen wird, blüht auch der Antifaschismus. Als der damalige Chef des „Front National“, Jean-Marie Le Pen, die französische Fußballnationalmannschaft wegen ihrer zahlreichen farbigen Spieler kritisiert hatte, Frankreich aber mit dieser Mannschaft 1998 Fußball-Weltmeister wurde, war die Rede vom „antifaschistischen Stoßtruppenunternehmen“. Die „antifaschistischen Fußballspieler“ wurden Weltmeister.

Ernster als die Platzierung einer Fußballmannschaft in der Liga Antifaschismus ist mit Sicherheit die Frage zu bewerten, ob es eine Nähe zwischen Islam und Faschismus gibt – allgemeiner gefragt: Ist religiöser Faschismus denkbar? Der als Sohn iranischstämmiger Eltern in Deutschland geborene Koranforscher und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Navid Kermani hat diese Frage klipp und klar bejaht, angesichts der von der Organisation Islamischer Staat und der von muslimischen Selbstmordattentätern begangenen bekannten Verbrechen eine in der Tat überzeugende Antwort. Kermani erwähnt in diesem Zusammenhang die Gewaltorientierung des Korans. Der ägyptische Politikwissenschaftler Hamel Abdel-Samad weist in seinem Buch „Der islamische Faschismus. Eine Analyse“ darauf hin, dass sowohl für den Islam als auch für den Faschismus bedingungsloser Gehorsam und Opferbereitschaft bis zum Äußersten charakteristisch seien. So erstaunt es nicht, dass der Ausdruck „Islamofaschismus“ oder „Islamofaschisten“ inzwischen zum gängigen Sprachvokabular gehört – gelegentlich auch in einer gewissen Spezifizierung wie „Islam in seiner faschistischen Variante“ oder „Salafismus ist Islamofaschismus“ oder Dschihadismus als „eine Variante des Faschismus“.

Für solche Kategorisierungen mag es gute Gründe geben. Jedoch könnte auch die Frage gestellt werden, ob es sich bei dem sogenannten „Islamofaschismus“ nicht eher um religiösen Extremismus oder religiösen Fanatismus handelt. Es bleibt aber die Beobachtung, dass der Ausdruck „Islamofaschismus“ inzwischen einen festen Platz in der Begriffswelt gefunden hat.

Anders ist die Praxis hinsichtlich des Gebrauches der Ausdrücke „Linke Faschisten“ und „Linksfaschismus“. Diese sind zwar nicht völlig unbekannt, werden aber doch eher selten gebraucht. Deshalb können nur verhältnismäßig wenige Beispiele genannt werden, so wenn der wegen einer Beteiligung an dem Attentat auf die Opec-Konferenzteilnehmer in Wien 1975 als deutscher Terrorist bezeichnete Hans-Joachim Klein von seinen einstigen Mitkämpfern als von „linken Faschisten“ spricht, und wenn die Störung einer Podiumsdiskussion in der Universität Göttingen zum Thema der Zuwanderungspolitik durch linke Studentengruppen von Bassam Tibi als „linker Faschismus“ kritisiert wird. Vorsichtiger äußerte sich Günter Grass, als er im Zusammenhang mit Gewalt auf den Straßen meinte, das Verhalten der Linken „könne auch zum Faschismus führen“. Bemerkenswert ist schließlich, dass sogar der dem linken Spektrum zugehörende Jürgen Habermas vor „linkem Faschismus“ gewarnt hat.

Wer vor Faschismus warnt, ist deshalb natürlich gerade kein Faschist. Aber der diesbezügliche Vorwurf trifft nicht wenige. Peter Handke wurde wegen seiner serbienfreundlichen Haltung im Balkankrieg anlässlich der Verleihung des Ibsen-Preises in Oslo noch im Jahre 2014 von Demonstranten als „Faschist“ beschimpft. Er befindet sich damit – wenn auch aus anderem Grund – in Gesellschaft von Le Corbusier, Ernst Jünger, Ezra Pound und Alain de Benoist, denen zumindest Nähe zum Faschismus in ihren Werken oder Texten vorgeworfen wird. Selbst dem ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy wurde im Wahlkampf unterstellt, er bediene „faschistische Rhetorik aus der Vorkriegszeit.“ Ob alle oder einige dieser Vorwürfe zutreffen, soll hier nicht entschieden werden. Tatsache ist aber, dass immer häufiger zur Faschismuskeule gegriffen wird, dies in immer weitergehenden Zusammenhängen. Beispiele dieser Inflation sind: „Ökofaschismus“, „Ontologischer Faschismus“, „linksliberaler Faschismus“, „sozialfaschistische Parteien“, „neo-faschistische Gewalt“, „Sowjetfaschismus“, „Hitler-Faschismus“. Im kulinarischen Bereich bewegt sich die Kritik am Vegetarier-Boom als „Gemüsefaschismus“ und die Bezeichnung französischer Arten faschistischer Tendenzen als „Camembert-Faschismus“. Weniger komisch ist die Behauptung, in Dresden sei „offen ausgebrochener Faschismus“ zu beobachten, und wenn ein Landesverfassungsschutzamt der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)“ den Vorwurf macht, „alle nichtmarxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potentiell faschistisch“ zu betrachten. Wer aber in dieser Weise fast überall Faschismus sieht, der wird wirklichen Faschismus nicht mehr erkennen.

Der Verfasser ist emiritierter Professor für Staats- und Völkerrecht und war von 1987 bis 1991 Wissenschafts- und Kultursenator sowie zweiter Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Er ist Autor zahlreicher Werke, darunter auch solcher, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg sowie der Massenvergewaltigung deutscher Frauen 1944/45 befassen.

Spanische Ekstase

Die Ausstellung über Spaniens Goldenes Zeitalter ist ein kultureller Höhepunkt in Berlin

Berlin schein derzeit in vielen Dingen überfordert zu sein: Flughafen, Staatsoper, schlingernde Verwaltungen, all dies zeigt ein trübes Bild der sich selbst so vollkommen dünkenden Hauptstadt. Zum Glück gibt es immer auch Höhepunkte, nicht zuletzt durch die Kultur: War es vor ein paar Jahren die MOMA-Ausstellung aus New York mit moderner Kunst, danach die Porträtschau aus der Zeit der Renaissance im Bode-Museum, so ist es jetzt „El Siglo de Oro. Die Ära Velazquez" in der Gemäldegalerie am Kulturforum, die als Höhepunkt der aktuellen Ausstellungssaison gilt.

El Siglo de Oro – das ist das Goldene Zeitalter der spanischen Kunst im 17. Jahrhundert, die durch Diego Velazquez, El Greco, Bartolomé Murillo und viele andere geprägt ist. Historisch gesehen eine paradoxe Zeit: Mit der Weltmacht Spanien ging es ab 1700 politisch und sozial rapide bergab; andauernde Kriege, fünf Pestepidemien in kurzer Zeit und fünfmal ein Staatsbankrott zwischen 1700 und 1747 setzten dem Land zu, aber zugleich erlebte es einen künstlerischen Höhenflug, der erst im 20. Jahrhundert mit Picasso, Miró und Dali wieder erreicht wird.

Eine Ausstellung dieser Quantität und vor allem Qualität wurde bislang noch nie in Deutschland gezeigt. Mehr als 130 Werke aus eigenen Beständen und als Leihgaben aus aller Welt sind zu sehen, Gemälde, Grafiken und Skulpturen, die größtenteils hierzulande kaum bekannt sind. Das Prado-Museum in Madrid hat einige glänzende Bilder beigesteuert, die Grafiken kann das Museum größtenteils aus eigenen Beständen zeigen.

Ähnlich wie Paris in Frankreich, aber zeitlich später, hatte sich Madrid im 17. Jahrhundert als politisches und kulturelles Zentrum Spaniens etabliert. Bis dahin gab es noch andere bedeutende Zentren, vor allem Sevilla, das lange Zeit Residenz war, dann auch Valencia, Toledo, zum Teil auch Valladolid. Die Ausstellung zeigt sehr schön, wie diese Zentren ein eigenes Profil hatten, bis der absolutistische Zentralismus alle bedeutenden Köpfe nach Madrid zog.

Unbestrittenes Oberhaupt war dort der in Sevilla geborene Diego Velazquez (1599–1660), der mit 24 Jahren zum Hofmaler avancierte und mit seinen psychologisch überaus genauen Porträts beeindruckte. Unter ihm erreichte die spanische Kunst ihre größte Ausstrahlung auf das übrige Europa. Sein berühmtestes Bild „Die Übergabe von Breda" musste allerdings wegen seiner schieren Größe – mehr als zehn Quadratmeter – in Madrid bleiben.


Bild: Parroquia de San Nicolas de Bari, Toledo/ David Blázquez

Moderner Pinselstrich: El Grecos „Immaculata Oballe", 1613

Die Ausstellung beginnt mit dem Übergang von Renaissance zu Barock, stellt in den Mittelpunkt die Generation der großen Meister und zeigt dann die wichtigsten Künstler des Hochbarocks. Im ersten Abschnitt steht die alles überragende Gestalt von El Greco (1541–1614) mit seinem berühmten Bild „Unbefleckte Empfängnis", ferner Maler wie Jusepe de Ribera, Francisco Ribalta und der Bildhauer Juan de Mesa y Velasco.

Aus der Überfülle der „Großen Meister" müsste man neben Velazquez in erster Linie auch José Leonardo, Diego Polo, Alonso Cano, Jusepe de Ribera und den großartigen Bildhauer Gregorio Fernandez nennen. Für den Hochbarock stehen neben Murillo auch Francisco Rizi, Claudio Coello und der ausdrucksstarke Bildhauer La Roldana.

Am imposantesten sind vielleicht doch die zahlreichen Skulpturen. Sie waren und sind keineswegs nur museale Gegenstände. Die hier ausgestellte, geradezu überwältigende Prozession der Kreuztragung Christi von Fernandez – fünf menschengroße Figuren, unter ihnen der unter dem Kreuz zusammenbrechende Christus – wird noch heute alljährlich in der Karwoche durch Valladolid getragen.

> Das Goldene Zeitalter hatte auch seine finsteren Seiten

In anderen Fällen zeigt der blutüberströmte Gekreuzigte, dessen Beine mit nur einem gewaltigen Nagel zusammengepresst sind, in schon brutalem Verismus dessen Leiden und Schmerzen. Glaubenstreue sollte damals auch durch Furcht und Schrecken erzwungen werden.

Viele Künstler sind außerhalb Spaniens wenig bekannt, und so bietet die Ausstellung Gelegenheit, sich ein großartiges Feld europäischer Kunst zu erschließen. Kunst war damals überwiegend Auftragskunst. Hof und Kirche waren die wichtigsten Mäzene, und entsprechend fordernd waren ihre Aufträge. Die Porträts der Herrscher und Granden zeigen stolze, herrische Menschen, die biblischen Szenen beben mitunter geradezu vor Ekstase, Glaubenseifer, Entrücktheit und Inbrunst, wie man das in dieser Intensität aus anderen Epochen kaum kennt.

Der Besucher ist natürlich beeindruckt, mitunter schier überwältigt. Aber macht die Ausstellung wirklich Freude, gefällt sie wirklich? Es sind großartige, düstere, bedrohliche Bilder. Der bei Schillers in „Don Carlos" dramatisierte dunkle König Philipp und sein nicht minder finsterer Großinquisitor sind allenthalben spürbar. Erst am Ende hellt sich die Atmosphäre auf, wird es leicht und heiter wie bei Murillos munteren Knaben oder in freundlichen Alltagsszenen. Geht man aus der Ausstellung in die benachbarten Säle zu den Niederländern auch des 17. Jahrhunderts, springen einem Lebensfreude und Wohlbehagen förmlich ins Gesicht.

Der Generaldirektor der Staatlichen Museen, Michael Eisenhauer, hatte bei der Eröffnung angesichts dieser außergewöhnlichen Schau und mit Blick auf ein hispanisch geprägtes Sommerprogramm überall in Berlin die Hoffnung ausgedrückt, „der spanische Bazillus werde auf die ganze Stadt" ausstrahlen. Und mit einem Seitenhieb auf das aktuelle politische Geschehen sagte er: „Was hier zu sehen ist, ist das Europa, das ich liebe. Nicht das Europa des Geldes begeistert die Menschen, sondern das der Kultur." *Dirk Klose*

Die Ausstellung in der Gemäldegalerie am Kulturforum Berlin läuft bis zum 30. Oktober. Geöffnet Montag, Dienstag, Freitag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag 10 bis 20 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 18 Uhr. Eintritt 14 Euro. Der Katalog (Hirmer Verlag) kostet im Museum 29 Euro. Internet: www.el-siglo-de-oro.de. Vom 25. November bis 26. März 2017 läuft die Ausstellung in der Münchener Kunsthalle.

Kinotipp 1

Dramen gehören im Bolschoi Theater auf die Bühne, aber nicht dahinter. Genau das aber geschah im Januar 2013, als ein maskierter Täter dem künstlerischen Leiter und ehemaligen Startänzer des Moskauer Ballett-Ensembles, Sergej Filin, Säure ins Gesicht schüttete und ihn dabei so schwer verletzte, dass ihn nur ein Klinik-Aufenthalt in Aachen davor bewahrte, sein Augenlicht zu verlieren. Welche Kabalen zu diesem Anschlag geführt haben, ist jetzt in der Filmdokumentation **Bolschoi Babylon** zu sehen, die am 21. Juli in die Kinos kommt, und der ein einzigartiger Blick ins Seelenleben des Bolschoi Theaters gelingt.

Nach dem Attentat berief der Kreml mit dem Theaterintendanten Wladimir Urin einen neuen Chef für das Bolschoi, der freie Hand hatte, um in dem Haus mit Korruption, Vetternwirtschaft und Eifersüchteleien aufzuräumen. Und er sorgte – für russische Verhältnisse ungewöhnlich genug – für Transparenz, wovon ein englisches Filmteam um Regisseur Nick Read profitierte. Es erlebte die Machtkämpfe am Bolschoi hautnah mit und erfuhr, wie es zum Attentat kam: Weil Filin die Freundin eines Tänzers bei Rollenvergaben übergangen haben soll, hatte dieser einen Mann angeheuert, der Filin verprügeln, ihn aber nicht mit Säure übergießen sollte.

Der Film zeigt, dass Filin selbst kein Unschuldslamm ist. Ihm wird Korruption vorgeworfen, bei seiner Rückkehr ans Theater wird er von der Belegschaft kühl empfangen und als Urin gefragt wird, ob Filin sein Freund ist, verneint er das mehrmals kurz und bündig. Es deutet sich Filins – nach Filmende tatsächlich erfolgte – Entlassung an. Den Theaterdonner hinter den Kulissen lassen sich die Tänzer nicht anmerken. Auf der Bühne geht alles seinen gewohnten Gang. „So seltsam es klingt: Das Bolschoi reagiert immer kalt auf alles. Wir sind darauf trainiert, keine Gefühle zu zeigen", sagt eine Primaballerina, die noch die Sowjetzeit erlebt hat.

Ergänzt von faszinierenden Ballettszenen findet man sich als Zuschauer in einem realen Drama wieder, dass man selten so grandios im Kino erlebt hat. *H. Tews*

Lenz-Roman wird verfilmt

München – Nur wenige Monate nach der postumen Veröffentlichung von Siegfried Lenz' „Der Überläufer" hat sich die Münchner Dreamtool Entertainment die Filmrechte an dem Roman gesichert. Der Beginn der Dreharbeiten ist für 2018 geplant. Der Roman wurde 1951/52 geschrieben, aber aufgrund seiner politischen Brisanz vom Verlag abgelehnt und tauchte erst im Nachlass des 2014 verstorbenen Schriftstellers wieder auf (siehe *PAZ* vom 3. Juni). *tws*

Gärten hinterm Stacheldraht

Potsdam – Vom 16. Juli bis 13. November beleuchtet im Schloss Sacrow, Krampnitzer Straße 33, die Ausstellung „Gärtner führen keine Kriege... Preußens Arkadien hinter Stacheldraht" die Erlebnisse der Gärtner während der Zeit der Zerstörung im Kalten Krieg und der Heilung nach 1989. So wurde der von den Gartenkünstlern im 19. Jahrhundert angelegte romantische Uferweg nach dem Mauerbau zum Patrouillenweg der DDR-Grenztruppen. Internet: www.ars-sacrow.de *tws*

Unangepasstes Unikat

Neil Young passt in keine Schublade – Der Rockveteran tritt in Leipzig und Berlin auf

Von den Stil gebenden Musikern der 60er und 70er Jahre ist Neil Young einer der wenigen noch aktiven Künstler. Seine Musik war entgegen dem damaligen „Hard Rock"-Trend meist romantisch, melodisch und „weich". Neben der Gitarre spielt er Klavier, Orgel und Mundharmonika. Das hob ihn von dem großen Strom der „Rocker" ab. Die Band „Buffalo Springfield", mit der er begann, war in den damaligen Kostümen sehr amerikanisch. Neil Young staffierte sich als Indianer oder als Trapper aus. 2016 tritt der mittlerweile 70-jährige Kanadier zweimal in Deutschland und einmal in Österreich auf. Am 20. Juli am Völkerschlachtdenkmal von Leipzig, am 21. Juli in der Berliner Waldbühne und am 23. Juli auf der Burg Clam in Österreich, können seine Fans sich auf Musik von ihrem Idol freuen. Wer diese Auftritte verpasst, kann ihn auch in diesen Tagen in Italien erleben, wo er im Rahmen seiner Europatour in Rom (15.7.), Lucca (16.7.) und Mailand (18.7.) auftritt.

Young wurde bei den verliebten Teenagern mit „Heart of Gold" und „Harvest" populär. Das Album kam 1972 heraus und wurde sein größter kommerzieller Erfolg. Seine Musik vermittelte echte Schmacht- und Sehnsuchtsgefühle. Es waren aber auch „gute Laune"-Stücke wie „Sugar Mountain", „Hey Hey, My My" oder „Like a Hurricane", die gern auf Partys gespielt wurden. Young war an dem legendären Woodstock-Festival beteiligt, wo etwa 250 000 Zuhörer gezählt wurden. Er war sowohl mit Bands als auch als Solokünstler erfolgreich und wandte sich von 1982 bis 1987 dem Synthesizer-Sound zu. Damit war er wenig erfolgreich und kehrte anschließend zu seinem alten Stil zurück.



Mit 70 noch gut bei Stimme: Neil Young bei einem Auftritt mit der Band „Crazy Horse" in Mainz vor zwei Jahren Bild: Takahiro Kyono

Der gebürtige Kanadier verbrachte den Großteil seines Lebens in den USA. Dort engagierte Young sich auch gesellschaftlich-politisch. Seine Aufmerksamkeit galt den Indianern und in Not geratenen Farmern. Für letztere veranstaltete er mit verschiedenen anderen Musikern, darunter Willie Nelson, 1985 ein Benefiz-Konzert. Vielleicht erklärt sich sein Engagement mit dem eigenen schwierigen Leben. Young war Opfer von Kinderlähmung und hat zwei behinderte Söhne großgezogen. Seine linke Körperhälfte ist noch heute beeinträchtigt, und er hinkt ganz leicht. Im Gegensatz zu den meist links orientierten Musikern und Künstlern unterstützte er den Präsidenten Ronald Reagan, kritisierte aber scharf den Irak-Krieg von George W. Bush. Erstes trug ihm Kritik der linksorientierten Kunstszene ein. Aber daraus machte sich Young nichts.

Im Jahr 2011 erschienen seine Memoiren, die 2012 unter dem Titel „Ein Hippie Traum" auch in deutscher Übersetzung herausgebracht wurden. Dort berichtete er über den eigenen Alkohol- und Drogenkonsum und der Erkenntnis, sich nun von beiden fern zu halten: „Mein Arzt glaubt nicht, dass das gut für mein Gehirn wäre." Young passt in keine Schublade, der Individualist ist ein unangepasstes Unikat. Youngs Patriotismus liegt ein starkes Empfinden für die Unterprivilegierten zugrunde. *Hans Lody*

Kinotipp 2

Es war nur eine Frage der Zeit, bis der Science-fiction-Blockbuster „Independence Day" des deutschen Hollywood-Regisseurs Roland Emmerich seine Fortsetzung finden würde. 20 Jahre hat es gedauert, bis jetzt mit **Independence Day: Wiederkehr** ein erster Nachschlag in die Kinos gekommen ist. Es ist alles wie gehabt: Am US-amerikanischen Unabhängigkeitstag, dem 4. Juli, fallen reptilienartige Aliens mit riesigen Raumschiffen auf die Erde ein, vernichten die halbe Welt, wobei ausgerechnet jene Handvoll Helden ungeschoren bleibt, die dem technisch und zahlenmäßig überlegenen Feind mit List und Laserwaffen besiegt. Abgesehen davon, dass alles größer und gewaltiger ist, so ist doch auch alles beim Alten geblieben. Es sind wieder die alten Haudegen von vor 20 Jahren um Jeff Goldblum, Bill Pullman und Brent Spiner (Mr. Data aus „Raumschiff Enterprise – Das nächste Jahrhundert"), die die Welt retten sollen. Nur vom Kinostar Will Smith, der bei der ersten Apokalypse von 1996 noch der strahlende Alienbezwinger war, ist diesmal nichts zu sehen. Er wird vertreten von Liam Hemsworth, was dem seelenlosen Gemetzel aber nicht mehr Gesicht verleiht. *H. Tews*

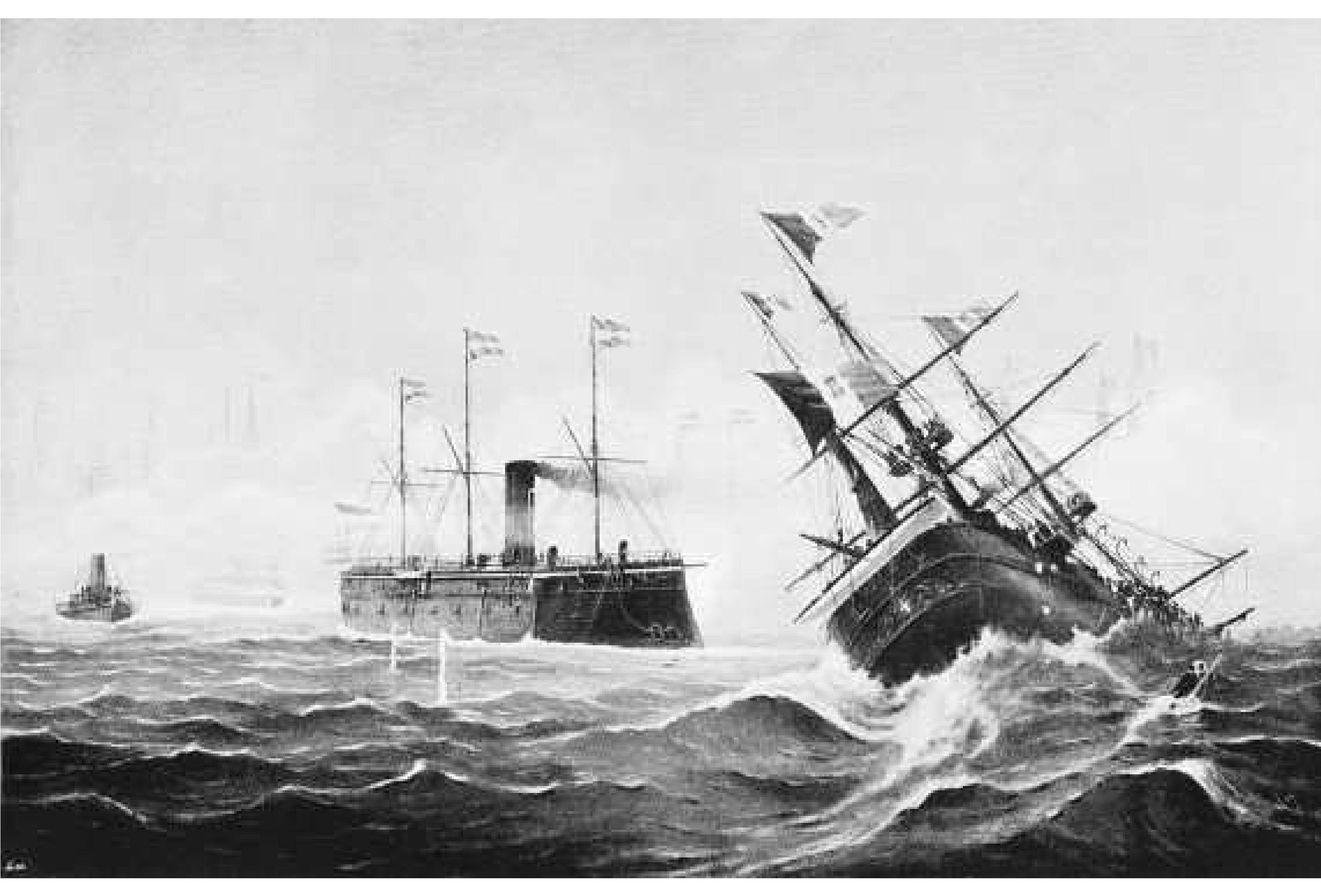
Mit der Rammtaktik zum Sieg

Vor 150 Jahren fand vor Lissa die größte Seeschlacht des deutschen Bruderkrieges statt

Die Seeschlacht von Lissa zwischen der österreichischen und der italienischen Flotte war nicht entscheidend für den Krieg, den die Deutschen ihren zweiten Einigungs- und die Italiener ihren dritten Unabhängigkeitskrieg nennen. Aber er leitete eine militärtechnische Fehlentwicklung ein.

Nach der Realisierung der großdeutschen Lösung durch die Erweiterung des kleindeutschen Reiches um Österreich im Jahre 1938 sollte ein neues Großkampfschiff die Traditionspflege der habsburgischen Seestreitkräfte übernehmen. Die Wahl fiel auf das dritte Schiff der „Admiral Hipper“-Klasse, das am 22. August 1938 vom Stapel lief. Taufpatin dieses Schweren Kreuzers war denn auch Magdolna Horthy, die Ehefrau des letzten Befehlshabers der k. u. k. Kriegsmarine, Miklós Horthy, der 1920 bis 1944 als Reichsverweser an der Spitze Ungarns stand. Da die Großkampfschiffe des Deutschen Reiches häufig nach berühmten Admiralen des Deutschen Reiches benannt waren, lag es nahe, den Traditionsträger der österreichischen Marine nach einem österreichischen Admiral zu benennen. Die Wahl fiel auf den wohl bedeutendsten Vorgänger Horthys an der Spitze der habsburgischen Marine, Wilhelm von Tegetthoff.

Es kam jedoch anders. Statt nach Tegetthoff wurde das Schiff nach einem anderen Helden der österreichischen Geschichte benannt: Prinz Eugen. Der Meinungswechsel erfolgte aus Rücksicht auf Deutschlands damaligen Verbündeten Italien. Schließlich beruhte Tegetthoffs Ruhm weitgehend auf einer gewonnenen Schlacht gegen Italien: der Seeschlacht von Lissa.



Nach einem Gemälde von Gustav Kappler: Tegetthoffs Flaggschiff rammt das italienische Flaggschiff „Re d'Italia“ Bild: Archiv

Nachdem die Österreicher bereits am 24. Juni 1866 mit rund 74 000 Mann die etwa 84 000 Mann starke italienische Mincio-Armee in der zweiten Schlacht bei Custozza zu Lande geschlagen hatten, gewannen sie am 20. Juli des Jahres auch die Seeschlacht von Lissa. Den Krieg verloren sie trotzdem, da Italiens Verbündeter Preußen die Entscheidungsschlacht von Königgrätz für sich entscheiden konnte.

Als Kriegsverlierer verloren die Österreicher eine Provinz – aber nicht etwa an ihre preußischen Bezwinger, sondern an die von ihnen geschlagenen Italiener. Das österreichische Venetien wurde italienisch, was es heute noch ist.

Waffentechnisch ist an der Seeschlacht von Lissa bemerkenswert, dass sie die letzte große Seeschlacht des 19. Jahrhunderts unter Beteiligung von Holzschiffen mit Takelage war, aber die erste, in der in größerem Umfange Panzerschiffe eingesetzt wurden. In einem geradezu skurrilen Gegensatz zu der Anwendung dieses damals neuen Schiffstyps steht die schlachtenentscheidende Taktik des Siegers: die Rammtechnik.

Dass Wilhelm von Tegetthoff diese aus der Antike stammende, geradezu archaische Technik anwandte, lag an der großen sowohl quantitativen als auch qualitativen materiellen Überlegenheit des italienischen Gegners. Die italienische Flotte galt als eine der größten und modernsten der Welt. Entsprechend groß war der Druck auf die italienische Marineführung, sie nach dem Beginn des Deutschen Krieges einzusetzen. Dieses galt umso mehr nach dem entscheidenden Sieg des preußischen Kriegsverbündeten in der Landschlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866 und dem anschließenden Beginn von preußisch-österreichischen Waffenstillstandsverhandlungen. Zwar hatten die Preußen den Italienern in der Defensiv- und Offensivallianz vom 8. April 1866 Venetien zugesichert, doch konnte es nicht schaden, gegenüber Österreich ein Pfand in der Hand zu haben. Dieses Pfand sollte die heute kroatische, aber damals noch österreichische Insel Lissa (Vis) in der mittleren Ost-Adria werden.

Am 19. Juli 1866 griff die italienische Flotte die Inselbesatzung an. Einen Tag später war das knapp 90 Quadratkilometer große Eiland sturmreif geschossen und die Italiener setzten zur Landung an. In dieser Phase griff die österreichische Flotte ein. Die Inselbesatzung hatte per Telegraf über den italienischen Angriff informiert, und Tegetthoff hatte entschieden, unterstützend einzugreifen, getreu dem Motto: „Die Italiener irren, wenn sie glauben, dass wir uns vor ihnen verkriechen werden. Kommen sie in unsere Gewässer, so werden wie sie bekämpfen, und sollte unser letztes Trabakel an ihren Panzern zerschellen, wir werden den wenigstens verstehen, ehrenvoll unterzugehen.“

Tegetthoff war sich also der Stärke des Gegners durchaus bewusst. Er setzte deshalb nicht auf eine Abnutzungsschlacht, sondern auf einen überfallartigen Angriff mit anschließendem Nahkampf. Er suchte nicht das Feuergefecht mit dem technisch überlegenen Gegner, sondern stürzte sich auf den Gegner in der Absicht, ihn zu rammen. Glückliche Umstände und viele Fehler auf Seiten des italienischen Gegners führten zum Erfolg. Demoralisiert sowie unter Kohle- und Munitionsmangel leidend, brachen die Italiener ihren Versuch, Lissa zu erobern, ab und zogen sich nach Ancona zurück.

Die italienische Flotte blieb zwar auch nach dieser Schlacht materiell überlegen, doch waren ihre Verluste ungleich höher. 38 Toten und 138 Verwundeten auf der österreichischen Seite standen auf der italienischen 612 Tote, 38 Verwundete und 19 Gefangene gegenüber. Während die Österreicher kein Schiff einbüßten, verloren die Italiener die Panzerschiffe „Re d'Italia“ und „Palestro“ sowie das moderne Turmpanzerschiff „Affondatore“.

Wenn die Schlacht auch nicht kriegsentscheidend war, so leitete sie doch eine militärtechnische Fehlentwicklung ein. Die Rammtaktik war eigentlich schon damals anachronistisch. So war die Seeschlacht von Lissa denn auch das einzige größere Gefecht des Jahrhunderts, bei dem man auf den Einsatz von Rammspornen als Waffe im Schiffskampf zurückgriff. Tegetthoffs Erfolg schien jedoch für diese Taktik zu sprechen. Und so statteten diverse Nationen ihre Flotten nun mit Rammkreuzern aus, deren Merkmal ein Rammbug war. Dieses wurde in dem Maße immer widersinniger, in dem die Feuerkraft der Schiffe zunahm und es deshalb gar nicht mehr zu Feindberührungen im eigentlichen Wortsinne kam. Der Rammstoß wurde schließlich fast nur noch gegen aufgetauchte U-Boote eingesetzt. *Manuel Ruoff*

Auslöser einer militärtechnischen Fehlentwicklung

400 Kilometer in viereinhalb Tagen

Nach einem Gewaltritt vertrieb Victor Franke mit seiner Kompanie rund 3000 Herero-Kämpfer aus Okahandja und Omaruru

Die extreme zahlenmäßige Unterlegenheit der Kaiserlichen Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika während des Herero-Aufstandes von 1904 schloss zum einen die immer wieder unterstellte „Vernichtung“ des Volkes der Herero aus und forderte zum anderen von den beteiligten Militärs größten persönlichen Einsatz. Ein Musterbeispiel hierfür ist Victor Franke, der am 21. Juli 1866 im schlesischen Zuckmantel geboren wurde und zunächst in der preußischen Armee Karriere machte. Diese verließ er jedoch am 20. Mai 1896 im Range eines Oberleutnants, um in die Schutztruppe zu wechseln.

Anschließend diente Franke als Distriktchef in Otjimbingwe beziehungsweise Bezirkshauptmann in Outjo. In letztgenannter Eigenschaft unternahm er 1899 sehr gewagte Erkundungsritte durch bis dahin noch unbekannte Regionen des Ovambo-Landes an der Grenze zu Portugiesisch-Westafrika (Angola). 1901 avancierte der Offizier zum Chef der 2. Feldkompanie in Omaruru. Mit dieser Truppe liquidierte er kurz darauf die berüchtigte Räuberbande des Damara-Häuptlings Blauberg. Ende 1903 bekam Franke – inzwischen Hauptmann – den Befehl, sich dem Kampf gegen die aufständischen Bondelzwart-Hottentotten anzuschließen. Während des Marsches ins Rebellengebiet im Landessüden musste er allerdings am 15. Januar 1904 erfahren, dass nun auch die Herero im Norden losgeschlagen hatten.

Daraufhin fasste Franke den Entschluss, sofort umzukehren und die Aufrührer aus den von ihnen besetzten Ortschaften Okahandja und Omaruru zu vertreiben. Um den bedrängten deutschen Siedlern möglichst schnell zu helfen, absolvierte die 2. Kompanie dabei einen Gewaltritt, in dessen Verlauf sie die 380 Kilometer lange Strecke von Gibeon nach Windhuk in nur viereinhalb Tagen zurücklegte – und das bei schwerem Regen. Dieser führte zum Anschwellen der Flüsse. In einem von ihnen wäre der junge Leutnant Erich Georg Freiherr von Wöllwarth-Lauterburg fast ertrunken, wenn nicht Franke ihn in letzter Sekunde unter äußerster Gefahr für das eigene Leben aus den reißenden Fluten gezogen hätte. Dafür erhielt der Retter die preußische Rettungsmedaille am Band.

Vor 150 Jahren im schlesischen Zuckmantel geboren

Bei Okahandja kam es am 27. Januar 1904 zum ersten Gefecht mit Herero-Heckenschützen, die sich auf dem Kaiser-Wilhelm-Berg verschanzt hatten und die Stadt unter Feuer nahmen. Nach deren Ausschaltung zog Franke weiter nach Omaruru, um auch diese Ortschaft zu entsetzen. Dort warteten um die 3000 Hereros auf die 2. Kompanie, die aus etwa 100 Mann bestand. Beim Zusammentreffen der beiden Parteien am 4. Februar auf einem mit großen Felsblöcken übersäten Acker entbrannte dann das wohl verbissenste Scharmützel während des gesamten Herero-Aufstandes. In ihm verloren die Deutschen zehn Soldaten und Offiziere, während auf Seiten des zumeist mit britischen Gewehren bewaffneten Gegners, der am Ende in Panik flüchtete, 100 Mann fielen. Aufgrund dieses Sieges galt Franke nun als Held von Omaruru und erhielt im Juni 1904 von Kaiser Wilhelm II. die höchste preußische Tapferkeitsauszeichnung, den Orden Pour le Mérite. Zu ihm gesellte sich später unter anderen der Rote-Adler-Orden.

Die Erhebung der Herero endete im August 1904 mit den Kämpfen am Waterberg. An denen nahm Franke als Berater des Stabes des 2. Feldregiments teil. Sein Tagebuch, das heute im Bundesarchiv liegt, schildert im Detail die prekäre Situation der Schutztruppe – und beweist, dass diese nicht über die Kapazitäten verfügte, den Hauptteil des Volkes der Herero in die Omaheke-Wüste „abzudrängen“ und dort verdursten zu lassen, wie heute permanent von linksgerichteten Historikern kolportiert wird.

Nach der Rebellion übernahm Franke wieder das Kommando in Outjo und schloss 1908 im Auftrag des Gouverneurs Bruno von Schuckmann diverse Schutzverträge mit den Häuptlingen im Ovambo-Land. Zwei Jahre später erfolgte die Beförderung zum Major.

Der nächste Kampfeinsatz des erfahrenen Kolonialsoldaten fand Ende 1914 und damit bereits im Ersten Weltkrieg statt. Auslöser hierfür war der kaltblütige Mord am deutschen Bezirkshauptmann von Outjo, Hans Schultze-Jena, und dessen vier Begleitern während diplomatischer Aktivitäten in der Nachbarkolonie Portugiesisch-Westafrika. Um die portugiesischen Täter zur Verantwortung zu ziehen, veranstaltete Franke eine Strafexpedition gegen das portugiesische Fort Naulila am Nordufer des Grenzflusses Kunene. Dieses wurde am 18. Dezember 1914 gestürmt, obwohl der Gegner über mehr als doppelt so viele Männer verfügte.

Da Franke im Verlaufe des Angriffs mehrere Verwundungen davongetragen hatte, reiste er zur Behandlung nach Windhuk zurück, während südafrikanische Truppen mit der Annexion von Deutsch-Südwestafrika begannen. Am 24. Januar wurde Franke zum Oberstleutnant und Nachfolger des kurz zuvor gefallenen Kommandeurs der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika, Joachim von Heydebreck, ernannt und mit der Abwehr der Invasion beauftragt.



Victor Franke Bild: Archiv

Allerdings hatten die 3400 deutschen Verteidiger keine Chance, den Kampf gegen 43 000 südafrikanische Eindringlinge zu gewinnen. Deshalb kapitulierte Franke am 9. Juli 1915 am Kilometer 500 der Eisenbahnlinie von Otavi nach Khorab vor der übermächtigen Union Defence Force von Louis Botha – was ihm trotz der drückenden Überlegenheit des Gegners später den Vorwurf des unehrenhaften Handelns eintrug. Den Rest des Weltkrieges verbrachte Franke als Internierter auf der Farm Okawajo. Dann kehrte er nach Deutschland zurück, wo ihn Reichspräsident Friedrich Ebert 1920 unter Verleihung des Charakters eines Generalmajors in den Ruhestand verabschiedete.

Während der Zeit in Deutsch-Südwestafrika hatte sich der Offizier verschiedene Krankheiten zugezogen. Um Linderung zu finden, verlegte er seinen Wohnsitz 1930 nach Brasilien, wo die Familie ein Landgut besaß. Bereits 1936 kehrte er aber in die Heimat zurück, um am Institut für Schiffs- und Tropenmedizin in Hamburg Hilfe zu finden. Doch die Behandlung dort brachte keinen Erfolg: Victor Franke starb noch im selben Jahr, am 7. September, in der Elbestadt. *Wolfgang Kaufmann*

Erfolg mit deutschem Pioniergeist

US-amerikanische Kriege und Erfindungen aus Deutschland brachten Boeing entscheidend voran

Der US-amerikanische Technologiekonzern Boeing ist einer der größten Hersteller von Luft- und Raumfahrtgerät weltweit, wenn nicht sogar der größte. Am Anfang war jedoch von der heutigen Größe wenig sichtbar. Offiziell wurde die Firma Boeing am 16. Juli 1916 in Seattle als „Pacific Aero Products Company" vom deutschstämmigen William Edward Boeing gegründet.

Der Sohn des deutschen Bergbau-Ingenieurs Wilhelm Böing und der ebenfalls deutschstämmigen Marie Ortmann hatte in den Jahren zuvor in der Holzwirtschaft an der Pazifikküste der USA ein Vermögen verdient. Seit 1910 kannte William Edward Boeing, der als Wilhelm Eduard Böing am 1. Oktober 1881 in Detroit zur Welt gekommen war, den Marinepiloten und Ingenieur George Conrad Westerveldt.

Boeing lernte auf der Flugschule des Luftfahrtpioniers Glenn Martin fliegen und kaufte danach einen Martin TA-Doppeldecker. Er selbst und Westerveldt werteten die Martin-Konstruktion gründlich aus und entwarfen ihr eigenes Flugzeug. Das Doppeldecker-Schwimmerflugzeug B & W Seaplane flog im Juni 1916 zum ersten Mal. Ohne Westerveldt, der aus dem Projekt ausstieg, gründete Boeing daraufhin die Pacific Aero Products Company zur industriellen Produktion der Maschine. Als die USA in den Ersten Weltkrieg eintraten, bot Boeing der US Navy seinen Doppeldecker als Trainingsflugzeug an. Mit einem Auftrag über 50 Maschinen begann Boeings Weg als Flugzeugbauer. Im Mai 1917 wurde die Firma in „Boeing Aircraft Company" umbenannt.

Aber das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete auch das vorläufige Aus der Flugzeugproduktion bei Boeing. Der US-Amerikaner deutscher Abstammung hielt sein Unternehmen mit der Herstellung von Möbeln, Türen und Ruderbooten über Wasser. Außerdem überholte er ältere Flugzeuge. Bis 1920 verkaufte das Unternehmen nur ein einziges, selbst hergestelltes Flugzeug. Dann aber bekam Boeing den Auftrag, 20 experimentelle Bomber für die US-Armeeluftwaffe zu bauen. Die Zahl wurde zwar um die Hälfte gekürzt, aber als nächstes konnte Boeing 200 neue Jagdflugzeuge liefern.

> Vor 100 Jahren gründete William Edward Boeing, der eigentlich Wilhelm Eduard Böing hieß, die Pacific Aero Products Company

Danach etablierte sich Boeing als Hersteller von Jägern und schnellen Postflugzeugen. 1928 flog das erste Passagierflugzeug, die dreimotorige Boeing 80. Das Unternehmen gründete eine eigene Fluglinie, kaufte Hersteller von Motoren und Propellern auf. Aus „Boeing Air Transport" wurde die Fluglinie „United Airlines", als die US-Industrie infolge von Präsident Franklin D. Roosevelts Anti-Trust-Gesetzen entflochten werden musste. William Boeing verließ 1933 das Unternehmen, das nun wieder ein reiner Flugzeugbauer war.

Nach Boeings Ausscheiden belieferte das Unternehmen weiter die Armee und die Marine mit Kampfflugzeugen, doch konzentrierten sich die Verantwortlichen auf den Bau großer Verkehrsflugzeuge. Mit der 1932 bis 1935 gebauten Boeing 247 hatten sie eines der ersten Ganzmetall-Verkehrsflugzeuge mit Einziehfahrwerk im Angebot. Allerdings stand das Flugzeug immer im Schatten der größeren und deutlich erfolgreicheren Douglas DC-2 und DC-3. Boeing beteiligte sich am Wettstreit um das beste Transpazifikdienst-Flugboot. Mit der viermotorigen Boeing 314 „Clipper" entstand so das größte Verkehrsflugzeug seiner Zeit.

In den späten 1930er Jahren bekam das Unternehmen mehr und mehr Rüstungsaufträge. Der Zweite Weltkrieg ermöglichte dann eine beispiellose Expansion. Boeing produzierte 1944 rund 350 Flugzeuge im Monat. Die B-17 „Flying Fortress" wurde zum Rückgrat der US-amerikanischen Bomberverbände, und mit der B-29 „Superfortress" lieferte das Unternehmen das erste in Großserie produzierte Flugzeug mit Druckkabine aus. Die Verantwortlichen hofften, mit der aus der B-29 entwickelten Boeing 377 auch im Frieden bestehen zu können, aber die „Stratocruiser" war als Langstrecken-Passagierflugzeug kein großer Erfolg.

Die Grundlagen seines heutigen Status legte Boeing erst mit der nächsten Flugzeuggeneration. Dabei kamen den Verantwortlichen Forschungen aus Deutschland gelegen. George Schairer, der leitende Aerodynamiker, bereiste nach Kriegsende mit einer Expertenkommission Deutschland und fand in den Archiven wertvolle Erkenntnisse über den Pfeilflügel. Den hatten Wissenschaftler wie Adolf Busemann seit 1935 gründlich erforscht und im Windkanal getestet. Schairer sprach lange mit Busemann und schrieb dann an seine Mitarbeiter in Seattle, sie mögen sich in Zukunft auf den Pfeilflügel konzentrieren.

Das Ergebnis dieses Wandels war das klassische Passagierflugzeugdesign – Pfeilflügel mit Triebwerken in Gondeln unter den Tragflächen. Nicht nur die 367-80, der Vorläufer der Boeing 707, auch die US-Bomber des Kalten Krieges, die B-47 „Stratojet" und die bis heute fliegende achtstrahlige B-52 „Stratofortress", sahen so aus. Auf dem zivilen Markt kam dem Unternehmen zugute, dass die eigentlich führende britische Luftfahrtindustrie mit ihren Jets große Schwierigkeiten hatte. Die 707 konnte sich mit ihren Folgemustern am Markt durchsetzen und Konkurrenten wie Douglas und Lockheed verdrängen.

In den 1960ern stieg Boeing ins Raumfahrtgeschäft ein und baute die Saturn-Raketen für das Apollo-Programm. Obwohl Boeing 1970 die ersten 747 auslieferte, geriet der Konzern in Turbulenzen. Das Raumfahrtgeschäft kam faktisch zum Erliegen, und durch das Ende des Vietnamkrieges brachen auch die Militäraufträge ein. Erst im folgenden Jahrzehnt konnte sich das Unternehmen erholen.

Boeing wuchs durch Zukäufe und die Fusion mit McDonnell Douglas im Jahre 1997. Im Jahr 2000 kaufte Boeing den Technologiekonzern Hughes und somit dessen Hubschrauber- und Raumfahrtgeschäft. Allerdings brachte das neue Jahrhundert auch herbe Rückschläge. Das Unternehmen verlor die Ausschreibung für ein neues leichtes Kampfflugzeug und musste sein ambitioniertes Vorhaben, ein schallschnelles Flugzeug für 300 Passagiere zu bauen, aufgeben. Durch zweifelhafte Praktiken geriet Boeing beim Wettbewerb um ein neues Tankflugzeug für die US-Luftwaffe in die Kritik. Ein Skandal um Industriespionage kam hinzu – Lockheed Martin verklagte Boeing, weil ein früherer Mitarbeiter bei seinem Wechsel zu Boeing angeblich 30 000 Seiten an vertraulichen Dokumenten mitgenommen hatte. Daraufhin schloss die US-Regierung Boeing für 20 Monate von Verträgen für die lukrativen Satellitenstarts aus.

Boeing schloss mit Lockheed Martin einen Vergleich, und seit 2006 arbeiten beide in der United Launch Alliance (ULA) zusammen, dem weltweit größten Anbieter von Satellitenstarts. Zudem machte das Unternehmen mit der neuen Boeing 787 „Dreamliner" und verbesserten Versionen bewährter Produkte verlorenes Terrain gut. Außerdem entwickelt es eine Raumkapsel, die ab 2018 Astronauten in den Weltraum bringen soll.

Friedrich List



Mit deutschen Erkenntnisse über den Pfeilflügel hoch hinaus: Eine Boeing 707 Bild: Eduard Marmet

Seine Verlierer schreiben heute seine Geschichte

Vor 80 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg – Geschichtsverdrehungen um Guernica

Vor 80 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg. Wann genau ist umstritten, denn woran soll man den Beginn festmachen? Eine Kriegserklärung liegt auch bei diesem Bürgerkrieg nicht vor. Manche Historiker nennen den 17. Juli 1936 als Datum, weil sich an jenem Tag die der republikanischen Regierung feindlich gesinnten Truppen auf den Kanarischen Inseln erhoben. Offiziell galt stets der 18. Juli als Beginn der „Ruhmreichen Nationalen Erhebung".

Diese ging zu Ende, als Valencia, wohin die republikanische Regierung bereits im November 1936 geflüchtet war, sich als letzte rote Enklave am 30. März 1939 ergab. Am 1. April unterzeichnete General Francisco Franco jedenfalls den letzten Heeresbericht, der knapp mitteilte: „Nachdem am heutigen Tage das Rote Heer besiegt und entwaffnet wurde, haben die nationalen Truppen ihre letzten militärischen Ziele erreicht. Der Krieg ist vorbei." Dementsprechend war das besagte Datum bis zum Ende seiner Herrschaft ein politischer Feiertag. Es war der Tag des Sieges über die „marxistischen Horden", von denen Franco Spanien befreit hatte. Damit war ein blutiger Bruderkrieg zu Ende gegangen, der rund eine halbe Million Spanier das Leben gekost hatte. In dieser Zahl sind die Nachkriegstoten nicht mit inbegriffen. Laut umstrittenen Angaben wurden 200 000 Opfer von Erschießungen durch die Sieger.

Franco gewann zwar den Spanischen Bürgerkrieg, aber ihm gelang es nicht, ein politisches System zu installieren, das seinen Tod überdauert hätte. So sieht sich das heutige Königreich Spanien eher in der Tradition der im Spanischen Bürgerkrieg untergegangenen Zweiten Republik als in jener der Falangisten. 2007 wurde in Spanien das sogenannte Ley de la Memoria Histórica („Gesetz über die geschichtliche Erinnerung") beschlossen, das dazu geführt hat, dass die Statue des Caudillo sogar aus der von ihm wiedergegründeten Militärakademie in Zaragoza entfernt wurde. Die Gräber der in spanischer Erde ruhenden deutschen Freiwilligen der Legion Condor, die auf der Seite Nationalspaniens gekämpft hatte, verfallen zusehends. Die Bundesregierung fühlt sich dafür nicht zuständig. Einheiten der Bundeswehr dürfen seit einiger Zeit keine Namen von Spanienkämpfern wie Werner Mölders mehr tragen. Bei der Kritik an der Legion Condor und deren Engagement in Spanien wird vor Geschichtsverdrehung nicht zurückgeschränkt. Das gilt vor allem für die Bombardierung der kleinen baskischen Stadt Guernica, deren Zerstörung von Pablo Picasso auf geniale Art und Weise instrumentalisiert wurde. Übrigens wurde sein möglicherweise bekanntestes Gemälde „Guernica" bereits vor dem Auftauchen der ersten Bomber begonnen und hat damit wenig mit dem angeblichen deutschen Kriegsverbrechen zu tun, für das sich zuletzt 1997 der damalige Bundespräsident Roman Herzog entschuldigt hatte.

> Der dieses Jahr verstorbene spanische Historiker und Soldat Jesús Salas Larrazaba räumte mit vielen Legenden zu Guernica auf

Erst nach und nach wurde mit den vielen Legenden aufgeräumt, die sich seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts um die Zerstörung Guernicas rankten. Im April dieses Jahres verstarb der spanische Historiker und Soldat Jesús Salas Larrazaba, der sich als einer der wenigen ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzte. Ihm zufolge ist die Behauptung falsch, dass die Bombardierung eine Bestrafung der angeblich die Unabhängigkeit erstrebenden Basken dafür hätte darstellen sollen, dass sie sich den Falangisten nicht angeschlossen hatten. Das könne man unter anderem daran ablesen, dass ein Gebäude namens Casa de Juntas, das für die Separatisten immer noch große Bedeutung besitzt, sowie der daneben stehende Baum, dem für die Basken ebenfalls hohe Symbolkraft zukommt, jene schicksalhaften Tag völlig unbeschadet überstanden haben. Die Zerstörung von letztendlich rund sieben Zehnteln der Stadt Guernica ist nicht so sehr auf den nur wenige Minuten dauernden deutsch-italienischen Angriff zurückzuführen als vielmehr auf die völlige Unfähigkeit der Feuerwehr aus dem nur 36 Kilometer entfernten Bilbao, die erst Stunden später kam, dann der Lage nicht Herr wurde und schließlich mehr oder weniger unverrichteter Dinge davonzog. Dementsprechend wurden zahlreiche Holzhäuser ein Opfer der Flammen.

> Der Brite George L. Steer versuchte, mit falschen Opferzahlen in der »Times« sein Land gegen das Dritte Reich zu mobilisieren

Die Anzahl der Opfer erhöhte man absichtlich, um die Unmenschlichkeit Francos und seiner Alliierten, insbesondere Adolf Hitlers, zu untermauern. So wurden aus den amtlich bestätigten 126 Toten auf wundersame Weise 3000. Eher in die Richtung der 126 als der 3000 geht die von der 1985 gegründeten örtlichen Vereinigung Gernikazarra Historia Taldea ermittelte Opferzahl. Sie gab diese 2012 mit 153 an.

Nichtsdestotrotz hat sich in einigen Aufsätzen die Zahl von 1654 Opfern gehalten. Zur Begründung der vergleichsweise hohen Zahl wird gerne angeführt, dass aufgrund des normalerweise an diesem Wochentag stattfindenden Markttags der Bombenangriff zu Hunderten zusätzlichen Opfern geführt habe. Der Markttag war jedoch aus Sicherheitsgründen von der Stadt abgesagt worden. Einen bedeutenden Anteil an der Überschätzung der Opferzahlen hat der in Südafrika geborene Brite George L. Steer, der mit überzogene Zahlen in der Londoner Tageszeitung „The Times" darauf abzielte, die öffentliche Meinung im Vereinigten Königreich gegen das Dritte Reich zu mobilisieren.

Für eine antideutsche Instrumentalisierung spricht auch, dass die Bombardierung der von Guernica nicht weit entfernt gelegenen Kleinstadt Durango am 31. März 1937, die einzig durch die italienischen Faschisten erfolgte und aufgrund fehlender Luftschutzkeller 250 Menschenleben kostete, aus der Geschichtsschreibung quasi verschwunden ist. Zum selektiven Umgang mit dem Kriegsgeschehen in Spanien gehört auch, dass Guernica zum roten Mythos wurde, während kaum jemand weiß, dass linke Milizen am 4. Januar 1937 224 Häftlinge im Gefängnis von Bilbao kaltblütig ermordeten. Auch dürfte kaum bekannt sein, dass Guernica sehr wohl von militärischer Bedeutung war: einerseits durch die Waffenfabriken und die Garnison, andererseits durch seine strategische Lage an der Front in Vizcaya. Das sollte aus Gründen der Ausgewogenheit nicht unerwähnt bleiben.

Markus Matthes

Destruktive Pläne

Zu: Merkel war's (Nr. 26)

Mit dem sogenannten „Brexit"-Votum hat sich das Sündenregister der Bundeskanzlerin nochmals erweitert. Denn dass ihre „Willkommenspolitik für die Asylanten der Welt" auch in Großbritannien den Austrittsbefürwortern Argumente in die Hände spielte, das dürfte auch der berühmt-berüchtigte „Blinde mit Krückstock" gemerkt haben.

Euro-Rettungswahnsinn, Energie-„Wende", Griechenland-„Rettung", Asylantenirrsinn – die normal gebliebenen Bürger dieses Landes sollten zitternd gespannt bleiben, welch neuer „Planpunkt" im Hirn dieser Frau entsteht (oder schon entstanden ist), um auch weiterhin den Pfad der Zerstörung Europas – und vor allem Deutschlands – zu beschreiten.

Manfred Kristen, Freital

Gut kompensiert

Zu: „Unsere Nachbarin sagt ... (Nr. 23)

Die von Eva Herman beschriebene „Nachbarin" ist vermutlich eine dichterische Erfindung. Sie zeigt aber in gelungener Weise, in welchem Umfang zeitgenössischer Unsinn sich immer mehr ausbreitet, auch wenn er den deutschen Interessen nicht nützt, sondern schadet. Das alles wird durch einen geradezu lächerlichen Fußballpatriotismus kompensiert.

Dr. Gerhard Dannert, Celle

Als Russisch noch überlebenswichtig war

Zu: Raus, aber gefälligst zack, zack! (Nr. 26)

„Druschba" = „Freundschaft" und „Spasiba" = „Danke" sind zwei wunderbare Worte in jeder Sprache. Der Wochenrückblick war wieder ein Genuss von Anfang bis Ende. Die *PAZ* wird hier in den USA unter uns Ostpreußen herumgereicht, und die Berichte und Kommentare helfen uns Ignoranten sehr, die politischen und menschlichen Situationen in Deutschland und in der ganzen Welt zu verstehen.

Die Beschreibung des Erlernens der russischen Sprache, ich nehme an in DDR-Schulen, ist außerordentlich aufschlussreich. Als überlebendes Königsberger Kind der russischen Besetzung im April 1945, und das Überleben danach sechs Monate lang, an diese Zeit brachte der Wochenrückblick Erinnerungen des Erlernens der russischen Sprache ins Bewusstsein. Allerdings lernten wir deutschen Kinder die russische Sprache damals nicht in der Schule, sondern direkt von Angehörigen der Roten Armee, au naturel. Von „Spasiba" oder „Druschba" – keine Rede.

Außerhalb der Schleiermacherkaserne, der früheren Blindenanstalt, standen Baracken, wo wir deutschen Kinder bettelnd mit den Michkannen in den Händen warteten auf ein bisschen Suppe oder ein Stückchen „chleb" = „Brot". Und einige nette Rotarmisten brachten uns sehr notwendiges Russisch bei, was unbedingt zum Überleben nötig war.

„Zapzerap" = „stehlen", „klauen", verbunden mit „Kartoschka" = „Kartoffeln", „Kapusta" = „Kohl" ergab ein brauchbares Resultat. „Kartoschka zapzerap" = „Kartoffeln stehlen" und „Kapusta zapzerap" = „Kohl stehlen".

Unterbrochen wurde der Russenunterricht mit häufigem „jop twoju mat", das ich leider nicht ins Deutsche übersetzen kann. Jemand sagte mir Jahre später, was das auf Deutsch heißt, aber es war der größte Bestandteil der russischen Sprache, den wir Kinder erlernten. Unsere Rotarmisten wollten sich beinahe zu Tode lachen, wenn wir es wiederholten. Und wer von uns Kindern es am besten aussprach bekam immer was in die Milchkanne. Und manchmal sogar „Kascha" – eine Delikatesse – eine Art Milchbrei.

Aber unsere Rotarmisten wollten auch Deutsch lernen. So zeigten wir Kinder auf Gegenstände, sagten die deutsche Bezeichnung, und die Rotarmisten wiederholten es. Wissbegierig waren sie. Dann war auf einmal Schluss mit dem Essenbetteln bei der Schleiermacherkaserne. Geschossen wurde in die Luft, und wir Kinder rannten weg so schnell wir konnten.

Aber das Essenbetteln, solange es dauerte, hatte etwas sehr Gutes. Ich aß meine Suppe sofort und bettelte dann für mehr Suppe für meine wunderschöne blonde, blauäugige 16 Jahre alte Schwester. Erstaunlicherweise verstand mich einer der Russen, und er gab mir immer einen Nachschlag. Das Essen brachte ich meiner lieben Mutti, die in dem ausgebombten Haus, in dem wir hausten, schwer krank lag. Sie war am verhungern. Sie erholte sich von der Suppe, und so konnten wir am 15. Oktober 1945 die Stadt des sicheren Todes morgens um 4 Uhr für immer verlassen. Ja, wir kamen durch bis nach Elbing. Aber dieser Fußmarsch gehört in eine Autobiografie.

Mein geliebtes Königsberg, es gibt keine vergleichbare Stadt in der Welt, war einst so schön, so kultiviert, eine Weltstadt mit Intellektuellen, Dichtern und Denkern, die ihresgleichen suchen. Sie ist für immer und ewig verloren. Mit dieser Tatsache müssen wir alten Königsberger uns abfinden. Aber in unserem Herzen lebt sie, diese wunderbare Stadt. Wir ostpreußischen Deutsch-Amerikaner sind der *PAZ* und dem *Ostpreußenblatt* dankbar für die Erinnerungen, und der Wochenrückblick hat mich zu dieser Leserzuschrift ermuntert. Danke!

Jutta M. La Pinta M.S., Venice, Florida/USA

EU neu aufbauen

Zu: Horror für Brüssel (Nr. 26)

„Der erste Austritt" (aus der EU) – so titelt das linke Internetportal „German-Foreign-Policy.com" und prompt schreiben deutsche Journalisten, dass weitere Volksabstimmungen – in anderen EU-Ländern, versteht sich – katastrophal wären.

Warum nicht? Die Stunde der Wahrheit ist da: Die EU, dieses von Ministern und ihren Dunkelmänner-Beratern und Lobbyisten kreierte Konstrukt muss eingerissen und von unten nach oben – wie die schweizerische Eidgenossenschaft – neu aufgebaut werden.

Jürg Walter Meyer, Leimen bei Heidelberg

Null Zins gewinnt

Zu: Zins-Katastrophe spitzt sich zu (Nr. 25) und: Warum Links versagt (Nr. 25)

In den Artikeln werden nur die negativen Auswirkungen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank aufgeführt. Die Niedrigzinspolitik hat auch positive Auswirkungen. Darüber schweigt sich der Verfasser der Artikel aus. Wenn man von Zinsen redet, muss man auch von Inflation reden. Was nützen mir drei Prozent Zinsen wenn die Inflation vier Prozent beträgt? Zurzeit haben wir null Prozent Zinsen und null Prozent Inflation. Es stimmt daher nicht, dass die Sparer zurzeit Geld verlieren.

Hätten wir die Niedrigzinspolitik nicht, wären einige südeuropäische Staaten pleite, und Schäuble müsste neue Schulden machen. Nicht nur Reiche, auch der Mittelstand und Unternehmen profitieren von niedrigen Kreditzinsen. Von der Enteignung kleiner Leute kann keine Rede sein. Die kleinen Leute haben kein Vermögen, das ihnen weggenommen werden könnte. Sie profitieren davon, dass es keine Inflation gibt. Wer höhere Zinsen fordert, muss bedenken, dass es dann wieder Inflation geben wird. Jedes Ding hat zwei Seiten, auch die Niedrigzinspolitik.

Gerhard Wagner, Ratingen

Wenigstens eine Begabte im Kampf für eine Alternative

Zu: Führungskämpfe in der AfD (Nr. 26)

Führungskämpfe in einer Partei, zumal in einer neuen, sind normal. Dass jegliche neue Partei von den Etablierten nicht gern gesehen wird, ist verständlich. Die Methoden, die im Kampf gegen die AfD angewandt werden, sind weithin abstoßend. Nachdenklich wird man, wenn plötzlich der Schuldkult mit einer Reihe von Tagesordnungspunkten versorgt wird: Dass das Volk nur ja gebeugt bleibt, nur ja nicht selbstbewusst wird, denkt und handelt. Eigentlich sind ja Wahlen dazu da, dass Politiker ihm das abnehmen, aber die respektieren weithin nicht, dass sie Beauftragte sind. Sie wissen alles besser und regieren gegen das Volk.

Eine neu sich gründende Partei besteht, sofern sie nicht aus einer Abspaltung einer vorhandenen hervorgeht, aus Laien, die meist mit viel Idealismus die Möglichkeiten und zweckmäßigen Verhaltensweisen auf dem Sondergebiet „Politik" erst lernen müssen. Wie für alle Bereiche des Lebens gilt auch hier: Es gibt Begabte und weniger Begabte, auch solche, die bestimmte Werkzeuge nicht gleich handhaben können, die aber für das Erarbeiten von Grundlagen unverzichtbar sind. Für eine solche Begabung halte ich Frauke Petry.

Gudrun Schlüter, Münster

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Die fehlende Polizei und die traumatisierten Kriminellen

Zu: Keine Billigpolizei (Nr. 25)

Da soll mir noch jemand sagen, die Asylanten würden uns Deutschen mit ihrer Anwesenheit bereichern. Experten haben schon alles durchgerechnet. Tatsache ist aber, dass von den Ländern und Kommunen tausende Polizisten wegen der Sicherheit im Lande neu eingestellt werden müssen.

Was ist geschehen? Woher diese Furcht auf einmal? Unsere weltoffene Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass über eine Million Erdenbürger von allen Teilen der Welt einfach nach Deutschland eindringen konnten. Ohne Kontrolle, ohne Übersicht. Das Resultat haben wir nun auszulöffeln. Nicht die sogenannte Elite ist davon betroffen, sondern wie immer die kleinen Leute und auch die, die schon jetzt am Rande der Gesellschaft leben müssen. Sie sind nun mal da, jetzt müssen wir damit umgehen. Basta!

Die Frage stellt sich nun, woher man die vielen Polizeikräfte nehmen soll, die willentlich aus finanziellen Gründen langsam abgebaut wurden, und fehlen sie nicht eines Tages in der Produktion? Es müssen also genügend Bewerber bereit sein, sich für diesen aufopferungsvollen Dienst zu melden. Allein in Niedersachsen wurde ein Bedarf von 3000 Polizisten ermittelt. Und bis sie einsatzbereit sind, dauert es drei bis fünf Jahre. Bis dahin müssen wir uns dem Schicksal ergeben und für die Sicherheit selbst sorgen. Das wird aber gar nicht gerne gesehen, die Sache mit der Zivilcourage. Könnte ja zu bösen Übergriffen führen.

Für das Verrammeln von Türen und Fenstern, Alarmanlagen und anderen Sicherheitsvorkehrungen werden großzügig Zuschüsse gewährt. Der größte Teil muss aber selbst finanziert werden. Hier ist doch etwas faul im Staate. Die Kriminalstatistik spricht jetzt schon Bände und auch das Beispiel Frankreich sollte uns das Fürchten lehren. Trotz Ausnahmezustand und 100 000 Polizisten und Soldaten kommt es zu neuen Anschlägen. Wer Böses im Schilde führt, kann sehr leicht sein Ziel erreichen.

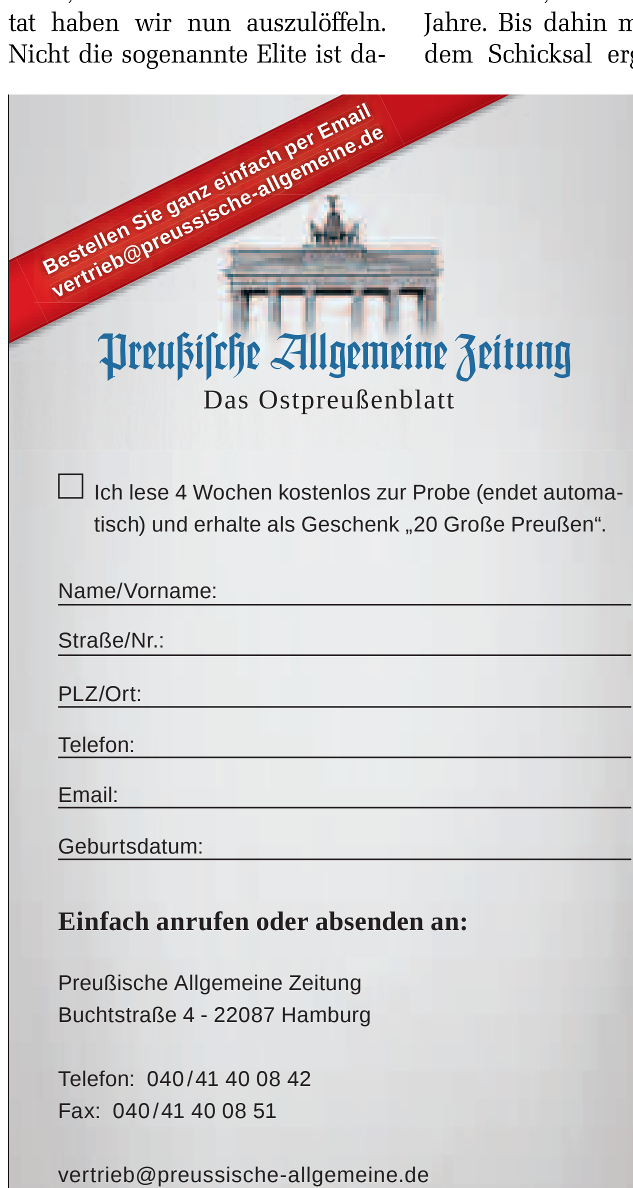
Ständig wird berichtet, wie viel Gefährder es in Deutschland gibt (zirka 500), und was man alles tut, um sie kostenaufwendig zu beobachten und zu kontrollieren. Es ist aber nicht möglich, sie außer Landes zu schaffen. Deutschland will eine wehrhafte Demokratie sein, aber in der Praxis versagt sie. Da muss erst der Bundesrat zustimmen, damit unzählige bereits kriminelle Nordafrikaner ausgewiesen werden können.

Wenn es sich aber um Andersdenkende im Lande handelt, geht es ruckzuck und die betreffenden Leute stehen vor Gericht und müssen sich verantworten. Wie sagt es so schön der Justizminister immer wieder: Sie werden mit aller Härte des Rechtsstaates bestraft. Wo in der Welt gibt es verfolgungssichere Herkunftsländer? Nirgendwo! Diebe, Einbrecher, Drogenhändler, Kinderschänder, Totschläger und Terroristen werden überall verfolgt, vor Gericht gestellt und verurteilt. Verständlich, wenn sich die Kriminellen der gerechten Strafe entziehen wollen. Dies geschieht ganz still und heimlich, indem sie sich unter den Flüchtlingsstrom mischen. Tauchen sie in Europa auf, werden sie als ganz gewöhnliche Asylsuchende behandelt. Schließlich sind sie traumatisiert.

Wer kennt ihre Zahl? Allah hat sie gezählt, wie ihm auch nicht einer fehlt an der ganzen großen Zahl.

Wilhelm Jäkel, Damme

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.





Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 15. Juli 2016

MELDUNGEN

Grenzkontrollen wegen Natogipfel

Warschau – Im Zusammenhang mit dem sich nähernden Natogipfel, dem Weltjugendtag und dem Besuch von Papst Franziskus in Polen finden seit dem 4. Juli vorübergehende Kontrollen an den Grenzen statt. Der polnische Minister für Inneres und Verwaltung, Mariusz Blaszczak, erklärte, dass jede Person, die die Grenze überschreiten will, einen Personalausweis oder Reisepass bei sich tragen müsse. Das betreffe auch einreisende Bürger von Schengen-Staaten. Bürger von außerhalb der Schengen-Zone müssten einen Reisepass und ein Visum besitzen. Die Kontrollen an der Grenze werden bis zum 2. August durchgeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt ruht auch der kleine Grenzverkehr mit Russland an der innerostpreußischen Grenze. Das bedeutet, dass Russen aus dem Königsberger Gebiet weder nach Polen einreisen können noch Polen aus dem südlichen Ostpreußen in das Königsberger Gebiet. *PAZ*

Stalinisten gegen Lehndorff

Königsberg – Die Königsberger Tageszeitung „Nowye Koljosa“ berichtete in einem teilnahmsvollen Artikel über Hans von Lehndorff, den berühmten Arzt und Schriftsteller, der als bekennender Christ und NS-Gegner nach Kriegsende im sowjetisch besetzten Ostpreußen als Mediziner tätig blieb und erst 1947 in die spätere Bundesrepublik ausreisen konnte. Seine damaligen Erlebnisse schrieb er als „Ostpreußisches Tagebuch“ nieder. Der mit Bildern von Opfern der Roten Armee illustrierte und die Verbrechen der Besatzer gegen die Zivilbevölkerung deutlich benennende Artikel über den „Graf-chirurg iz Kjonigsberga“ rief den Unmut der Veteranenverbände hervor, denen eine realistische Beschreibung der Kriegswirklichkeit gegen den Strich geht und die sogleich die Staatsanwaltschaft sowie führende Politiker des Gebietes über den vermeintlich „nazistischen Stil“ ihres Fundes in Kenntnis setzten. *T.W.W.*

»Menschen des Meeres«

Rauschen – Die Rauschener Abteilung des Museums der Weltozeane zeigt eine beachtliche ethnologische Ausstellung. „Menschen des Meeres“ versammelt auf über 4000 Quadratmetern Fläche etwa 1000 von deutschen Reisenden von den 1960er bis in die 1990er Jahren erworbene Kunstwerke vor allem aus Neuguinea und von den großen Inseln des heutigen Indonesiens, aber auch aus China, Indien und Nepal. Die bisher nicht ausgestellte Sammlung wurde 2015 vom russischen Unternehmer und Mäzen W. I. Schtscherbakow in Deutschland erworben und dem Königsberger Museum zur Bearbeitung übergeben. *T.W.W.*

Golfresort statt Unesco-Kulturerbe?

Streit um die Zukunft von Schloss Steinort in Masuren – Förderer drohen mit Rückzug

Ein wichtiges deutsch-polnisches Gemeinschaftsprojekt – der Kampf um den Erhalt von Schloss Steinort – steht auf der Kippe, weil der Vorstand der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz plant, Gut Steinort an einen privaten Investor zu verpachten, der dort ein Golfresort einrichten will.



Bild: Janericloebe/CF

Notgesichert: Dachsanierung verhindert das Eindringen von Feuchtigkeit.

In einem offenen Brief hat sich die Deutsche Burgenvereinigung e.V. vor wenigen Tagen an die Deutsch-Polnische Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz und deren polnische Schwesterstiftung Polsko-Niemiecka Fundacja Ochrony Zabytkow Kultury (PNF) gewandt und gegen die Realisierung der aktuellen Pläne protestiert. Die Deutsche Burgenvereinigung e.V. mahnt eine denkmalgerechte Instandsetzung und Nutzung des ehemaligen ostpreußischen Herrenhauses an.

So war es auch geplant, als die PNF 2009 als Eigentümerin dafür eingetreten war, um das Gut vor dem Verfall zu retten. Seitdem haben die Befürworter einer denkmalgerechten Renovierung und Nutzung des historischen Erbes viel dazu beigetragen, dass mit Geldern der polnischen Regierung, aber auch mit Unterstützung der Bundesregierung und privaten Spendern in der Bundesrepublik über 600 000 Euro in Soforthilfemaßnahmen gesteckt werden konnten. Zu den Spendern gehört auch die Familie von Lehndorff selbst. Sie finanzierte die statische Notsicherung des Baus. 2010 wurde für die Rettung des Schlosses die Lehndorff-Gesellschaft e.V. gegründet.

Wie die Deutsche Burgenvereinigung in ihrem Offenen Brief hervorhebt, ist Schloss Steinort eines der bauhistorisch bedeutendsten Beispiele für die Herrenhäuser des Ostseeraums. Seit einiger Zeit gebe es grenzüberschreitende Bestrebungen, sie in die Unesco-Liste des Weltkulturerbes aufzunehmen. Einer Aufnahme in die Unesco-Liste stünden allerdings die Pläne, gegen die Stimme des zuständigen polnischen Denkmalpflegers Gut Steinort an einen Investor zu verpachten, weil damit die zwingend notwendige denkmalgerechte Instandsetzung und Umgestaltung nicht klar vorgegeben sei. Gerüchten zufolge will der Investor ein Golfresort für rund 1000 Gäste bauen. Neben mehrstöckigen Gebäuden im Park vor dem Schloss sind Reihenhäuser entlang der Zufahrt zum Ort vorgesehen. Kunsthistorisch bedeutsame Räume im Schloss könnten zu Hotelzimmern umfunktioniert werden. Die Schlossunterstützer klagen, dass dies „dem gesamten Charakter dieser einmalig schön gelegenen und historisch hochbedeutsamen Schlossanlage in Masuren widerspreche“. Zudem verfüge Masuren schon jetzt über genügend Hotels.

Der aktuelle Streit um die Zukunft des ehemaligen Stammsitzes der Familie von Lehndorff dürfte mit der schleppenden Finanzierung und der damit einhergehenden Verzögerung der Renovierungsarbeiten in Zusammenhang stehen. Im vergangenen Jahr noch hatte der Vorsitzende des PNF mitgeteilt, dass er 734 000 Euro für die Anfertigung einer Dokumentation erhalten habe, eine Voraussetzung, um Geld aus Fonds der Europäischen Union zu erhalten. Wenn die Restaurierung fertiggestellt sei, sollten die erhalten gebliebenen originalen Einrichtungsgegenstände, die sich in deutschen Museen befinden, in das renovierte Haus zurückkehren. Sie könnten den Grundstock eines „Ostpreußischen Adelsmuseums“ bilden. Die Gesamtanlage wäre ein originäres Beispiel für Gutshöfe mit ihren Herrenhäusern, welche die Region ab dem Mittelalter geprägt hatten.

Schloss Steinort liegt malerisch im Herzen Masurens auf einer

Ostpreußisches Adelsmuseum geplant

Halbinsel zwischen Mauersee, Kissainsee und Dargeinensee. Vom 15. Jahrhundert bis zum Jahr 1945 war es der Hauptsitz des Geschlechts der Lehndorffs, einer der bekanntesten deutschen Adelsfamilien. Bis 1947 war Schloss Steinort von Soldaten der Roten Armee in Beschlag genommen und wurde später Verwaltungssitz eines staatlichen Landwirtschaftsbetriebs und als Segelschule genutzt. In den 1990er Jahren verfiel die Anlage zusehends.

Zur Erinnerung an den bekanntesten Vertreter des Grafengeschlechts, Heinrich von Lehndorff (1909–1944), wurde anlässlich seines 100. Geburtstags ein Gedenkstein aufgestellt. Graf Lehndorffs Nachfahren haben den Abtransport des Steins angedroht, weil sie Schloss Steinort durch die jüngsten Entwicklungen massiv gefährdet sehen. *M. Rosenthal-Kappi*

Mit dem Schiff Königsberg entdecken

Seit Kurzem verkehrt ein Ausflugsboot auf dem Pregel – Bald auch Exkursionen auf den Flüssen des Gebiets

Auf Königsberger Gewässern verkehrt seit Kurzem das erste Ausflugsschiff, das im nördlichen Ostpreußen gebaut wurde. Das neue Wassergefährt trägt den Namen „Sambia“ (Samland). Gebaut wurde es auf der Schiffswerft in Heiligenwalde [Uschakowo]. Dort hatte man bereits 2014 mit dem Bau des Ausflugsboots begonnen. Die Besonderheit dieser Werft ist, dass sie 2012 von einem Deutschen mit russischen Wurzeln gegründet wurde. Er hat etwa eine Million Euro investiert. Das Unternehmen profitiert als Niederlassung im nördlichen Ostpreußen von den Vorzügen der Sonderwirtschaftszone. Seit 2013 baut die Firma gemeinsam mit einer holländischen Werft _Ausflugsjachten in unterschiedlichen Größen. Die Designerin Jana Wisser entwirft die Ausstattung. So entstanden die Jachtmodelle „Courage“, „Respekt“, „Trident“ und „Rubikon“.



Seit Kurzem in Betrieb: Ausflugsschiff auf dem Pregel

Bild: J.T.

Bislang zählen zu den Kunden der Werft vorwiegend Firmen aus St. Petersburg und aus der Wolgaregion. Das Boot „Sambia“ war der erste Auftrag aus dem Königsberger Gebiet. Es heißt, sein Eigentümer sei der ehemalige Chef der Seeverwaltung des Königsberger Hafens, Georgij Sebow.

Das Schiff ist sechs Meter breit und 22 Meter lang und bietet Platz für 55 Personen. Das Ausflugsschiff „Sambia“ hat ein einladendes Interieur. Es ist nicht nur für Ausflüge geeignet, sondern auch für festliche Anlässe und Konferenzen an Bord. Es gibt eine Bar, ein modernes Akustiksystem, eine Videoeinheit, einen Plasma-Bildschirm und kabelloses Internet. Auf Kundenwunsch wird auch ein Catering-Service und Getränkeausschank mit Bedienung angeboten.

Vor Kurzem erst hatte das Schiff seine Jungfernfahrt. Es startet vom Anlegeplatz beim Leuchtturm des Fischdorfs. Die anderthalbstündige Fahrt geht über die Arme des Pregel. Die Route führt vom Fischdorf am Kneiphof vorbei an der Bohlwerksgasse [Ufer Peter der Große] mit den Gebäuden des Ozeanmuseums bis zur Krämerbrücke. Dann kehrt das Schiff um, passiert die Kaiserbrücke und kehrt entlang des Weidendamms zum Ausgangspunkt zurück.

Während der Exkursion mit dem Titel „Maritimes Königsberg – Kaliningrad“ werden die Passagiere mit der Geschichte des Seewesens in Königsberg bekannt gemacht und mit der Entwicklung des Hafens in der Nachkriegszeit. Sie sehen den Dom, das U-Boot sowie Fischfang- und Forschungsgeräte des Ozeanmuseums. Da viele Touristen Interesse am Bau des neuen Fußballstadions geäußert haben, wurde die Route verlängert und führt nun auch am Bauplatz auf der Lomse vorbei. Die Fahrt kostet 400 Rubel (5,65 Euro). Für Kinder bis zwölf Jahre nur 200 Rubel (zirka 2,80 Euro). Die Fahrten werden mehrmals täglich durchgeführt, je nach Besucherandrang. Es ist geplant, die Routen nicht nur innerhalb Königsbergs durchzuführen, sondern über die Flüsse des Gebiets auch die für Touristen interessanten Sehenswürdigkeiten anzusteuern. Schon jetzt gibt es eine organisierte dreistündige Fahrt über die Kanäle und den Königsberger Seekanal bis nach Pillau. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

kaum ein anderes Bild hat in der letzten Zeit unsere Leserinnen und Leser so bewegt wie das Foto in Folge 27 von dem verfallenen Wohnhaus der Dichterin **Agnes Miegel** in der Königsberger Hornstraße, an dem die Gedenktafel verschwunden ist. Der erste Schreiber, der dazu Stellung nahm, war Herr **Hans Georg Balzer** aus Groß Köris, dessen Erinnerungen an einen Samlandsommer in seinem Kinderparadies an der Steilküste wir in Folge 24 veröffentlichten, worüber er sich sehr gefreut hat. Umso schockierender war dann für ihn das Bild von der heutigen Hornstraße Nr. 9, zu dem er umgehend Stellung nahm. Herr Balzer schreibt: „Der Bericht unseres Landsmannes Tennigkeit von der großen Ostpreußenreise mit dem VDK nach Ostpreußen hat mich sehr betroffen gemacht. Nie hätte ich es vordem für möglich gehalten, dass mit dem Gedenken an unsere großen verehrungswürdigen Landsleute so verfahren wird. Die Kampagne begann ja schon zum Jahresanfang mit der Entfernung des Miegel-Denkmals aus dem Kurpark von Bad Nenndorf. Dazu habe ich mich bereits in der *PAZ* geäußert. Nun scheint die Saat des Hasses, ausgestreut von verblendeten Deutschen, leider auch in russischen Kreisen aufgegangen zu sein. Das bedaure ich zutiefst. Es bleibt die Hoffnung, dass bei den heutigen Bewohnern die letzten Spuren des altehrwürdigen Königsberg nicht endgültig verschwinden werden.“ Herr Balzer wird jedenfalls noch lange an dem von **Herbert Tennigkeit** Beschriebenen zu schlucken haben, wie er schreibt.

Für die Bewahrung der noch vorhandenen deutschen Spuren im nördlichen Ostpreußen in Wort und Bild sorgt aber unser „Königsberger Wanderer“, der ja die Ostpreußische Familie mit aktuellen Aufnahmen laufend versorgt. Es war deshalb wohl kein Zufall, dass mit der gleichen Post ein Schreiben von Herrn **Jörn Pekrul** eintraf, das fast wie eine Antwort oder Ergänzung zu dem von Herrn Balzer übermittelten Eindrücken erscheint. Interessant sind vor allem die Hintergründe zu der Entfernung der Gedenktafel, über die Herr Pekrul Authentisches zu berichten weiß:

„Aus Königsberg berichtete mir seinerzeit ein russischer Freund, dass in Kaliningrad über den Antrag zur Entfernung der Tafel erbittert gestritten wurde. Für die Dichterin wurde argumentiert, dass sie in keinem ihrer Werke zu Untaten aufgerufen hätte. Den Furor der Bilderstürmerei gedanklich weitergeführt müsse man dann auch sein deutsches Auto oder seine technischen Produkte deutscher Herkunft aus dem eigenen Haushalt entfernen. Ein anregender Vergleich! Ich habe den Eindruck gewonnen, dass in Kaliningrad kreativer gestritten wurde, als man das in solchen Fragen bei uns zu tun pflegt. Im Übrigen würde gerade ein Verbleib der Tafel und eine souveräne, sachliche Pflege ihres Erbes dazu ermuntern, sich konstruktiv mit ihrem Werk und ihrer Biographie zu beschäftigen. Kaliningrad hat dadurch, dass es dieses Erbe vor Ort hat, die besten Voraussetzungen. Es würde Anregungen bieten, sich über die Situation des einzelnen Menschen in der damaligen Zeit – und darüber hinaus über die Zwänge der Kunst in einer Diktatur – Gedanken zu machen, wie man sich unter gleichen Umständen selbst positioniert hätte. Das Ergebnis dieser ‚Vergangenheitsprüfung‘ kann sehr selbst erhellend sein und Maßstab und Rahmen bieten, wenn uns der heurige Alltag eine zivile Courage abfordert. ‚Wagen an Wagen‘ und viele andere Gedichte von Agnes Miegel formulieren in wenigen Worten eine Herzenswärme, die Kraft und Trost noch in bitterer Not spenden konnte. Viele ihrer Gedichte sind zeitlos. Das steht für mich weiterhin über allen Auseinandersetzungen des Tages, die wir außerhalb ihrer Kunst führen wollen und auch führen sollten.“



Die nun verschwundene Gedenktafel mit dem Agnes Miegel-Porträt Bild: privat

Soweit die Überlegungen unseres „Königsberger Wanderers“, die durch das Bild des dem Verfall preisgegeben Miegel-Wohnhauses bei ihm ausgelöst wurden. Belassen wir es vorerst bei diesen beiden Zuschriften – nur einige Gespräche will ich noch erwähnen, die sich mit diesem beschämenden Vorgang beschäftigen. Aus ihnen entnahm ich die Bitte, doch noch einmal das Bild von der Gedenktafel zu zeigen, ehe sie irgendwo in der Versenkung verschwindet. Diesen Wunsch erfüllen wir heute gerne, denn in meinem Buch „Königsberger Impressionen“ ist diese Abbildung der Tafel enthalten, die wir heute bringen.

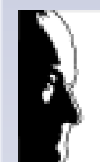
Aber nun zu weiteren Themen, die wir in unserer Kolumne behandelt haben und für die wir auf rege Resonanz hoffen. In Bezug auf die Suchfrage des Apothekers **Ralph Bukowski** aus Ebensfeld ist diese bereits schnell und informativ eingetreten, denn wer könnte bessere Angaben über den Arzt Dr. **Leo Stegenwallner** machen als ein ehemaliger Patient von ihm? Herr Bukowski benötigt Unterlagen über Leben und Wirken dieses in Königsberg geborenen Mediziners für seine geschichtswissenschaftliche Doktorarbeit, konnte diese aber nirgends finden. So wandte er sich deshalb an uns, da sich Stegenwallner anscheinend in seiner ostpreußischen Heimat niedergelassen hatte, denn eine Adresse wies ihn im Jahr 1934 als in Pr. Holland wohnend aus. Und das stimmte! Denn prompt meldete sich unser Leser **Konrad Moysich** aus Bautzen, der unserer Ostpreußischen Familie seit Jahren treu verbunden ist, denn er hat schon bei manchen Fragen, die vor allem seine Heimatstadt betrafen, helfen können. So auch diesmal, denn Dr. med. Stegenwallner war sein Geburtshelfer, seine Mutter hatte ihn 1938 in der Privatklinik des Arztes an der Krossener Straße in Pr. Holland zur Welt gebracht. „Da war mein zehn Jahre älterer Bruder schon lange Patient bei Dr. Stegenwallner, der in unserer Familie einen guten Ruf genoss“, schreibt Herr Moysich. Wie lange die Privatklinik des Arztes existierte, kann er nicht sagen, glaubt aber, dass sie in den frühen 40er Jahren nicht mehr bestand. Herrn Bukowski werden diese konkreten Angaben schon sehr geholfen haben. Hoffentlich kommen noch weitere aus unserem Leserkreis hinzu. (Apotheker Ralph Bukowski, Rosenstraße 19 in 96250 Ebensfeld, Telefon 09573/950260, E-Mail: info@swg-apo.com)

Manche Suchende benötigten erst einen kleinen Schubs, um sich an die Ostpreußische Familie zu wenden, und in diesem Fall kann man auch ruhig „Rubbaks“ sagen, denn die Anfrage bezieht sich auf einen masurischen Ort im Landkreis Ortelsburg. Aber für Frau **Rita Pumm** aus Grafing dürften solche Eigenwörter der ostpreußischen Sprache unbekannt sein, denn die 66-Jährige lebt im bayrischen Grafing und wendet sich nun auf den Rat einer aufmerksamen *PAZ*-Leserin hin an uns, die mit ihr hofft, dass Frau Pumms Anfrage bei uns Erfolg hat. Und diese hat mit Masuren zu tun, denn ihre Vorfahren stammen aus dem Dorf Materschobense, [Sasek Wielki], das zum Kirchspiel Groß Schiemanen [Szymany] gehörte. Es handelt sich um die Familie Order. Frau Pumms Großmutter **Karoline Kerstan**, *11. Dezember 1891 in Materschobensee, stammte aus dieser Linie. Deren Eltern waren der Zimmermann **Samuel Order** und **Karoline** Order geborene **Soltek**. Der leibliche Großvater von Frau Pumm soll Förster oder Hegemeister gewesen sein, es gibt da aber viele Fragezeichen. Auch der nur mündlich weitergegebene Name des Großvaters – **Gürath** – dürfte nicht stimmen. In dem am Ufer des Kleinen Schobensees gelegenen Ort gab es eine Försterei, die zum Forst Korpellen gehörte. Materschobensee hatte nur 250 Einwohner, es dürfte nur wenige Leser geben, die von dort stammen. Aber rechnet man das benachbarte Paterschobensee [Sasek Maly] und Groß Schiemanen hinzu, erweitert sich der Kreis der möglichen Zeitzeugen, die über die alteingesessene Familie Order etwas aussagen könnten. Übrigens ist auch Ortelsburg nur acht Kilometer entfernt, sodass vielleicht auch dort die Familie Order bekannt war. Frau Pumm würde sich über jede Zuschrift freuen, die ihr die Heimat ihrer Vorfahren vertrauter macht. So möchte sie gerne etwas über die Besitz- und Lebensverhältnisse der Familie Order von 1920 bis 1945 wissen. Alle ihre lang währenden Bemühungen waren bisher vergeblich – bleibt zu hoffen, dass es nun endlich durch unsere Ostpreußische Familie klappt. (Rita Pumm, Breitensteinstraße 14 in 85567 Grafing, Telefon 08092/3507, E-Mail: ripu14@t-online.de)

„Ich warte auf Post, das wäre schön“, hofft auch Frau **Gertrud Blättner** aus Würzburg, deren Anliegen wir in Folge 21 ausführlich behandelt haben. Aber anscheinend hat sich bis jetzt niemand bei ihr gemeldet. Die heute 80-jährige Urgroßmutter bekennt ja selber, dass sie sich mit ihrer Bitte schon viel früher an uns hätte wenden sollen. Aber da spielten verschiedene Gründe mit, denn Leben und Tod ihrer Mutter Margarete Grätsch verlangten sehr viel Einfühlungsvermögen, da diese im Jahr 1941 anscheinend im Rahmen der Euthanasiemaßnahmen im Landeskrankenhaus Allenstein verstarb. Ihre damals fünfjährige Tochter Gertrud hat nie etwas über das Sterben ihrer Mutter erfahren können – über deren Leben schon, denn es gab Verwandte, die sich um die Schicksalsgeprüfte gekümmert hatten, die schon mit sieben Jahren Waise wurde. Ihr tragisches Geschick haben wir in unserer Suchfrage in Folge 21 ausführlich behandelt. Deshalb will ich nur auf den Dankesbrief von Frau Blättner eingehen, in dem sie ihre Freude über die Veröffentlichung bekundet, mit der wir ihr einen großen Gefallen getan haben – auch, weil wir behutsam mit der nicht leicht zu interpretierenden Frage umgingen. Ob die Suche nach den Verwandten, die noch Auskunft über die schwierigen Familienverhältnisse geben könnten, erfolgreich sein wird, ist fraglich, denn die betreffenden Zeitzeugen – wie ihr Patenonkel **Otto Neumann** und dessen Cousin **Rudolf Gerlach** aus Duisburg – leben nicht mehr. Auch wenn es keine Resonanz geben sollte, ist Frau Blättner über die Veröffentlichung froh, denn sie hat damit auch den letzten begehbaren Weg beschritten, etwas über den Tod ihrer Mutter zu erfahren. Und das erleichtert doch sehr.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Seidenberg will seinen berühmtesten Sohn vermarkten

Die polnische Sadtverwaltung tut sich noch schwer mit dem 1575 geborenen »ersten deutschen Philosophen« Jakob Böhme

Nur vier Kilometer ist Seidenberg [Zawidów] von der Grenze zur Bundesrepublik entfernt. Die 4300-Einwohner-Stadt hat jedoch weit mehr Grenzcharakter. Sogar einen sehr traditionellen. Denn der einst preußische Ort ging früher nahtlos in das österreichische Ebersdorf über. Heute verläuft die Hauptstraße nun aus der Republik Polen in die Tschechische Republik. Die Lage im Dreiländereck mit dem nahen Görlitz, Zittau, dem Isergebirge oder dem Wallensteinschloss in Friedland bietet durchaus Chancen. Doch Seidenberg an sich hat so gar nichts Liebenswürdiges. Das Leben spielt sich in austauschbaren Läden entlang der Durchgangsstraße ab, wo viele noch einmal Geld wechseln. 100 Meter abseits verkümmert hingegen der zentrale Ring, an dem ein winziges Geschäft, ein Ein-Mann-Radio- und TV-Reparaturdienst sowie ein kleines Internetcafé dümpeln.

Und dann liegt hier das Rathaus mit dem Büro der Chefin der Marketingabteilung, Agnieszka Roczon, die sich mit der Frage konfrontiert sieht, wie man den größten Sohn der Stadt, den 1575 geborenen „ersten deutschen Philosophen“ Jakob Böhme, am besten vermarktet. So ganz ist sich da Roczon nicht sicher. Eine Parkanlage soll in neuem Glanz nach Böhme benannt werden. Da es sonst noch keine konkreten Pläne gibt, verweist Roczon auf die Vereinigung der Freunde Seidenbergs [Stowarzyszenie Miłosników Zawidowa], die Andenken an Böhme sammelt und gerne eine Gedenkstube einrichten möchte. Die Unterstützung der Stadt hat der Verein.



Evangelische Kirche in Seidenberg: Turm ohne Schiff Bild: Pander

Ein Durchbruch für das Gedenken an Böhme in der Republik Polen war die 2008 erschienene fiktive Biografie „Powierzony klucz“ (Der anvertraute Schlüssel) mit dem Untertitel „Erzählung über ungewöhnliche Schicksale von Protestanten in Niederschlesien“ von Małgorzata Lutowska aus Bad Warmbrunn [Cieplice Śląskie-Zdrój]. Der Schriftstellerin, Deutschlehrerin und Reiseleiterin hat sich bei der Arbeit über Böhme weit mehr erschlossen als der Mystiker, sie gewann ein Bild des einstigen Charakters der Region und ihrer Menschen.

Vor dem Turm der ansonsten abgetragenen protestantischen Kirche in Seidenberg erinnert eine Informationstafel an Böhme, dessen Vater hier Kirchdiener war. Die unwirtliche Wiese vor einem restaurierten Kirchturm ohne Kirchenschiff steht geradezu symbolisch für die fragmentarische Suche nach Geschichte. Und so hat denn auch die Stadt noch keine wirkliche zündende Idee, wie man künftig Touristen mit dem Namen Böhme anlockt. Es dürften eher nur die richtig eingefleischten Böhme-Fans nach Seidenberg kommen, zumal im nahen Görlitz derzeit geklotzt wird. Die evangelische Dreifaltigkeitskirche ohne eigene Gemeinde soll zu einem Jakob-Böhme-Museum werden. Unter dem Arbeitstitel ‚Vom Suchen und Finden – Jakob Böhme (1575–1624). Wege der Weisheit‘ wollen die Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden damit einen Beitrag zum Reformationsjahr 2017 leisten, der zunächst auf Wanderschaft geht und 2019 dann dauerhaft in Görlitz zu sehen sein wird. Und auch die zur Republik Polen gehörende Stadthälfte schöpft bereits Böhme-Touristen ab. In Böhmes einstigem Wohnhaus von 1590 bis 1610 wird der Urlaubsgast in der Oberlausitz zumindest elementar informiert. Ohne die Kontinuität von Bevölkerung ist der Schritt über das Elementare hinaus schwer – anvertraute Schlüssel liefern oft genug nur Zugang zu leeren Räumen.

Edmund Pander



ZUM 101. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleyka**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hein, Christel, aus Königsberg-Ponarth, am 20. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli
Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Samland, am 17. Juli
Schedwill, Walter, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Schultze, Grete, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bräunig, Elli, geb. **Acktun**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Goertz, Else, geb. **Rathke**, aus Pillau, Kreis Samland, am 17. Juli
Kraushaar-Rossdeutscher, Christel, aus Lötzen, am 30. Juli
Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli
Niewind, Adelheid, geb. **Schwabe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Strauß, Hans, aus Königsberg/Preußen, am 17. Juli
Uhlemann, Hildegard, geb. **Steinke**, aus Backeln, Kreis Samland, am 16. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Berg, Ursula, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 17. Juli
Derrey, Helmut, aus Ebenrode, am 17. Juli
Gallas, Ursula, geb. **Gronau**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Palfner, Gertrud, geb. **Wichmann**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am15. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartheidel, Gertrud, geb. **Reinke**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Bartholomeyczik, Waltraut, geb. **Wabbels**, aus Wartenhöfen und aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, 17. Juli
Hansen, Hedwig, geb. **Pichlo**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli
Joswig, Anna, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Podufal, Erna, geb. **Rogalla**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Schellong, Günter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Tenninger, Helmut, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. Juli
Wilde, Helene, geb. **Fenzau**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Danker, Erika, geb. **Blumenscheit**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Habedank, Beatrix, geb. **Stockmann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Lojewski, Fritz, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 16. Juli
Maillard, Wolfgang-Eisenhardt, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 17. Juli
Meyer, Edith, geb. **Gaedtke**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 20. Juli
Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Juli
Rossa, Lieselotte, geb. **Kloß**, aus Lyck, Hindenburgstraße 13, am 18. Juli
Seiler, Gerhard, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Walter, Margarete, geb. **Silen**, aus Taplacken, Kreis Samland, am 20. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ahlgrimm, Edith, geb. **Gaidies**, aus Moditten, Kreis Samland, am 20. Juli
Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Burdenski, Harry, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Dietrich, Heinz, aus Wehlau, am 20. Juli
Friederitz, Margarete, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 20. Juli
Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Hartwig, Emil, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Jentsch, Gertrud, geb. **Zeranski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Kolenda, Gerda, geb. **Gedaschke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Kugland, Gerhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Lütgens, Ursula, geb. **Czinczel**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Juli
Meier, Gerda, geb. **Hensel**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli
Müller, Ingeburg, geb. **Atzler**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 19. Juli
Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Juli
Petermann, Siegfried, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 21. Juli
Schmedemann, Frieda, aus Soldahnen und Spirgsten, Kreis Lötzen, am 21. Juli
Schwarm, Inge-Maria, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 18. Juli
Tulowitzki, Ilse, geb. **Laszig**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Zielinski, Else, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Assmus, Rosemarie, geb. **Stern**, aus Ortelsburg, am 21. Juli
Beck, Ruth, geb. **Kelch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Duszny, Emil, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Fehling, Elisabeth, geb. **Tchorz**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Gitt, Bruno, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Grolla, Edith, geb. **Kompa**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Hein, Liesbeth, geb. **Kowalzig**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Krüger, Gertrud, geb. **Czarnetzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Mälz, Hanna, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Meister, Lieselotte, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Schlate, Hildegard, geb. **Bombien**, aus Ankrehnen, Kreis Samland, am 16. Juli
Träder, Gisela, geb. **Schulz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Wnuck, Harri, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Gerhard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Bogdahn, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Braksiek, Elisabeth, geb. **Piotrowski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Daniel, Katharina, geb. **Rain**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Dietterle, Irmgard, geb. **Wroblewski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Erdmann, Lothar, aus Treuburg, am 19. Juli
Fiedrich, Herta, geb. **Zagorney**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Gritzka, Ruth, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 16. Juli
Hunger, Ilse, geb. **Reiser**, aus Blöcken, Kreis Labiau, und aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Klimczuk, Christel, geb. **Prostka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Juli
Limberg, Adelheid, geb. **Gorny**, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, am 17. Juli
Müller, Anni, geb. Witt, aus Roggenhausen, am 20. Juli
Müller, Mariechen, geb. **Dierks**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Juli
Ollesch, Erich, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Juli
Pakusch, Günther, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Pichlo, Helmut, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 15. Juli
Powierski, Irmgard, geb. **Jestremski**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, und aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 15. Juli
Scheibel, Irmgard, geb. **Bitter**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Juli
Schmidtke, Hildegard, aus Lyck, Morgenstraße 30, am 21. Juli
Schönfeld, Heinz, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli
Schulz, Manfred, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Tiemann, Brigitte, geb. **Wieczorrek**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Zastrau, Herta, geb. **Meyer**, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 17. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berwein, Helmut, aus Ortelsburg, am 17. Juli
Bielski, Armin, aus Königsberg-Aweiden, am 20. Juli
Biernath, Alfred, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Blaskowitz, Wilhelm, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 21. Juli
Brümmerhoff, Anny, geb. **Kopp**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Czierlinski, Gertrud, geb. **Posdziech**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Domsalla, Erich, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Fischer, Siegfried, aus Pillau, Kreis Samland, am 15. Juli
Fröhlich, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 19. Juli
Gayk, Rudolf, aus Groß Schiemanen, am 11. Juli
Kasseckert, Inge, geb. **Kunst**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Kayka, Günter, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Juli
Kniest, Karl-Friedrich, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 16. Juli
Knüffel, Manfred, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 18. Juli
Kukuk, Reinhard, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Lapschies, Lieselotte, geb. **Truschkowski**, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Lasar, Siegfried, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Juli
Lenz, Irmgard, geb. **Wengel**, aus Maggen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juli
Meyer-Riegel, Ingrid, geb. **Riegel**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Müller, Horst, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juli
Noetzel, Horst, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Paesler, Horst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Scharfenberg, Erika, geb. **Porr**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 20. Juli
Schlicht, Rosemarie, geb. **Schadwinkel**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Schurna, Waltraud, geb. **Markowski**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Schwarz, Helga, geb. **Lutzke**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Türling, Erwin, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Juli
Wallesch, Horst, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 16. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adamek, Agnes, geb. **Hosenberg**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Bemba, Renate, geb. **Brauer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Beyer, Astrid, aus Königsberg, am 20. Juli
Bröker, Hans-Jürgen, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Domscheit, Edeltraud, geb. **Littek**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Gliemann, Sigmar, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Heidebruch, Herbert, aus Wehlau, am 16. Juli
Ignatowitz, Ralf-Peter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Kalweit, Brigitte, geb. **Buchholz**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Klimmer, Alfred, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Kraffzik, Günter, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 15. Juli
Kuklinski, Lothar, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 14. Juli
Markowski, Günter, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 15. Juli
Nitschmann, Otto, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 21. Juli
Spengler, Brigitte, geb. **Lindenau**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Warlies, Hubertus, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Zerrath, Ulrich, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 21. Juli
Zimmermann, Anneliese, geb. **Zimmermann**, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli

Irmgard Wagner, geb. Migge
aus Mostolten / Kreis Lyck
feiert am 14. Juli 2016 Ihren 90. Geburtstag
Es gratulieren von Herzen
die Kinder Bärbel und Andrea mit ihren Familien.

Anzeige

TERMINE DER LO

2016
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

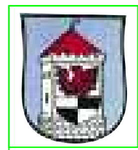
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 16. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Der Traum von Olympia – Die Nazi-Spiele von 1936. TV-Dokudrama, D 2016.
SONNTAG, 17. Juli, 11.10 Uhr, ZDFneo: Fürst Pückler – Playboy, Pascha, Visionär. Dokumentation, D 2015.
SONNTAG, 17. Juli, 11.50 Uhr, ZDFneo: Frauen, die Geschichte machten (6/6): Katharina die Große. Dokumentation, D 2013.
SONNTAG, 17. Juli, 12.35 Uhr, ZDFneo: Frauen, die Geschichte machten (2/6): Luise von Preußen. Dokumentation, D 2013.
SONNTAG, 17. Juli, 17.15 Uhr, ZDFinfo: Elly Beinhorn – Die Dokumentation.
SONNTAG, 17. Juli, 22.15 Uhr, ARD-alpha: Vom Pionier zum Millionär (1/5): William Edward Boeing – Der Traum vom Fliegen. Dokumentation, D 2010.
SONNTAG, 17. Juli, 0 Uhr, ZDFinfo: Mythos Fremdenlegion – Deutsche in Frankreichs Diensten.
MONTAG, 18. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Kinder der Flucht (1/3): Eine Liebe an der Oder. Dokudrama, D 2006.
MONTAG, 18. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Die Kinder der Flucht (2/3): Wolfskinder. Dokudrama, D 2006.
MONTAG, 18. Juli, 22.15 Uhr, Phoenix: Die Kinder der Flucht (3/3): Breslau brennt! Dokudrama, D 2006.
MONTAG, 18. Juli, 23.45 Uhr, Das Erste: 100 Jahre Krieg in Nahost – Das Sykes-Picot-Geheimabkommen und seine fatalen Folgen. Dokumentation, D 2016.
DIENSTAG, 19. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Schattenwelt BND – Wie viel Geheimdienst braucht Deutschland? Dokumentation, D 2015.
DONNERSTAG, 21. Juli, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 200 Jahren: Der Unternehmer Paul Julius Reuter geboren.
FREITAG, 22. Juli, 23.30 Uhr, Phoenix: Der Untergang der Lusitania. TV-Dokudrama, GB/D 2008.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatbrief erschienen

Den Angerburger Heimatbrief Nr. 157 – Ausgabe Juni 2016 – dürften inzwischen alle Bezieher erhalten haben. Wer ihn jedoch nicht erhalten haben sollte oder künftig lesen möchte, wende sich bitte an unsere Geschäftsstelle in 27344 Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, Telefon (04261) 9833100.

Im Heimatbrief Nr. 157 – Ausgabe Juni 2016 – ist auf den Seiten 6 bis 12 die gültige Neufassung der Satzung der Kreisgemeinschaft abgedruckt, die am 16. März in das Vereinsregister beim Amtsgericht Walsrode eingetragen wurde.

Auf den Seiten 46 bis 48 ist das Programm für die 62. Angerburger Tage am 17. und 18. September in Rotenburg (Wümme) veröffentlicht. Wegen der Kommunalwahlen in Niedersachsen finden die Angerburger Tage diesmal am dritten Wochenende im September statt. Die Organisatoren und der Vorstand hoffen auf einen guten Besuch. Unser Patenschaftsträger, der Landkreis Rotenburg (Wümme), heißt Sie wie immer gerne willkommen.

Auf jeden Fall können Sie sich auf einen interessanten Heimatbrief mit vielen Informationen freuen. Ich grüße alle Leserinnen und Leser sehr herzlich und wünsche ihnen, wo immer sie sich aufhalten, eine gute Zeit.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Im Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, Bad Nenndorf, findet vom 9. bis 11. September das Kreistreffen und die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft statt. Hier ist das Programm:

Freitag, 9. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer

14 Uhr: Delegierten-Versammlung im Raum Zürich

14 Uhr: Treffen im Restaurant

16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorführung im Raum Luzern (UG)

Sonnabend, 10. September

9 Uhr. Eröffnung des Tagungsbüros

ab 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant

10 bis 12 Uhr: „... du sollst ein Segen sein – Katharina von Rauter" – Lesung von Frau Brand-Berg und Bilder aus dem Heimatarchiv vorgestellt von W. Nienke. Beide Veranstaltungen finden im Raum Luzern statt.

12 Uhr: Mittagessen

14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Die geistlichen Worte spricht Pfarrerin Erika Juckel. Das Grußwort hält Landrat F. Kethorn, Grafschaft Bentheim. Im Anschluss: Berichte der Kirchspielvertreter, Wahlen und Ehrungen

Ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, plachandern

16 bis 18 Uhr: Weitere Bilder, Filme, Bilderfassung im Raum Luzern

Ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung

Sonntag, 11. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses, Ausklang im Hotel

Siebentägige Flugreise

Mit Dieter Wenskat als Reiseleiter geht es vom 20. bis 26. September wieder nach Ostpreußen. Unter anderem werden Danzig, Königsberg, die Elchniederung, das Samland und die Kurische Nehrung besucht. Hier der Programmablauf im einzelnen:

1. Tag: Am Vormittag Linienflug mit LOT Polish Airlines wahlweise ab Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg oder München nach Warschau und von hier aus 13.30 Uhr gemeinsamer Weiterflug nach Danzig, 14.25 Uhr Ankunft in Danzig. Am Flughafen werden Sie von Ihrer polnischen Reiseleitung empfangen, anschließend Transfer zum Hotel „Wolne Miasto" direkt in der Danziger Altstadt. Am Nachmittag erwartet Sie Ihre Reiseleitung zu einem geführten Rundgang durch die prächtig restaurierte Altstadt.

2. Tag: Nach dem Frühstück holt Sie Ihre russische Reiseleitung am Hotel in Danzig ab. Busfahrt nach Norden über den polnisch-russischen Grenzübergang und nach Osten bis nach Tilsit. Unterwegs sind Besichtigungsstopps an der restaurierten Kirche von Arnau am östlichen Rand von Königsberg sowie des Klosters in Sandfelde südlich von Tilsit vorgesehen. Am Nachmittag Stadtführung durch Tilsit, einst die östlichste große deutsche Stadt am Memelstrom. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

3. Tag: Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und einem Stopp am Jagdschloss Pait. Am Nachmittag geht es durch den südlichen Teil der Elchniederung mit Besuch von Heinrichswalde, Gerhardsweide, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und erleben das Naturparadies Ostpreußen pur. Sie unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Laukenen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Am Nachmittag Weiterreise in das Samland bis nach Cranz an der ostpreußischen Ostseeküste. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

5. Tag: Ihr heutiger Tagesausflug führt nach Königsberg. Bei der Stadtrundfahrt besuchen Sie natürlich die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche und das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende Großstadt im Umbruch und voller Kontraste. Am neuen Fischdorf werden Sie im Restaurant zu einem gemeinsamen Mittagessen erwartet, anschließend unternehmen Sie eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel, Sie erleben den Dom und die Kneiphofinsel aus der Perspektive vom Wasser aus. Ein weiterer Höhepunkt der Reise ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

6. Tag: Ganztägiger Ausflug auf die Kurische Nehrung. Die etwa 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee und ist durch eine atemberaubende Naturlandschaft mit den höchsten Wanderdünen Europas gekennzeichnet. Bei Rossitten besuchen Sie die berühmte Vogelwarte von Professor Johannes Thienemann, einst die erste ornithologische Beobachtungsstätte der Welt. Beim anschließenden Spaziergang auf die Ephadüne haben Sie einen besonders schönen Ausblick auf das Haff, die Nehrung und die Ostsee. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

7. Tag: Nach dem Frühstück Transfer über die russisch-polnische Grenze beziehungsweise zum Flughafen Danzig. 14.55 Uhr Linienflug mit LOT Polish Airlines ab Danzig, 15.50 Uhr Ankunft in Warschau. Anschließend Weiterflug zum Ausgangflughafen, Rückankunft gegen 19 Uhr.

Programm- und Flugzeitenänderungen sind vorbehalten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 18 Personen, die maximale Zahl 20. Weitere Informationen bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft") ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



Vierbeiniger Badender: „Gerade mal 20 Meter entfernt von uns lief der Elch bei unserer letzten Ostpreußenreise im Juni ins Wasser und ließ sich durch uns nicht im geringsten stören", erzählt Dieter Wenskat die Geschichte zum Foto. Vielleicht war das Tier im nahegelegenen Wald einem Wespennest zu nahe gekommen und flüchtete vor dessen wehrhaften Bewohnen, spekuliert der Reiseleiter. Im September reist er wieder ins östliche Deutschland (siehe oben). Besonders, wenn es dann ins Große Moosbruch am Südostufer des Kurischen Haffs geht, könnten durchaus wieder die großgewachsenen, vierbeinigen Ur-Ostpreußen den Reiseweg kreuzen.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Heimattreffen der Pillauer

Die Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau lädt alle Heimatfreunde zum diesjährigen 62. Treffen recht herzlich ein. Es findet statt vom 6. bis 7. August in unserer Patenstadt Eckernförde. Bei ausreichendem Interesse kann jedoch der traditionelle Schiffsausflug zusätzlich am 8. August organisiert werden.

Offizieller Beginn der Veranstaltung ist die Sitzung der Gemeinschaftsvertreter am Sonnabend, den 6. August um 16 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Eckernförde. Bereits angereiste Besucher sind als Zuhörer herzlich willkommen. Danach treffen wir uns gegen 18 Uhr im Restaurant La Taverna, Frau-Clara-Straße 15.

Am Sonntag beginnt der offizielle Teil des Treffens um 10 Uhr mit einem Gottesdienst. Um 12 Uhr findet ein Festakt am Kurfürstendenkmal statt. Anschließend kostenloser Bustransfer zum Hotel „Seelust" in der Preußerstraße 3. Dort wird nach Vorbestellung (am Abend zuvor).ein Mittagessen serviert. Für Musik und Unterhaltung bis zum Abend ist bestens gesorgt.

Der Vorstand wünscht allen Pillauern, ihren Angehörigen und Freunden, eine gute Anfahrt, beste Gesundheit und ein wunderschönes Treffen. Das ausführliche Programm kann im Büro der Tourist-Information in Eckernförde, Am Exer 1, im Hause der Stadthalle, abgeholt werden. Weitere Informationen beim Vorstand: Rosemarie Schmidt, Telefon (04101) 62667, Erika Kruse Telefon (04346) 6011463.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Sommerfest

Die Kreisgemeinschaft lädt herzlich zum 21. Goldaper Sommerfest am 23. Juli ab 14.30 Uhr auf dem Gelände des Hotels „Lesny Zakatek" am Goldaper See ein.

Im Mittelpunkt des Sommerfestes werden Geselligkeit mit Musik und Tanz und die Völkerverständigung stehen. Daneben wird den Besuchern ein ansprechendes Kulturprogramm geboten. Unter anderem wird der Chor der Neidenburger Deutschen Minderheit auftreten. Für Essen und Trinken ist selbstredend gesorgt.

Die Kreisgemeinschaft erwartet auch 2016 zahlreiche Gäste aus der Deutschen Volksgruppe und aus der Bundesrepublik Deutschland. Am Sonntag, dem 24. Juli um 15 Uhr wird in der Goldaper Alten Kirche ein evangelischer und teils zweisprachiger Gottesdienst unter Leitung von Pfarrer Dawid Banach stattfinden. Auch zu diesem Gottesdienst wird herzlich eingeladen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de



Irmgard Lenz: Am 17. Juli wird sie 80 Jahre alt Bild: privat

Herzlichen Glückwunsch

Irmgard Lenz, geborene Wengel, wurde am 17. Juli 1936 in Maggen, Kreis Heiligenbeil, geboren. Seit 1997 ist sie als Kirchspielvertreterin von Zinten-Land tätig und bereits seit 1989 als Gemeindevertreterin von Robitten.

Die von ihr betreuten Landsleute finden sich seit 28 Jahren traditionell jedes Jahr zu einem Sondertreffen in Altenau im Harz zusammen, das von Irmgard Lenz und ihrem Ehemann Eugen immer bestens organisiert wird. Bei

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeige

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Alfred Erdmann

aus Mehlauken / Liebenfelde, Kreis Labiau

* 27. Januar 1937 † 4. Juli 2016

Nach schwerer Krankheit, bis zuletzt auf Heilung hoffend, verstarb unser langjähriges Kreistags- und Vorstandsmitglied Alfred Erdmann. Er hat sich außerordentliche Verdienste als Familienforscher der ersten Stunde erworben und bis zum Schluß noch dazu beigetragen, dass sich Familien wieder gefunden haben. Das ist ein Lebenswerk von unschätzbarem Wert.

Wir werden Alfred Erdmann und seine liebenswerte Art sehr vermissen. Nicht nur bei uns Labiauern wird er unvergessen sein.

Kreisgemeinschaft Labiau / Ostpreußen
Brigitte Stramm, Kreisvertreterin
Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn

Für die Familie: Hella Meding, Schwarzer Weg 11, 04827 Machern
Die Trauerfeier und Urnenbeisetzung erfolgt am 22. Juli 2016 um 14 Uhr in der Kirche zu Machern

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

diesen Treffen wird die Erinnerung an Ostpreußen wach gehalten und tüchtig geschabbert und plachandert.

Die Heimat fehlt Irmgard Lenz sehr, und sie nimmt jede Gelegenheit zu einem Besuch wahr. In den Jahren ihrer Zugehörigkeit zur Kreisgemeinschaft Heiligenbeil hat sie sich vorbildlich um ihr Kirchspiel gekümmert. Für ihr unermüdliches Wirken wurde sie 1994 mit dem Silbernen Ehrenzeichen und 2003 mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil ausgezeichnet. Außerdem erhielt sie im Jahre 2014 für ihre Verdienste die Silberne Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir gratulieren Irmgard Lenz ganz herzlich zu ihrem Geburtstag und wünschen ihr für die weitere Zukunft alles nur erdenklich Gute, vor allem aber Gesundheit, und dass sie uns noch lange als Kirchspielvertreterin für Zinten-Land erhalten bleiben möge.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil

Nachruf auf Elsa Landmann

Die Landsleute aus der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – und besonders die gebürtigen Zintener – trauern um Elsa Landmann, geborene Lenz. Sie verstarb am 2. Juni in Überlingen am Bodensee. Elsa Landmann wurde am 2. April 1920 in Zinten als Tochter des Lehrers Heinrich Lenz und seiner Ehefrau Martha, auch eine Lehrerin in Zinten, geboren. Nach ihrer Eheschließung mit dem Diplomlandwirt Walter Landmann aus Schwerte/Ruhr und der Flucht aus Ostpreußen lebte das Ehepaar dann Jahrzehnte in Schwerte. Bald nach dem Tod ihres Mannes zog Elsa Landmann an den Bodensee in die Nähe ihrer Tochter.

Nie hat Elsa Landmann ihr liebes Zinten, ihr Ostpreußen, vergessen. Schon 1949 besuchte sie mit ihren Eltern das große Bundestreffen der neugegründeten Landsmannschaft Ostpreußen in Hannover. In späteren Jahren wurden mehrere Kreistreffen der Heiligenbeiler in Schwerte abgehalten. Diese organsierte der Zintener Gastronom Pelikahn, der hier wieder ein Hotel mit Restaurant führte. Natürlich war Elsa Landmann tätige Teilnehmerin. Ihre wirkliche tatkräftige, ehrenamtliche Mitarbeit in unserer Kreisgemeinschaft nahm sie jedoch erst Mitte der 70er Jahre auf. Sie übernahm das Ehrenamt „Stadtvertreterin für Zinten“ und wurde somit Mitglied im Heiligenbeiler Kreistag.

Der schriftliche Kontakt zu zahlreichen Zintener Familien bestand bereits seit Jahrzehnten. 1983 erfolgte die Übergabe dieser ihr sehr lieb gewordenen, erfolgreichen Aufgabe an den neuen Zintener Stadtvertreter Heinz Schley. Kreisvertreter Siegfried Pelz hatte Elsa Landmann für den Kreisausschuss (seit 1986 Vorstand) vorgeschlagen. In der Versammlung in Burgdorf 1983 wählten die Mitglieder sie als Beisitzerin in das Führungsgremium der Kreisgemeinschaft. Die Ämter, die von nun an zu ihrem Aufgabenbereich gehörten, waren sehr interessant, aber auch zeitaufwendig. Es waren: die Schriftleitung unseres Heimatblattes, die Leitung des Archivs, der Heimatstube und die Organisation beziehungsweise Erarbeitung der Sonderausstellungen mit Standtort „Burgdorfer Heimatmuseum.

Die von Frau Landmann veröffentlichte erste Ausgabe des Heimatblattes war die Folge 29/1984. Durch das Heimatblatt erfolgte ein populärer Bekanntheitsgrad in der Kreisgemeinschaft, aber auch in seinerzeitigen Kreis der circa vierzig Schriftleiter der Heimatbriefe-Heimatblätter der in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. organisierten Kreise genoss Elsa Landmann hohes Ansehen.

Unsere Landsmännin hat Hervorragendes geleistet. Es war eine Freude, mit ihr zusammenzuarbeiten. Sie war Trägerin der Silbernen und Goldenen Ehrennadel unserer Kreisgemeinschaft. Im Jahr 1998 endete ihre offizielle, aktive Zeit. Sie gab ihren selbst gewünschten Abschied in einem Bericht im Heimatblatt Folge 43/1998 bekannt.

Ein treues, ostpreußisches Herz hat aufgehört zu schlagen. Wir nehmen Abschied. Vorstand und Landsleute sagen noch einmal Danke. Treue üben ist Tugend, Treue erfahren ist Glück!

Siegfried Dreher, Ehrenvorsitzender



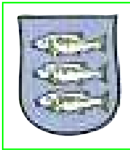
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Termine der Heimatgruppen

Heimatgruppe Köln: Treffen jeweils am vierten Mittwoch im Monat. Die nächste Zusammenkunft ist am Mittwoch, 27. Juli. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Kiel: Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Kreistreffen

Vom Sonnabend, 27., bis Sonntag, 28. August, findet unser diesjähriges Kreistreffen statt. Jeder, der kommen möchte, ist willkommen! Wir treffen uns im „Kiek in“, einem Hotel und Tagungszentrum in Neumünster (Gartenstraße 32, Telefon 04321/419960). Das Programm:

Sonnabend, 27. August

13.30 Uhr: Saalöffnung

14 Uhr: Mitgliederversammlung (die Tagesordnung wird satzungsgemäß zwei Wochen zuvor in der *PAZ* veröffentlicht.)

15.30 Uhr: Gelegenheit zu Kaffee und Kuchen (Selbstbedienung an der Theke)

16.30 Uhr: Gerta Heykena, Ostpreußin, unterhält mit Gesang, Gitarre und Geschichtchen

18 Uhr: Gelegenheit zum Abendimbiß (Selbstbedienung)

19 Uhr: Auftritt von „Stimme der Heimat“, der Singegruppe des Deutschen sozial-kulturellen Vereins in Gizycko (Lötzen)

19.45 Uhr: Dia-Multi-Visions-Schau von Roland Marske, Berlin: „Ostpreußen – eine Reise von Danzig über Masuren und Königsberg zur Kurischen Nehrung“ (Dauer 105 Minuten)



Lyck: Im Hotel Mügge in Oerlinghausen trafen sich die Gorlauer Bild: privat

Nur am Sonnabend wird nach der Mitgliederversammlung ein Tisch mit den Verkaufsangeboten der Kreisgemeinschaft im Saal vorhanden sein, ebenso ein Tisch, an dem Auskünfte zum Bereich Familienforschung gegeben beziehungsweise Fragestellungen und Suchwünsche entgegengenommen werden.

Sonntag, 28. August

9 Uhr: Saalöffnung

Es besteht die Möglichkeit, Gutscheine für das Mittagessen (zwei Gerichte zur Auswahl) zu erwerben.

Gunhild und Wolf Hergenhan aus Kiel präsentieren wunderschöne Jostenbänder, handgewebte Schals und feine Scherenschnitte.

10 Uhr: Beginn der Feierstunde, Begrüßung durch den Kreisvertreter Dieter Eichler, Andacht von Pastorin Döge-Baden-Rühlmann, Totenehrung, Grußworte.

Den Festvortrag, gehalten von Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im bayerischen Ellingen zum Thema „825 Jahre Deutscher Orden. Seine Bedeutung in Geschichte und Gegenwart“

„Land der dunklen Wälder“ Deutschlandlied (3. Strophe)

Musikalische Umrahmung unter anderem durch die Mandolinengruppe Einfeld und „Stimme der Heimat“

12.30 Uhr: Gelegenheit zum Mittagessen

15.00 Uhr: Ende der Saalnutzung

An beiden Tagen hat das Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18H, geöffnet: Sonnabend von 10 bis 16 Uhr und Sonntag von 12 bis 16 Uhr. Archivbesuche sind an diesen Tagen nicht möglich.

Kirchenkonzerte in Lötzen

An jedem Sonntag vom 3. Juli bis einschließlich 28. August finden in der evangelischen Kirche in Lötzen (Gizycko) Orgelkonzerte statt. Sie beginnen stets um 19 Uhr. Zu hören sind nicht nur Werke für Orgel, in der Regel treten auch kammermusikalische Ensembles auf.



Neidenburg: Wer kann helfen? In den frischbezogenen Räumlichkeiten der Neidenburger Gesellschaft der deutschen Minderheit (auf dem Foto der rechtsseitige Teil des Gebäudes) besteht noch Renovierungsbedarf Bild: privat



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

20. Gorlauer Treffen

Am 25 Juni fand unser Heimattreffen der Gorlauer statt. Stefan Lange und seine Frau Dr. Ines Lange hatten dazu eingeladen in das schöne gemütliche Hotel „Mügge“ nach Oerlinghausen. Das ganze Jahr hatten wir uns schon darauf gefreut in der Hoffnung, dass wir alle gesund bleiben.

Stefan Lange begrüßte uns alle auf das herzlichste und bedankte sich für das zahlreiche Kommen. Er hielt Rückblick nach 20 langen Jahren des frohen Wiedersehens und stellte fest, wo wir uns schon überall getroffen haben.

Die Tische waren feierlich zu diesem 20-jährigen Jubiläum dekoriert und mit heimatlichen Sprüchen und Bildern von Masuren geschmückt. Es bekam jeder ein kleines handgeschriebenes Kochbüchlein mit lustigen Bildern. Ein Gorlauer Mariellchen hatte zu diesem Anlass ein Gedicht geschrieben, welches jeden Teilnehmer überreicht wurde. Zur Begrüßung gab es ein Glas Sekt und wir tranken auf unsere ostpreußische Heimat. Bei Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde hatten alle viel zu erzählen. Anschließend sahen wir gemeinsam einen wunderbaren Film aus unserer Heimat „Ostpreußen“. Es war ein Streifzug durch viele Sehenswürdigkeiten zum Beispiel Trakehnen, Heilige Linde, Bootsfahrt auf der Kruttina Lötzen, Spirdingsee, Wolfschanze, Rominter Heide. Alles wurde gut erläutert.

Nach einer kurzen Pause gab es ein kleines Kulturprogramm. Wir hörten das Lied der Glocken aus den verschiedenen Vertreibungsgebieten. Unser Ostpreußen-Sänger Bernstein sang das Masurenlied und wir hörten andächtig zu. Liederbücher luden dazu ein, gemeinsam unsere Heimatlieder zu singen. Es wurde Besinnliches vorgetragen zur Ehre unserer schönen Heimat. Gedichte und Geschichtchens über Land und Leute erfreuten uns. Der Humor der Ostpreußen kam nicht zu kurz.

Einige Landsleute waren dieses Jahr in Gorlau und berichteten, wie sich dieses Dörflein heute so zeigt und vorteilhaft entwickelt hat. Zum Abschluss ist es schon zur Tradition geworden, dass wir gemeinsam das Lied „Kein schöner Land“ zusammen singen und uns dabei die Hände reichen. In der Hoffnung, dass wir uns alle gesund wiedersehen werden im nächsten Jahr.

Am nächsten Morgen traten wir nach einem reichlichen Frühstück in geselliger Runde die Heimreise an. Mit guten Wünschen ging es nach Hause. Ich hatte das Gefühl, in meiner Heimat in Masuren gewesen zu sein. Wir denken noch lange an die schönen Stunden zurück, die wir in der Gemeinschaft erleben durften. Das nächste Gorlauer Heimattreffen findet am 3. Juni 2017 wieder im Landhotel „Mügge“ statt.

Hannelore Kedzierski, geborene Marzian

NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Bruderhilfe ausgezahlt

Vom 13. bis 19. Juni hielten sich der Kreisvertreter und sein zweiter Stellvertreter Martin Hennig in Ostpreußen auf. Neben anderen vielfältigen Erledigungen wurden auch die Bruderhilfemittel der Landsmannschaft Ostpreußen und der Kreisgemeinschaft Neidenburg ausgezahlt. In den Genuss des Geldes kamen hauptsächlich alte und kranke Landsleute in unserem ehemaligen Kreisgebiet.

Durch ein Dutzend Hausbesuche konnte festgestellt werden, dass die Not oftmals viel größer ist als vorher angenommen. Sehr dankbar sind diese betagten und nicht selten allein lebenden Menschen für diese finanzielle Unterstützung. Nicht weniger wertvoll sind aber auch die persönlichen Gespräche über alte Zeiten, wie auch die Gegenwart. Am Sonnabend, dem 18. Juni, fand das diesjährige Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen unterhalb der Burg in Allenstein statt. Die Veranstaltung war gut besucht und das Wetter zufrieden stellend. Auch der seit längerem in Neidenburg existierende Chor nahm mit mehreren Beiträgen teil. Aktive Übersetzerin bei diesen Veranstaltungen ist seit vielen Jahren die Vorsitzende unserer Neidenburger Gesellschaft, Sabine Wylengowski.

Masuren-Königsberg-Danzig
Kurische Nehrung
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Anzeige

Das im vergangenen Jahr bezogene neue Domizil der Neidenburger Gesellschaft der deutschen Minderheit (NGDM) liegt direkt neben dem evangelischen Pfarramt. Das Platzangebot ist ausreichend. Es gibt eine kleine Teeküche, ein Büro, eine Toilette und einen großen Raum für Zusammenkünfte. Hier findet unter anderem auch der Deutschunterricht an Sonnabenden statt. Die von der evangelischen Kirchengemeinde angemieteten Räumlichkeiten liegen nur wenige Meter von der Burg entfernt. Eine schönere Lage kann man sich kaum vorstellen. Allerdings ist der noch zu bewältigende Renovierungsbedarf sehr hoch.

Sollte es Landsleute geben, denen die gezielte Unterstützung unserer Volksgruppe in Ostpreußen am Herzen liegt, leiten wir gerne Gelder mit dem zweckgebundenen Auftrag weiter. Es wäre schön, wenn sich trotz vieler weltweit anstehender Unterstützungsprojekte, Landsleute für unsere sehr aktiven in der Heimat verbliebenen Ostpreußen engagieren würden. *Jürgen Szepanek*



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

51. Treffen der Kreisgemeinschaft

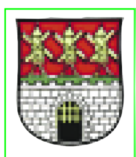
Das diesjährige Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft findet am 21. August in der Patenstadt Remscheid traditionsgemäß im Berufskolleg der Stadt Remscheid, Neuenkamperstraße 55, statt. Erstmalig treffen wir uns diesmal nur an einem Tag und zwar am Sonntag, dem 21. August. Damit genügend Zeit vorhanden ist, möglichst viele alte Freunde und Bekannte wieder zu sehen, sich mit ihnen zu unterhalten, Gedanken auszutauschen und Erinnerungen wachzurufen sowie neue kennenzulernen, werden für Frühaufsteher die Türen bereits um sieben Uhr geöffnet.

Um elf Uhr beginnt die Feierstunde in der Aula. Als Festredner erwarten wir den Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida, aus Oppeln. Da seine Tätigkeit bis in den Bereich der Deutschen Vereine in Masuren hineinreicht, ist er der kompetente Referent für eine authentische Berichterstattung über die Situation der Deutschstämmigen in Ostpreußen. Die Veranstaltung wir umrahmt von Darbietungen des bekannten Ostpreußenchors aus Remscheid. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Wir haben trockenes, sonniges und nicht zu heißes Wetter bestellt und hoffen, dass dieser Wunsch erfüllt wird. *D.H.*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Alberten für die Abiturienten

Am 17. Juni fand die Abiturfeier des Gymnasiums Winsen an der Luhe statt. Seit 1966 besteht eine Patenschaft zur Friedrich-Wilhelm-Oberschule in Schloßberg. Im aktuellen Jahrbuch des Gymnasiums Winsen schreibt die Sprecherin Ursula Gehm: „Im laufenden Jahr besteht die Patenschaft Ihres Winsener Gymnasiums für unsere Schloßberger Friedrich-Wilhelm-Oberschule 50 Jahre. Wir Ehemaligen danken ganz besonders herzlich dafür."

Am 21. Mai 1966 übernahm nach mehr als zweijähriger Vorbereitung das Winsener Gymnasium in einer würdigen Feierstunde die Patenschaft für die Friedrich-Wilhelm-Oberschule. Bereits 1954 hatten der Landkreis Harburg und die Stadt Winsen ihre Patenschaften für den Landkreis und die Stadt Schloßberg begründet. Die zusätzliche Schulpatenschaft war vor allem dem Kreis Harburg und dem damaligen Schulleiter des Winsener Gymnasiums, Oberstudiendirektor Werner Seifert, sowie dem letzten Schloßberger Bürgermeister, Franz Mietzner, dem letzten Schulleiter der Oberschule in Schloßberg, Georg Ziemann, und dem ehemaligen Schüler und ersten Sprecher der Schülervereinigung, Hans-Günther Segendorf, zu verdanken.

Damit war der Anfang gemacht. Die erste praktische Auswirkung erhielt die Patenschaft bereits bei der Abiturfeier am 30. September 1966. Fünfzehn frischgebackene Kurzschulabsolventen erhielten ihr Reifezeugnis. Während einer Feierstunde im Gymnasium überreichte Georg Ziemann im Namen der Schloßberger Ehemaligen jedem Abiturienten eine Alberte, dies ist die seit den Freiheitskriegen in Ostpreußen traditionelle Auszeichnung für Abiturienten zum Beweis, an der Königsberger Universität „Albertina" zum Studium berechtigt zu sein.

„Die Patenschaft zwischen dem Landkreis Harburg und dem Kreis Schloßberg hat an Bedeutung gewonnen", so schrieb am 21. August 1982 der Harburger Anzeiger. Spontan hatte der damalige Oberstudiendirektor am Winsener Gymnasium, Jobst Nöldeke, sich bereit erklärt, das Elternsprechzimmer der Schule in zusätzlicher Funktion in ein kleines Museum zu erweitern. Damit gibt es jetzt in dem modernen Zweckbau an der Bürgerweide in Winsen einen Schloßberger „Traditionsraum" mit Bildern, Büchern, Landkarten und Zeugnissen sowie weiteren geretteten „Splittern und Scherben" zur Geschichte der am 13. Januar 1945 teilweise zerstörten ostpreußischen Oberschule.

Im Laufe der 50 Jahre Patenschaft ist dieser Traditionsraum lebendig geblieben. Er ist nicht nur Erinnerungsstätte sondern für die Winsener Schüler auch Anschauungsobjekt zur ostdeutschen Geschichte und gleichzeitig für die Ehemaligen aus Schloßberg eine Begegnungsstätte. Jährlich einmal treffen sich in Winsen die Ehemaligen – und das nun schon seit 70 Jahren.

Die Patenschaft unterstützten auch die nachfolgenden Schulleiter. Ein ganz wichtiger Ausdruck der Verbundenheit ist die jährliche Überreichung der Alberten an die Abiturienten, die dies gewünscht hatten, in der Abiturfeier. Die Ehemaligen sind der Schulleitung und Schülern dankbar dafür, dass die Patenschaft so wertvoll ausgefüllt werden konnte.

Seit 1987 begleite ich die Schloßberger Ehemaligen als Sprecherin. Nach dem Tod meines Vorgängers 1991 benannten wir das Schülertreffen in „Hans-Günther-Segendorf-Tag" um. Diese ehrenamtliche Aufgabe ist mir Ehre und Verpflichtung. So macht es mich immer wieder stolz, den Abiturienten die Alberten anstekken zu dürfen.

Tradition bedeutet Überlieferung, Herkommen und Brauchtum. Die ehemaligen Schloßberger Schüler pflegen diese Tradition seit 1946 in wenn auch immer kleiner werdendem Kreis. Knapp 100 ehemalige Schüler sind noch vereint. Etwa 300 Freunde und Förderer kommen hinzu. In diesem Jahr kann und wird die Schülervereinigung ihr 70-jähriges Bestehen in Winsen feiern.

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg und die Schülervereinigung der Friedrich-Wilhelm-Oberschule danken dem Kreis Harburg sowie dem Gymnasium Winsen für die Patenschaft. Die Ehemaligen der Schloßberger Oberschule können in diesem Jahr – am Freitag, den 12. August die Jubiläen 70 Jahre Bestehen der Schülervereinigung und 50 Jahre Patenschaft mit dem Gymnasium Winsen feierlich begehen. Gäste sind zur Feierstunde um 19 Uhr herzlich in den Clubraum der Stadthalle Winsen eingeladen.

Ursula Gehm, Sprecherin der Schülervereinigung Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Senteiner Schultreffen

Nach dem Verlust des Ostheims wurde in der Hotelanlage Villa Königin-Luise in Bad Pyrmont ein neuer Tagungsort gefunden. Das Treffen fand vom 19. bis 22. Mai statt. Schulsprecher Dr. Hölzler konnte 22 Teilnehmer begrüßen. Bei der anschließenden Totenehrung wurden auch die in den letzten Jahren Verstorbenen namentlich geehrt. Hauptthema war das Leben unserer Königin Luise, dass in zwei Filmen dargebracht wurde. Darunter war ein alter historischer Film, der besonders das Treffen der Königin mit Napoléon in Tilsit behandelte. Die arrogante herabwürdigende Behandlung durch den Korsen zeigte den wahren Charakter des Kaisers.

Ein weiterer Film brachte einen Querschnitt des alten Ostpreußens in wunderschönen Aufnahmen. Im Blauen Saal fand der familiäre ostpreußische Abend statt. Alle Teilnehmer beteiligten sich mit Beiträgen. Mit Musik, Gesang und Bärenfang wollte er kein Ende finden. Das nächste Treffen findet vom 18. bis 21. Mai im Hotel Königin Luise in Bad Pyrmont statt. *Horst Wowereit*



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart". Weitere Informationen finden Sie unter: www.facebook.com/events/1032910313418878/ 2

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

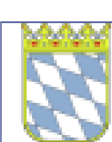
Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 27. Juli, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Kulturnachmittag. Filmvorführung von Herrn Schulze über die Reise der Landesgruppe zum Deutschlandtreffen 2014 in Kassel. Die Reise ging über Holland mit vielen schönen Eindrücken und Erlebnissen. Die Landsmannschaft Westpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen. – Freitag, 5. August, 17 Uhr, Gedenkplatte auf dem Schloßplatz in Stuttgart: Chartafeier. Alle Landsmannschaften und Heimatgruppen sind eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen bei dieser wichtigen Feierstunde wird gebeten.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 29. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten, Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.

Ansbach – Sonnabend, 16, Juli, 15 Uhr, Orangerie, Promenade 33, 91522 Ansbach: Gemütlicher Sommernachmittag.

Landshut – Dienstag, 19. Juli, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel". Badstraße 16, 84028 Landshut: Zusammenkunft.

Weiden – Die Kreisgruppe traf sich vor der Sommerpause zum traditionellen Gartenfest bei Familie Uschald in Neunkirchen. Der Vorsitzende Norbert Uschald konnte bei schönem Wetter die zahlreichen Mitglieder und Gäste in zwei Zelten begrüßen. Zum Kaffee konnte man verschiedene schmackhafte Kuchen auswählen. Für das Gebäck waren Frau Kiekhäfer, Inge Otto, Hilde Wendt, Anita Putz, Ingrid Uschald und Anita Uschald zuständig. Der Vorsitzende bedankte sich bei allen Helferinnen und Helfern für den reibungslosen Ablauf der geselligen Zusammenkunft.

Am Abend bereiteten die Grillmeister Paul Wendt und Adolf Uschald verschiedene Bratwürste und Leberkäs für die Anwesenden zu. Dazu gab es guten Kartoffelsalat und verschiedene andere Salate von Kassiererin Ingrid Uschald. Auch die Versorgung mit Getränken funktionierte vorbildlich.

Ingrid Uschald gratulierte schließlich den Geburtstagskindern der Landsmannschaft. So wurde das Gartenfest eine rundum erfolgreiche Veranstaltung und man verabschiedete sich bis zum nächsten Heimatnachmittag am 4. September um 14.30 Uhr im Cafe Mitte.

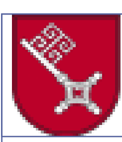


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 15. Juli, 14 Uhr, Johann–Georg–Stuben, Johann-Georg-Straße-Straße 10, 0709 Berlin-Halensee. Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Derzeit beginnt in der Geschäftsstelle der örtlichen Gruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen ein Projekt, über das der Vorstand seit Jahren diskutiert hat: die digitale Erfassung der anvertrauten beziehungsweise der im Laufe der Jahrzehnte seit Bestehen der Landsmannschaft entstandenen Archivalien.

Die Gruppe hat dazu in Matthias Schneider einen engagierten Experten gefunden und mit ihm einen Werkvertrag abgeschlossen, in dem geregelt ist, dass sämtliches Schriftgut des Vereins (ohne Bücher) erfasst, verzeichnet und digital erschlossen wird. Schneider wird dazu gegen Bezahlung einmal wöchentlich in der Geschäftsstelle sein und diese Arbeit, die circa ein Jahr andauern wird, verrichten. Mitglieder und Förderer der Landsmannschaft haben dieses Projekt mit Ihren Beitrags- und Spendenzahlungen finanziell ermöglicht. Damit kann der Nachwelt nun wichtiges Kulturgut erhalten werden. Ostpreußen und Westpreußen in Bremen und Umgebung die über weiteres entsprechendes Schriftgut mit Bezug zu West-und Ostpreußen oder zur schwierigen Nachkriegszeit im Westen Deutschlands verfügen und dieses in Obhut geben wollen, können sich gerne an die Geschäftsstelle der Landsmannschaft wenden (Telefon 0421/3469718)

– Busfahrt –

Busfahrt der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen e.V., Bremen. nach Greifswald und Neubrandenburg vom 7. bis 9. Oktober zum 21. Ostpreußentreffen Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg inklusive Besuch des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald. Das Programm:

Freitag, 7. Oktober

10 Uhr: Abfahrt, ZOB Bremen

ca. 16 Uhr: Ankunft im Mercure Hotel Greifswald

ab 18 Uhr: Abendessen im Hotelrestaurant

Sonnabend, 8. Oktober

8:45 Uhr: Bustransfer nach Neubrandenburg

10 bis 17 Uhr: Besuch des 21. Ostpreußentreffens

17.30 Uhr: Rückfahrt zum Mercure Hotel Greifswald

ab 19 Uhr: Abendessen im Hotelrestaurant

Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann auch individuell in Greifswald geblieben oder in Neubrandenburg die Stadt besichtigt werden.

Sonntag, 9. Oktober

9:40 Uhr: Bustransfer zum Pommerschen Landesmuseum in Greifswald

10 bis 11.30 Uhr: Führung im Pommerschen Landesmuseum

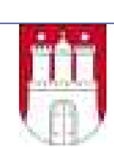
11.45 bis 14.00 Uhr: individuelle Mittagspause in Greifswald

14.30 Uhr: Rückfahrt nach Bremen

ca. 20.30 Uhr: Ankunft in Bremen (ZOB)

Der Preis beträgt pro Person 193 Euro im Doppelzimmer und 229 Euro bei Übernachtung im Einzelzimmer. Zu den Leistungen zählen: Fahrt im modernen Reisebus, zwei Übernachtungen im Vier-Sterne-Mercure-Hotel Greifswald (Am Gorzberg, 17489 Greifswald), zwei Frühstücksbüffets, zwei Abendessen, einmal Hin- und Rückfahrt zum 21. Ostpreußentreffen in Neubrandenburg, einmal Eintritt für das 21. Ostpreußentreffen, einmal Eintritt und Führung im Pommerschen Landesmuseum.

Anmeldungen bis zum 1. August bitte an Julita Venderbosch, Telefon (0421) 4854633.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. Juli, 14 bis 17 Uhr (Einlass ab 13 Uhr), Traditionshaus Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg-Wandsbek: Sommerfest. Im Programm: Der LAB-Chor unter Leitung von Dieter Dziobaka, Lesungen und Geschichten zum Schmunzeln sowie kleine Film-Einlagen. Das Lokal ist mit der U1 und den Bussen sehr gut zu erreichen. Vom Bahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wer von der Wandsbeker Marktstraße aus den Durchgang „Hinterm Stern" zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal nimmt, sieht bereits das Traditionshaus Lackemann. Parkmöglichkeiten bestehen im Quarree-Parkhaus P2. Weitere Informationen: Siegfried Grawitter, Telefon: (040) 205784.

KREISGRUPPEN



Osterode – Sonnabend, 16. Juli, 14 Uhr, Magnolien-Zimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbütteler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütlicher Sommernach-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

»Beste Kontakte«

Gedankenaustausch in Berlin

Zu einem Informations- und Gedankenaustausch trafen sich in Berlin Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, und Hartmut Koschyk, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Koschyk berichtete über seine Reise nach Danzig und ins südliche Ostpreußen im Juni. Das Engagement der dortigen Selbstorganisationen der Deutschen Minderheit hat ihn tief beeindruckt. Er zeigte sich überzeugt, dass eine gute Minderheitenarbeit auch und gerade in den Regionen gestaltet werden müsse. Besonders positiv sei im nordöstlichen Polen, dass die Landsmannschaft dort über beste Kontakte verfüge und in Allenstein sogar ein eigenes Verbindungsbüro unterhalte, das unter der Leitung von Edyta Gładkowska eine hervorragende Arbeit leiste.





Stephan Grigat und Hartmut Koschyk, Beauftragter für nationale MInderheiten *Bild: Büro Koschyk*

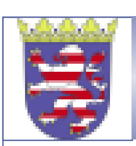
Landsmannschafts-Sprecher Grigat fügte hierzu aus, dass auch viele Kreisgemeinschaften engen Kontakt zu den heute in der angestammten Heimat lebenden Menschen unterhielten. Als besonders gute Konstruktion habe sich erwiesen, wenn sich auf der Grundlage der Patenschaften der Kreisgemeinschaft für ihre angestammte Heimat kommunale Partnerschaften entwickelten. So hätten Stadt und Landkreis Stade in Niedersachsen, wo die Kreisgemeinschaft Goldap ihren Sitz hat, Partnerschaften mit der Stadt beziehungsweise dem Landkreis Goldap. Der Bundesbeauftragte Koschyk konnte sich wiederum im ostpreußischen Osterode persönlich von der vitalen Paten- und Partnerschaft mit Osterode im Harz überzeugen. Er lobte dieses Modell als zukunftsweisend. Es zeige, wie sehr Heimatvertriebene und in der angestammten Heimat verbliebene Deutsche zu Brückenbauern zwischen Deutschland und Polen geworden sind. *PAZ*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

mittag mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Das Restaurant liegt direkt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf.

BEZIRKSGRUPPEN

Hamburg–Bergedorf – Freitag, 22. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Letzter Sommer in Ostpreußen – Erzählungen von Grete Fischer“.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sonnabend, 23. Juli, 15 Uhr, Kleingartenverein am Wasserwerk, Erbenheim: Sommer-Gartenfest mit dem bewährten Duo Budau/Dr. Hübenthal. Wegen der Essens-Disposition bitte bis zum 15. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 anmelden. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat oder Brötchen. Zu Beginn steht Kaffee und Kuchen bereit. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Gäste sind herzlich willkommen.

Dortmund – Montag, 18. Juli, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Treffen der Frauengruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova.

Gütersloh – Donnerstag, 21. Juli, 15 Uhr, Café Villa Dr. Murken, Neuenkirchener Straße 12: Treffen der Frauengruppe. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer gerne willkommen, egal ob männliche oder weibliche. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Köln – Dienstag, 19. Juli, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Treffen der Ostpreußenrunde. Erneut sind alle im Kölner Umfeld wohnenden ostpreußischen Landsleute herzlich eingeladen, die monatlichen Treffen aufzusuchen. Die Gruppen müssen sich auflösen, falls die Besucherzahl unter einen noch vertretbaren Stand sinken sollte. Diese kleinen Zellen sind aber, wenn nicht die einzigen, so doch wichtigen Verbindungen zu unserer Heimat. Sie halten die Erinnerung mit Liedern, vorgelesenen Geschichten (auch aus eigener Feder) und Rückblenden an unsere Kindertage wach. Auch wenn wir uns wiederholen, ist jeder um Beiträge gebeten. Im August gibt es wegen der Urlaubszeit keine Versammlung. Ab September finden wieder regelmäßige Treffen an jedem dritten Dienstag statt.

Neuss – Sonnabend, 16. Juli, 12 Uhr, an der Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Am 19. Juni in Reichenbach (OL) waren alle Vertriebenen und Spätaussiedler in Sachsen ganz herzlich eingeladen. Wir machten uns schon früh auf den Weg um rechtzeitig in der Oberlausitz zu sein.

Pünktlich waren wir angekommen und erlebten einen wunderbaren Gottesdienst von Pastor Wiesner. Nach einer kurzen Pause wurden alle Teilnehmer vom Landesvorsitzenden Frank Hirche begrüßt. Er wünschte uns allen einen erlebnisreichen schönen Tag. Giesela Lossack übernahm auch heute wieder die Moderation und konnte folgende Ehrengäste begrüßen: Generalsuperintendent Martin Hersche aus Görlitz und Vorsitzender der evangelischen Schlesier, Superintendent Thomas Koppehlt. Jens Baumann vom sächsischen Innenministerium und Corinna Dittrich, die Bürgermeisterin von Reichenbach.

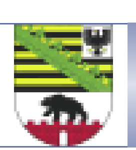
Alle Ehrengäste überbrachten herzliche Grußworte und gute Wünsche für den feierlichen Tag. Christoph Wiesner gedachte mit bewegenden Worten der Toten. Die Festrede zu diesem schönen Anlass hörten wir von Michael Kretschmer, einem Mitglied des Bundestages. Es war eine große Ehre für uns an diesem schönen Fest teilnehmen zu dürfen. Gisela Lossack führte schwungvoll weiter im Programm und es folgten die Hymnen der Vertriebenen.

In der Pause hatten die fleißigen Frauen der Kirchgemeinde ein reichhaltiges und köstliches Angebot bereitgestellt. Bei diesen Leckereien gab es gute Gespräche und so freuten wir uns über die wunderbare Gemeinschaft und das frohe Wiedersehen. Nach der Pause stellten sich die fröhlichen Tanzgruppen vor. Sie kamen aus Liegnitz. Auch die Tanzgruppe Rübezahl war der Einladung gefolgt. Mit viel Temperament erfreuten sie die Teilnehmer und erhielten großen Beifall.

Wir hatten die Möglichkeit das Haus der Heimat zu besichtigen. Später waren wir in die Johanneskirche zum Treffen der Chöre eingeladen und konnten die Lieder der Heimat hören. Wir hörten den gemischten Chor Reichenbach, den Chor der Volkssolidarität Hoyerswerda, den Chor Sonnenschein Leipzig, den Chor Heimatmelodie Dresden, den Chor Lied der Heimat Leipzig und den Chor Silberklang Dresden.

Der Rechtsanwalt Friedrich Zempel und die schwungvolle Moderatorin des Tages Gisela Lossack hatten den erlebnisreichen Tages organisiert. Wir sagen herzlichen Dank für diesen Festtag und den gelungen Verlauf. Vielen Dank auch an das Sächsische Innenministerium besonders Dr. Baumann für die moralische und finanzielle Unterstützung.

Kedzierski, Hannelore



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 19. Juni, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Gardelegen – Freitag, 29. Juli, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag.

Es gibt 2500 Euro

Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter

Nun hat auch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die „Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter“ verabschiedet.

Dazu Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der vertriebenen (BdV): „Bundesregierung und Bundestag haben somit Wort gehalten und die Auszahlung der im letzten Jahr beschlossenen Zwangsarbeiterentschädigung noch vor der Sommerpause auf einen guten Weg gebracht.“

Mit der Richtlinie, die am 1. August 2016 in Kraft tritt, wird eine lange erhobene Forderung des Bundes der Vertriebenen erfüllt. Das Schicksal ehemaliger deutscher Zwangsarbeiter, erfährt auf diese Weise eine späte, aber dringend notwendige Würdigung. Die Anerkennungsleistung in Höhe von einmalig 2500 Euro kann auf Ehegatten oder Kinder vererbt werden, wenn Betroffene nach dem Beschluss des Haushaltsgesetzes am 27. November 2015 verstorben. Außerdem darf die Zahlung nicht auf Sozialleistungen angerechnet werden. Für die Antragsbearbeitung und die Auszahlung wird das Bundesverwaltungsamt zuständig sein. Von dort werden auch die Antragsformulare zur Verfügung gestellt. Deutsche im Ausland werden sich an die deutschen Auslandsvertretungen wenden können. Der Bund der Vertriebenen wird die Umsetzung der Richtlinie begleiten, um sicherzustellen, dass diese – gerade im Hinblick auf das hohe Alter der Betroffenen – sachgerecht und zügig erfolgt.

Verwaltungsamt wird zuständig sein

Die PAZ wird aktuell darüber berichten, sobald bekannt ist, wohin sich ehemalige Zwangsarbeiter und ihre Angehörigen wenden müssen, um die Anerkennungsleistung zu erhalten.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

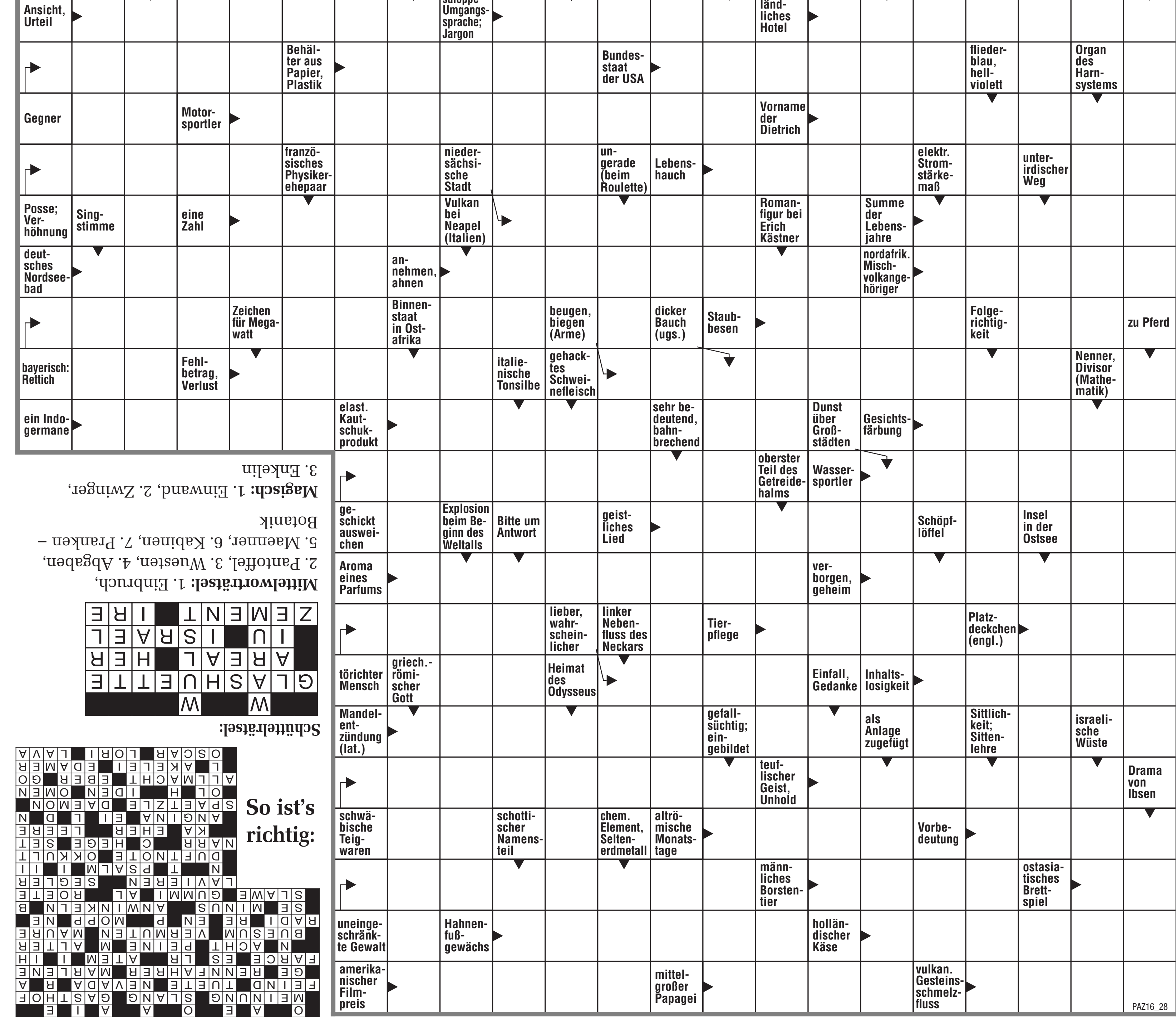
Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Neumünster – In Würdigung ihrer Leistungen, ihres Einsatzes für die Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neumünster, verlieh die Landsmannschaft Kiel durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner am 26. Juni der Landsmännin Hildegard Henning das Verdienstabzeichen.

Hildegard Henning ist für unsere Gruppenarbeit eine Bereicherung. Sie macht mit ihrer ostpreußischen Mundart, den humoristischen Beiträgen, der gelebten Heimatverbundenheit und Tradition ostpreußische Geschichte sichtbar. Sie gehört zur jüngeren Generation und wir wünschen ihr Gesundheit, Kraft und Freude weiterhin an der Gestaltung unserer Gruppenarbeit und Aufrechterhaltung des ostpreußischen Kulturguts, das immer im Mittelpunkt unserer Veranstaltungen steht. Die Vorsitzende Brigitte Profé und die Mitglieder gratulieren zu dieser Ehrung und danken ihr sehr für ihre Bereitschaft.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster

Uetersen – Sonntag, 24. Juli, 15 Uhr, Haus Ueterst End: Sommerfest mit dem Verein zur Erhaltung Ostdeutschen Kulturgutes, dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund und dem K.v.D.



Schüttelrätsel

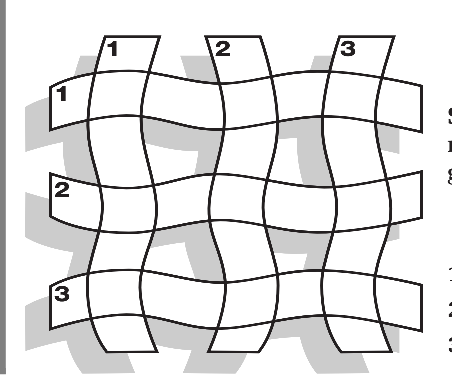
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEEGH LSTTU · AEIL · AMRUW · AHIN · LSTUW · AHIT · EERT · EELR · AAELR · EHR · EEMN TZ · AEIL RS · EIR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Pflanzenkunde.

1	WINTER	SERIE
2	FILZ	HELD
3	EIS	KLIMA
4	STEUER	LAST
5	HAUS	TREU
6	WAHL	KOFFER
7	TIGER	HIEB



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Gegenargument
2 Käfig für Hunde; Raubtierkäfig
3 weibliches Kindeskind

»Deutsche Seele« jenseits von Oder und Neiße?

Skepsis und Resignation entdeckte *PAZ*-Autorin Bärbel Beutner bei einer Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen



„Einst Kornkammer Deutschlands und Europas, heute militärisches Übungsgebiet“: Der Göttinger Professor Jürgen Bloech referierte über die Landwirtschaft in Ostpreußen Bilder (2): privat



„Längst nicht alle Vereinbarungen des Nachbarschaftsvertrages wurden erfüllt“: Tilman Asmussen Fischer von der AGMO berichtete vom Schicksal der deutschen Volksgruppe

Deutsche im heutigen Polen und im Kaliningrader Gebiet“, lautete das Thema einer Wochenend-Veranstaltung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Die Teilnehmer trafen sich im Göttinger Hotel Astoria und im dortigen Collegium Albertinum, einem Studentenheim, das auch für Veranstaltungen genutzt wird. Die internationale Tagung wolle eine Begegnung und einen Erfahrungsaustausch von Vertriebenen, Minderheitenangehörigen, Studierenden aus Deutschland, Polen und der Oblast Kaliningrad sowie weiteren Multiplikatoren ermöglichen. Zur Weiterentwicklung der Verständigung beziehungsweise des friedlichen und freundschaftlichen Umgangs der Nachbarn in Europa wolle sie beitragen, hieß es in der Ankündigung. Aus dem Untertitel „Ungewisse Zukunft trotz reicher Tradition?“ war allerdings Skepsis und Resignation herauszuhören, und das bestätigte der Ehrenvorsitzende Hans-Günther Parplies gleich bei der Eröffnung.

Er begrüßte eine zahlreiche Zuhörerschaft und besonders die Gäste aus Schneidemühl und aus Königsberg. Dann ging er auf die Unterzeichnung des Deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages am 17. Juni 1991 ein und erinnerte daran, dass die Vertriebenen seinerzeit die allgemeine Euphorie nicht geteilt hätten. Ihre damalige Skepsis sei berechtigt gewesen.

Gute Gesetze, schwierige Umsetzung

Tilman Asmussen Fischer von der Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen (AGMO, Berlin) zeigte in seinem Vortrag „Das Ende des Kommunismus und das Schicksal der deutschen Volksgruppe jenseits von Oder und Neiße“ denn auch auf, dass manche der damals initiierten Abkommen noch nicht verwirklicht worden seien. Bis Mitte der 80er Jahre habe man, besonders unter der Militärregierung von Jaruselski, die Existenz einer deutschen Minderheit geleugnet. Die Deutschen sollten als Autochthone polonisiert werden. Erst bei dem Besuch von Bundeskanzler Kohl vom 9. bis 14. November 1989 mit einer Versöhnungsmesse auf Gut Kreisau habe es erste Schritte zur Anerkennung einer deutschen Minderheit gegeben, obwohl sich bereits deutsche Freundeskreise und Kulturvereine gebildet hatten. Denen wiederum habe man revisionistische Bestrebungen vorgeworfen. Die Gesetzgebung sei seit 25 Jahren gut, aber die Umsetzung sei problematisch. Deutsche Schulen oder Deutsch als Unterrichtssprache - das sind noch Ziele für die Zukunft.

Existenz der Deutschen geleugnet

„Erfahrungsberichte aus der Praxis grenzüberschreitender Zusammenarbeit“ moderierte Barbara Kämpfert von der Kopernikus-Vereinigung, (Minden). Edwin Kemnitz aus Schneidemühl stellte die dortige „Deutsche sozial-kulturelle Gesellschaft“ vor. Nach Gründungsschwierigkeiten habe sich heute die Situation in Polen beruhigt, die Gesellschaft bekomme sogar etwas Geld aus Warschau. Man biete deutsche und englische Sprachkurse an und arbeite bis auf einen Buchhalter ausschließlich ehrenamtlich.

Auch Dr. Kurt Schneider, in Sibirien geboren und seit 1993 in Deutschland, konnte von „Deutschen Wochen“ in Odessa, Kiew und Lemberg berichten. Er hob die enge Zusammenarbeit der dortigen Vereine mit Deutschland hervor, die einen regelmäßigen Jugendaustausch durchführen.

Für den interkulturellen Dialog trat Dr. Jozef Zaprucki ein, Germanist und Hochschuldozent aus Hirschberg. Er pflegt besonders die ostdeutschen Dichter, und wenn auch die deutsche Minderheit in Polen aussterbe – polnische Studenten hätten Diplomarbeiten über deutsche Minderheiten geschrieben -, so sei „die deutsche Seele“ doch in Schlesien zu finden. Er habe mit seinen Studenten mehrmals Haus Schlesien in Königswinter besucht.

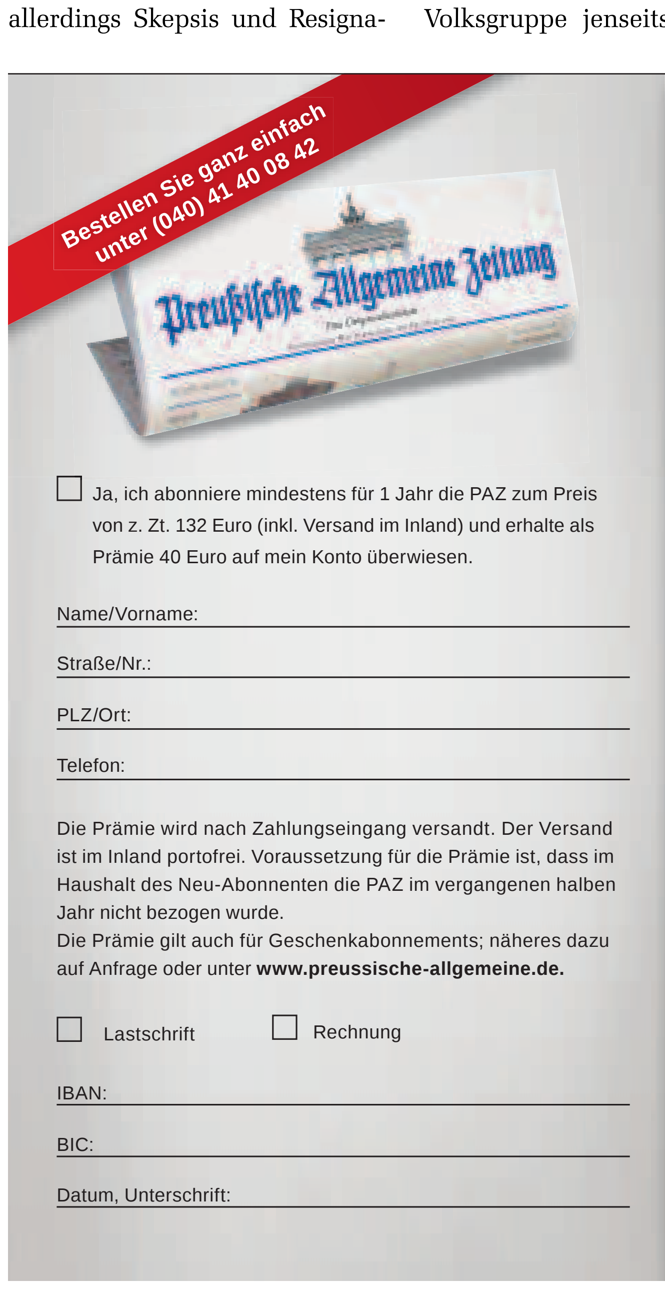
Friedrich Zempel aus Dresden sah die Entwicklung der Vertriebenenverbände nach der Wende nicht optimistisch. Nach dem anfangs großen Zulauf seien viele Mitglieder ausgetreten, in Sachsen würden die Heimatstuben aufgelöst und das Inventar nach Polen und Tschechien gebracht. Grenzüberschreitende Maßnahmen einzelner Gruppen und Freundschaften zur alten Heimat aber zeugten vom Brückenbau durch die Vertriebenen. Das wurde in der anschließenden Aussprache auch als wichtige Aufgabe herausgearbeitet.

Der zweite Teil der Tagung fand am Sonntag im Collegium Albertinum statt. Als Wohnheim für ostpreußische Studenten in den 50er Jahren gegründet, war es lange ein Veranstaltungszentrum für ostdeutsche Kultur. Im Mittelpunkt der Vorträge stand das nördliche Ostpreußen, das heutige Kaliningrader Gebiet. Professor Jürgen Bloech aus Göttingen referierte über „Landwirtschaft in Ostpreußen – Historische und aktuelle Aspekte“. Unter schweren Bedingungen schufen deutsche Bauern in 700 Jahren eine Kornkammer für Deutschland und Europa. Der Referent hob die züchterischen Leistungen hervor, zum Beispiel das zum Mythos gewordene Trakehner-Pferd und das für seine hohen Milch- und Fleischerträge bekannte Rind. Die Vertreibung der Deutschen und die jahrelange Benutzung des Landes als militärisches Übungsgebiet veränderten die Strukturen völlig. Der Vortrag vertiefte eine Feststellung von Dr. Barbara Löffke, Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen. In ihrem Grußwort hatte sie betont, dass die ostpreußischen Landwirte am wenigsten „integriert“ werden konnten, da sie im Westen kaum ihren verlorenen ökonomischen und sozialen Status wiedererlangten.

Aus Königsberg reiste Pfarrer Michelis an

Aus Königsberg war Pfarrer Wladimir Michelis angereist, der „Zur Lage der evangelisch-lutherischen Kirche im Gebiet Königsberg/Kaliningrad“ sprach. Erst mit Perestroika habe es religiöses Leben im Gebiet gegeben, Ende 1990 die ersten lutherischen Gottesdienste. Die Gemeinden, von den Deutschen aus Russland gebildet, dezimierten sich im Laufe der Jahre, da die Mitglieder nach Deutschland auswanderten, so Michelis. Heute gebe es noch 29 Gemeinden mit insgesamt 800 Mitgliedern. Das Verhältnis zur Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) stellte der Referent als schwierig dar, da die ROK den Anspruch als einzig wahre Kirche erhebe und nur bei caritativen Aufgaben zur Zusammenarbeit bereit sei.

Zum Abschluss der Tagung trat der Bonner Professor Udo Arnold an das Rednerpult. „Vom Ordensstaat zum Herzogtum - Preußen als erstes protestantisches Fürstentum“ lautete der Titel seines Vortrages. Die Zuhörer erhielten einen umfassenden Einblick in die politischen Verhältnisse des frühen 16. Jahrhunderts und einen Eindruck von der damals unvorstellbaren Entscheidung des Hochmeisters Albrecht von Brandenburg, aus dem Orden auszutreten und 1525 ein evangelischer Herzog in einem evangelischen Land zu werden. *Bärbel Beutner*





Der Stauverursacher

Der Biber fühlt sich in Deutschland wieder heimisch – Allerdings macht ihm der Mensch das Leben in Gewässern schwer

Ende des 19. Jahrhunderts galten die Biber in Deutschland als ausgestorben. Nun ist der eurasische Biber (Castor fiber) wieder in fast allen Bundesländern heimisch. Innerhalb weniger Jahrzehnte hat er sich stark vermehrt. Sein Bestand wird auf mindestens 25 000 Exemplare geschätzt. Doch nach wie vor steht der Biber unter strengem Artenschutz.

Mit bis zu 1,30 Metern Länge und mehr als 30 Kilogramm Körpergewicht sind Biber die größten europäischen Nagetiere. Im Sommer ernähren sie sich hauptsächlich von Wasserpflanzen und Kräutern, im Winter auch von Baumrinde. Jahrhundertelang wurden sie gnadenlos gejagt. Nicht nur ihr Pelz war begehrt, sondern auch ihr breiter Schwanz, die Kelle, wegen eines Drüsensekrets namens Bibergeil, das als Allheilmittel galt.

Im Mittelalter erklärte die Kirche den semiaquatisch lebenden Biber zum Fisch und damit zur zulässigen Speise, weshalb die Tiere besonders in der Fastenzeit eine begehrte Beute waren. 1961 zählte man in der DDR noch rund 200 Tiere der Unterart Elbebiber (Castor fiber albicus), der an den damals noch unzugänglichen Unterläufen von Mulde, Saale und Schwarzer Elster zwischen Magdeburg und Torgau heimisch war. Dank umfangreicher Schutzbemühungen hat sich der Grundstock der Elbebiber mittlerweile auf 7000 Tiere vergrößert.

Heute gilt er als Markenzeichen der Elbtalauen. Der Bestand verteilt sich auf alle östlichen Bundesländer und neuerdings auch auf Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und das Saarland. Entlang der östlichen Verbreitungsgebietsgrenze an der Oder gibt es eine Durchmischungszone mit den osteuropäischen Bibern (Castor fiber belarusicus), während in Bayern und Nordrhein-Westfalen Mischpopulationen verbreitet sind. Hier waren fast alle seit den 1980er Jahren erfolgten Wiederansiedlungs- und Umsiedlungsprojekte erfolgreich. Allein in Bayern leben geschätzt wieder 15 000 Tiere.

Vor einigen Jahren tauchten die ersten Biber in den Stadtgebieten von München, Berlin und Hamburg auf. Allein im Großraum Berlin leben um die 80 der nachts und in der Dämmerung aktiven Tiere. Es ist ein weltweit beobachtetes Phänomen: Raubtiere wie der Wolf und der gebietsfremde Waschbär, aber auch der stark spezialisierte Biber vermehren sich rasch, obwohl unsere naturräumliche Umwelt immer lebensfeindlicher geworden ist. Wegen des subventionierten Energiepflanzenanbaus sind riesige ausgeräumte, giftbelastete Agrarlandschaften entstanden, in denen die meisten größeren Wildtiere keinen Lebensraum finden.

Infolgedessen sind die überraschenderweise höchst anspruchslosen Biber dem Menschen immer näher gerückt und verhalten sich weniger scheu. Parks und sogar Kleingärten werden zu Rückzugsräumen. Selbst in der Nähe von Autobahnen lassen sie sich mitunter nieder, wenn sie in der Nähe ein hinreichend großes Areal für ihre Bedürfnisse finden. Nach Biberart werden dann Bäume gefällt, Tunnel gegraben und Dämme gebaut, Gräben gezogen und sogar Rohre verstopft, um überflutete Flächen zu schaffen, die von den Tieren zum Überleben benötigt werden. Die im Familienverband lebenden Biber verteidigen ihr Revier lebenslang gegen Nachbarn und einwandernde Artgenossen.

Überwiegend leben Biber in Flussauen und Feuchtgebieten. Dämme werden nur angelegt, wenn der Wasserstand nicht hoch genug ist, um den unter Wasser liegenden Eingang der Biberburg und damit die Jungtiere zu schützen und um die pflanzliche Nahrung, darunter auch Äste, schwimmend transportieren zu können. Auch für Paarung und Flucht benötigt der Biber einen Mindestwasserstand von 60 Zentimetern. Schwimmend ist er am sichersten, da er durch seine auf das Schwimmen und Bäumefällen spezialisierte Körperform an Land ein nur mäßiger Läufer ist.

Naturschützer freuen sich über die vom Biber geschaffenen Feuchtbiotope. Hier fließt das Wasser langsamer, die sauerstoffreichen Stauseen ziehen Insekten an und werden Laichgewässer für Amphibien und Fische. Eisvogel, Storch, Reiherente und andere Vogelarten finden Nahrung, auch selten gewordene Pflanzen stellen sich wieder ein.

Zu Recht gilt der Biber als Sinnbild einer sich regenerierenden Natur. Inzwischen aber brachten die Wasser- und Bodenverbände und Nutzer der Auenlandschaften den Biber in eine negative öffentliche Wahrnehmung. Forst- und Teichwirte beklagen wirtschaftliche Schäden infolge der von den Nagern umgestalteten Lebensräume. Am häufigsten kommt es zu Konfliktsituationen mit Landwirten. Ursache ist fast immer die viel zu dicht an die Gewässer geführte Flächenbewirtschaftung, die nur auf Rentabilität ausgelegt ist. Außerdem entstehen Überstauungen häufig auf Böden, die von der Technik verdichtet sind. Die Gewässer sollen möglichst schnell abfließen, um viel Wasser abzuführen, was zur Austrocknung ganzer Landschaften führte. Überflutungen bis hin zu Flutkatastrophen blieben nicht aus. Wissenschaftler beklagen die schleppende Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Sie weisen darauf hin, dass es in den meisten Fällen nicht zur „Biberproblematik“ käme, wenn Auen nicht mehr bebaut und Landschaften naturnah gestaltet würden.

Eigenmächtig dürfen Land- und Teichwirte nichts gegen unterhöhlte Seeufer, gefällte Bäume, aufgestaute Bäche und Teiche unternehmen. Biberberater vermitteln zwischen Biber und Mensch oder greifen ein, falls es gefährlich wird. Zum Beispiel an der Bahntrasse zwischen Rosslau und Wittenberg, die durch das Biosphärenreservat verläuft und mitten durch das Revier eines Elbebibers führt.

In fast 1000 Fällen wurde allein in Bayern der Abschuss genehmigt. Im Niederungsgebiet Drömling an der Grenze zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wurden 2015, im trockensten Jahr der Klimaaufzeichnung, 148 Biberdämme abgetragen. Immer öfter nehmen „Unbekannte“ trotz der drohenden Strafe die Sache selbst in die Hand. Ohne Genehmigung werden Biberburgen zerstört, Dämme platt gewalzt und Tiere gewildert.

Durch seine Lebensweise hat der Biber seit 28 Millionen Jahren zur Entwicklung der europäischen Landschaft beigetragen. Glücklicherweise möchten ihm nur wenige interessengeleitete Personen seinen rückeroberten Platz in unserer Landschaft streitig machen. Aber noch steht er in Deutschland auf der Roten Liste gefährdeter Arten. *D. Jestrzemski*



Wasserfestes Nagetier: Ein Biber schafft auf dem Flussweg Baumaterial für den Dammbau heran Bild: Colourbox

Rotpelz kommt in Mode

Schlaues Tierchen – Reineke Fuchs kommt den Menschen immer näher und breitet sich inzwischen auch in Städten aus

Eigentlich müsste das altbekannte Kinderlied lauten: „Fuchs, du hat das Huhn gestohlen.“ Denn eine Gans ist dem Fuchs viel zu groß, es sei denn, es handelt sich um ein Jungtier.

Dass man den Rotfuchs (lat. Vulpes vulpes) als besonders pfiffig ansieht, ist nicht nur so dahergeredet. Dieses Raubtier unserer Wälder vermag sogar in einen verschlossenen Hühnerstall einzudringen. Die rotpelzigen Waldbewohner gelten als lernfähig und schlau. Sie können ausgezeichnet sehen, riechen und hören, sind wachsam und besitzen ein schnelles Reaktionsvermögen. Weil sie auch Eindrücke schnell verarbeiten und sich hervorragend den neuen Situationen anpassen, bezeichnete man sie in Geschichten als schlau und listig. In Fabeln wie in Goethes Versdrama werden sie meist Reineke Fuchs genannt, nach dem französischen „renard“ für „Fuchs“.

Füchse gehören zur Familie der Hundeartigen. Das bedeutet, sie sind sehr eng mit dem Hund und dem Wolf verwandt, sehen diesen Tieren also ähnlich, unterscheiden sich aber im Körperbau und im Verhalten dennoch von ihnen. Sie haben im Gegensatz zu Hunden viel kürzere Beine, einen längeren Körper, werden etwa 60 bis 90 Zentimeter lang, 40 Zentimeter hoch und wiegen ungefähr sechs bis zehn Kilogramm. Sie besitzen einen buschigen, sehr langen Schwanz, der etwa halb so lang ist wie der ganze Fuchs. Anders als das oberseitige rote Fell ist die Schwanzspitze wie auch die Unterseite weiß.

Füchse können bis zu zwölf Jahre alt werden. Da das Waldtier leichter und schmaler ist als ein Hund in vergleichbarer Größe, kann es bis zu zwei Meter hoch und bis zu fünf Meter weit springen und bis zu 50 Kilometer pro Stunde schnell laufen. Ihr schmaler Körper erlaubt es ihnen, sich in engen Höhlen und Erdlöchern zu verkriechen. Sie leben in unterirdischen Bauen, die sie sich selber graben, oder sie beziehen verlassene Höhlen, die Dachse oder Kaninchen zurückgelassen haben. Diese Baue haben mehrere Höhlen und viele Eingänge, die sie dann auch als Fluchtweg benutzen. Hier schlafen sie oder verstecken sich bei Gefahr.

Im Januar und Februar hört man nachts manchmal ein heiseres Bellen in den Wäldern. In diesen kalten Wintermonaten sind die Füchse auf der Suche nach einem Partner. Man nennt diese Paarungszeit auch Ranzzeit. Nach 50 bis 52 Tagen bringt das Weibchen, das in der Jägersprache „Fähe“ heißt, etwa drei bis fünf Junge zur Welt. Sind die Kleinen etwas gewachsen, tollen sie verspielt vor ihren Bauen herum. So üben sie alles, was sie für die spätere Jagd brauchen. Schon nach vier Monaten sind sie selbstständig auf ihren eigenen vier Pfoten unterwegs. Die Füchse sind nachtaktive Tiere und jagen anders als Hunde und Wölfe alleine.

Sie sind Allesfresser, doch ihre Hauptnahrung besteht aus Mäusen. Weiterhin fressen sie auch andere Nagetiere, verschiedene Arten kleinerer Tiere, Insekten, Würmer, aber auch Beeren und Früchte. Sie ernähren sich auch vom Aas der von Autos überfahrenen oder im Wald verendeten Tiere. Sie sind eine Art Umweltpolizei, da die vielen Mäuse in den Wäldern sonst großen Schaden anrichten würden, indem sie die Jungpflanzen anknabbern und zerstören. So sorgen Füchse dafür, dass der Wald sich gut entwickeln und wachsen kann.

Füchse sind die Raubtiere mit dem größten Verbreitungsgebiet auf der Erde. Da sie sich dem Klima und dem Nahrungsangebot der verschiedensten Regionen wunderbar anpassen können, fühlen sie sich auch fast überall wohl. Früher waren sie Hauptüberträger der Tollwut. Durch ausgelegte Impfköder nahmen sie den Impfstoff zu sich und konnten so gesund bleiben. In den letzten Jahren haben sich Füchse auch immer mehr an die Nähe von Menschen gewöhnt, sind also am Stadtrand, in Gärten, manchmal sogar in der Stadt zu finden. Dennoch sollte man auch einen zutraulichen Fuchs niemals anfassen. Man weiß nie, ob nicht fremde, von weit her eingewanderte Füchse die einheimische Population mit einer Krankheit angesteckt haben. *Silvia Friedrich*

Spanische Essgewohnheiten

Hühnerhalter wissen es: Füchse tauchen fast immer zur Abend- oder Morgendämmerung auf. Tagsüber sind sie fast nie zu sehen, es sei denn tief im Wald. Was genau den Tag-Nacht-Rhythmus von Rotfüchsen steuert, haben Biologen in Zentralspanien untersucht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Aktivzeiten von Füchsen hauptsächlich durch den Menschen und nicht vom Nahrungsangebot bestimmt werden.

Ein Team des staatlichen Instituts zur Erforschung von Wildbeständen im spanischen Ciudad Realum hatte außerhalb der Jagdsaison in zwölf Gegenden Kastiliens mittels Kamerafallen herausgefunden, zu welchen Uhrzeiten und an welchen Orten Füchse und Wildkaninchen auf den Beinen waren. Wildkaninchen sind in der Region die wichtigste Beute von Füchsen. Ermittelt wurde auch die Distanz des Untersuchungsgebiets zum nächsten Dorf oder Weiler. Außerdem befragten die Wissenschaftler Jagdpächter, wie intensiv Füchse in den Gebieten gejagt werden. Die Feldstudie ist den Forschern zufolge die erste, die gleichzeitig ökologische Faktoren und menschliche Einflüsse auf die Aktivität von Füchsen untersucht.

Die Auswertung der Fotofallenbilder zeigte, dass Wildkaninchen vor allem in den Vormittagsstunden sowie vom Spätnachmittag bis zur Dämmerung aktiv sind. Der ermittelte Tag-Nacht-Rhythmus der Füchse bestätigte die Regel, dass Europas häufigster Wildhund sich rechtzeitig vor Sonnenuntergang auf die Pfoten macht und bis ins Morgengrauen hinein auf Beutefang ist. In der Nähe menschlicher Siedlungen zeigt sich der Fuchs tagsüber noch viel seltener als in weit entfernt gelegenen Eichenwäldern, Weinbergen, Olivenhainen oder Wiesen. Wo mehr Kaninchen waren, war auch der Fuchs häufiger. Aber selbst dort passte er sich den Wachzeiten seiner Beutetiere nicht stärker an – es sei denn, die Kaninchenpopulationen befanden sich sehr weit entfernt von Siedlungen. Nur fernab vom Menschen entwickelt der Fuchs mehr Tagaktivität.

„Der Aktivitätsrhythmus von Rotfüchsen ist offensichtlich dort vom Menschen bestimmt, wo die Störung durch Menschen hoch ist“, heißt es in der Studie. „In Gegenden mit einem hohen Maß an Störungen durch den Menschen ließ die Tagaktivität des Fuchses nach.“ Damit zählt der Fuchs – zumindest in Spanien – zu den Beutegreifern, die ihre „innere Uhr“ nicht nach der Beuteverfügbarkeit stellen. Füchse verfügten im Kopf über eine „Landkarte der Angst“, auf der der Mensch mit Gefahr assoziiert werde. Es zeigte sich, dass die Entfernung zum nächsten Dorf den Aufenthaltsort von Vulpes vulpes noch stärker beeinflusste als das Ausmaß der Jagd in einem Streifgebiet. Betrug die Entfernung zur nächsten Siedlung zehn Kilometer, zeigten sich nachts dreimal so viele Füchse wie bei einer Entfernung von nur zwei Kilometern zum nächsten Dorf. *Kai Althoetmar*



Bild: Friedrich

Richtet sein Jagdverhalten nach dem Menschen: Rotfuchs

Nur ein Rucksack

Flucht eines Zwöljährigen



„Als die Flucht beginnt, fährt man los und hat überhaupt keine Ahnung, dass man jetzt monatelang unterwegs sein muss. Sich so durchzuschlagen, ohne zu wissen: Wie geht das eigentlich weiter? Was werden wir morgen essen?" Der alte Herr, der bei Kriegsende als Zwölfjähriger in Posen lebte und am 20. Januar 1945 Hals über Kopf mit der Familie vor der Roten Armee flüchten musste, resümiert 65 Jahre später die traumatischen Erfahrungen seiner Kindheit: „Du kannst auf einem Bahnsteig stehen und hast nur einen kleinen Rucksack. Und sonst nichts. Das ist für mich die Grunderfahrung. Das werde ich nie vergessen."

Es ist eines von sechs Flüchtlingsschicksalen, in denen die in Südbaden lebende Lehrerin Heide Scherer in langen und sensibel geführten Gesprächen Flucht und Vertreibung der Deutschen bei Kriegsende 1945 in Erinnerung ruft. Alle Interviews werden in direkter Rede der Betroffenen wiedergegeben; zwischendurch gibt die Autorin ihre Betroffenheit über das Gehörte wieder. Die Befragten sind naturgemäß inzwischen hochbetagt, meist schon weit über 90 Jahre alt, und trotzdem ist ihr Erinnerungsvermögen erstaunlich intakt; es bestätigt eine alte Erfahrung, dass dann, wenn man Vertrauen gewinnen kann, viele Erlebnisse im Gespräch wieder auftauchen.

Das Buch ist ein Loblied auf die Frauen, insgesamt auf das angeblich „schwache" Geschlecht, denn neben couragierten Müttern sind es auch heranwachsende Mädchen, die sich in scheinbar aussichtslosen Situationen ihren Weg bahnen. Verwunderlich ist das eigentlich nicht; oft waren die Frauen auf sich gestellt, die Männer waren an der Front, gefallen oder in Gefangenschaft, und so blieb gar nichts anders übrig, als dass sie „ihren Mann" standen.

Und so erlebt der Leser eine Mutter mit sechs kleinen Kindern, die zu Fuß, auf Autos oder in überfüllten Zügen nach schweren Monaten bei Verwandten im Westen ankommt; er erlebt zwei Schwestern, die, fast noch Kinder, ganz auf sich gestellt den Weg aus dem Warthegau nach Berlin schaffen; auch aus dem Warthegau macht eine Familie eine Odyssee über Sachsen, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen ins Badische; ein 13-jähriges Mädchen wächst über sich hinaus und bringt ihre Familie aus dem ostpreußischen Braunsberg zu Land und per Schiff (wie sie inmitten einer panischen Menge da hinaufkamen, weiß die Erzählerin nicht mehr) über Dänemark schließlich nach Waldshut. Als sie nach der sogenannten Wende die Heimat wiedersehen kann, weint sie: „Sie glauben gar nicht, was ich dort an Gefühlen erlebt habe. Ich bin fast zusammengebrochen."

Lehrerin verleiht Zeugen eine Stimme

Im Westen angekommen geht das Flüchtlingselend oft weiter; die mittellosen Menschen können sich kaum über Wasser halten, liegen krank bis auf den Tod und erleben sowohl Hilfe als auch schroffe Ablehnung in der neuen Umgebung. Auch das ist eine Erfahrung: „Man musste selber durchhalten. Die anderen starben einfach dahin."

Es sind Erinnerungen fast 70 Jahre nach Kriegsende. Sie spiegeln nicht mehr so sehr die Schrecken unmittelbarer Erlebnisse, wie man sie aus teils noch berührenderen Berichten kennt. Bringen sie noch wirklich Neues? Allemal sind es bedrückende Erfahrungen von Flüchtlingsnot und Flüchtlingselend vieler Deutscher, was auch trotz neuer großer Flüchtlingsprobleme nicht vergessen werden darf. *Dirk Klose*

***Heide Scherer: Wer Beine hat, der laufe. Geschichten von deutscher Flucht und Vertreibung.** Europa Verlag, Berlin/München 2016, gebunden, 182 Seiten, 18,99 Euro*



Unbewältigte Angst

Kriegsenkel analysiert Vertriebenenproblematik in seiner Familie



„Heimat der Wölfe" lautet der Buchtitel, den der Kunstmaler, Autor und Therapeut Raymond Unger für die Geschichte seiner Familie ausgesucht hat. Gemeint ist Bessarabien, die Heimat seiner Mutter und seiner Großeltern. Die historische Landschaft deckt sich in etwa mit dem westlich des Dnister liegenden Teil des heutigen Moldawiens. In früherer Zeit kamen im Winter große, ausgehungerte Wolfsrudel aus Russland über den zugefrorenen Fluss in die Dörfer, um in den Ställen Beute zu machen. Unger schreibt spannend und schlüssig über die Schicksale seiner Familienangehörigen und über sich selbst, beginnend mit seinem Großvater Otto, der im Ersten Weltkrieg U-Boot-Fahrer war. Geboren wurde der Autor 1963 in Hamburg. Für ihn als sogenannten Kriegsenkel, wozu man aus gutem Grund die zwischen 1960 und 1975 Geborenen der „Baby-Boomer-Generation" erklärt hat, eröffnete sich nach seinem 50. Geburtstag die Erkenntnis, dass in seiner Familie unglaublich viel aufzuarbeiten war. Ihm wurde bewusst, dass das Schicksal seiner Angehörigen in „kollektiv-historische Prozesse von Schuld und Sühne eingebunden" sei, wie er im Epilog seines Buches bemerkt.

Nach allgemeiner Übereinkunft besteht kein Zweifel mehr daran, „dass die Schwierigkeiten in Deutschland für drei Generationen reichten", wie Unger es ausdrückt. Ursache der kollektiven Problematik sind Vertreibung und Flucht, Kriegsängste und Heimatverlust. In den meisten Familien wie auch in seiner Familie wurde über die Vergangenheit nicht gesprochen. Geschult durch seine Ausbildung als therapeutischer Heilpraktiker, zeichnet er die Lebenslinien seiner nahen Verwandten und sein eigenes Leben aus der Sicht des analysierenden Kriegsenkels nach, indem er wegweisende Geschehnisse in einzelnen Episoden – gleichsam die Knotenpunkte des Netzes, das die Familienchronik bildet – zugespitzt schildert und klug kommentiert.

Trauer von Eltern auf Kinder übertragen

Im Kern geht es um das Weiterreichen von unbewältigter Angst und Trauer von Generation zu Generation bis auf die Enkel, die daran zu zerbrechen drohen. Zusätzlich hatte in seiner Familie die starre Persönlichkeitsstruktur beider Großelternpaare, die durch religiöses Sektierertum geprägt war, einen negativen Einfluss. Notorisch war vom baldigen Weltuntergang die Rede. Hinzu kam für Unger noch eine jahrelange Ausgrenzung in der Schule. Offenbar war es in den 70er Jahren noch immer ein Makel, Kind von Flüchtlingseltern zu sein. Während seine Eltern sowie Onkel und Tante nach außen hin noch ein „normales" Leben mit Berufstätigkeit des Ehemannes führten, bröckelte es längst hinter den Fassaden. Früher oder später verfielen sowohl die Kriegskinder als auch die Kriegsenkel der Zigarettensucht und dem Alkohol. Unger gibt aber zu bedenken, dass Rauchen und Trinken auch im halbprivaten Rahmen noch in den 1970er Jahren gesellschaftlicher Konsens war. Sein Vater widmete sich in der Freizeit so intensiv dem Hobby der Brieftaubenzucht, dass seine Ehe daran zerbrach.

Als junger Mann durchlief der Autor eine längere Phase der Halt- und Orientierungslosigkeit, ebenso seine Schwester, während seine Cousine und sein Cousin diesem Zustand nicht mehr entkamen. Keinem der Betroffenen waren die ursächlichen Zusammenhänge bewusst. Alle vier mit ihren Elternpaaren hatten zusammen in einem Haus bei Hamburg gewohnt. Auf dem Grundstück stand auch das Haus der bessarabischen Großeltern, die weiterhin unmittelbar Einfluss auf ihre Kinder und Enkel ausübten.

Unger absolvierte Ausbildungen in drei Heilberufen und war bis vor einigen Jahren als therapeutischer Heilpraktiker tätig. Wie seine Schwester entschied er sich letztendlich für einen künstlerischen Beruf. Keiner von beiden hat Kinder – Zufall?

Darf man so offen über die eigene Familie schreiben? Wie Unger andeutet, besteht darüber kein Einvernehmen zwischen seinen noch lebenden Angehörigen. Doch den Wert dieser an Klarheit kaum zu überbietenden Darstellung wird kaum jemand bezweifeln. Wohl jeder Leser und jede Leserin wird darin etwas über sich selbst und die eigene Familie finden. *Dagmar Jestrzemski*

***Raymond Unger: „Heimat der Wölfe. Ein Kriegsenkel auf den Spuren seiner Familie".** Europa Verlag, München 2016, gebunden, 224 Seiten, 19,99 Euro*

Neue Formen der Teilhabe

Sozialwissenschaftliche Betrachtungen über »Wutbürger«

Es wird immer klarer, dass die traditionellen Formen des politischen Engagements in Vereinen, Verbänden, Parteien und Gewerkschaften ausgedient haben. Grund hierfür ist der Verlust des Vertrauens in die Fähigkeiten der Akteure an der Spitze, beginnend bei Bundeskanzlerin beziehungsweise Bundespräsident und endend beim örtlichen Bürgermeister. Zugleich entstanden neuartige Formen der Teilhabe, aber auch des Widerstands wie das Pegida-Bündnis oder Internetplattformen, auf denen sich die „Wutbürger" Luft machen und mit Hilfe von Petitionen die Entscheidungen ihrer Obrigkeit ganz direkt zu beeinflussen versuchen.

Dies bewog die Politikwissenschaftler Ursula Bitzegeio, Jürgen Mittag und Lars Winterberg zur Herausgabe des Bandes „Der politische Mensch", in dem die aktuellen Protestpraktiken sowie digitalen Bürgerbewegungen vorgestellt „und auf ihr innovatives Potenzial befragt" werden sollen.

Hierzu sammelten sie 20 Beiträge diverser Fachkollegen und Sozialwissenschaftler. Dabei orientiert sich das Ganze maßgeblich an den zeitdiagnostischen Thesen des britischen Soziologen Colin Crouch, welcher der Sozialdemokratie nahe steht.

Aus diesem Grunde kommen Gruppierungen wie Pegida in dem Buch auch sehr schlecht weg: Hier seien egoistische Minderheiten am Werk, die den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen hätten, heißt es. Dagegen wird der längst geplatzten politischen Seifenblase Piratenpartei gleich ein kompletter Aufsatz gewidmet, an dessen Ende es dann verklärend heißt, bei den „Piraten" könne sich der moderne mündige Bürger so einbringen wie sonst in keiner der etablierten Parteien.

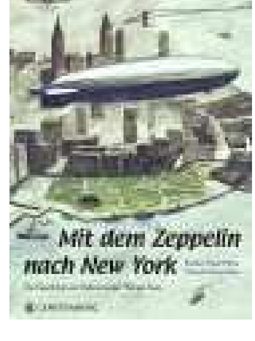
Beiträge sind ideologisch einseitig

Das Buch taugt nicht zur Lektüre für „Normalverbraucher", weil es fast durchgängig in einem bemüht wissenschaftlichen Stil geschrieben ist und von soziologisch-politologischen Fachausdrücken und Anglizismen strotzt. Der Leser braucht extrem viel Konzentrationsfähigkeit beziehungsweise Geduld, um Beiträge wie „Community Organizing als politische Erwachsenenbildung in der Transformationsgesellschaft" oder „Das Zoon politikon als Homo maledicens" durchzuarbeiten. Bleibt die Frage, warum er sich dies antun sollte. Denn die grundsätzliche Aussage der Einzeltexte ist aufgrund der ideologischen Ausrichtung ihrer Verfasser eigentlich immer die Gleiche: Manche der neuen Formen der politischen Mitwirkung seien gut, andere nicht – wobei das letztere praktisch für alles gilt, was aus der nicht-linken Ecke kommt. *Wolfgang Kaufmann*

***Ursula Bitzegeio/ Jürgen Mittag/ Lars Winterberg (Hg.): „Der politische Mensch. Akteure gesellschaftlicher Partizipation im Übergang zum 21. Jahrhundert"**, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn 2015, broschiert, 462 Seiten, 24,90 Euro*

Zeppelin mal anders

Neben Reisebericht Technik des Luftschiffs erklärt



Auf eine Zeitreise der ganz besonderen Art nimmt uns der Autor Stephan Martin Meyer in dem beeindruckenden Kinderbuch „Mit dem Zeppelin nach New York" mit. Nicht viele wagen sich erzählerisch in die Zeit des Nationalsozialismus, um die Geschichte eines damals lebenden Jungen zu berichten.

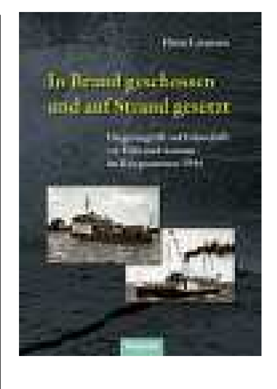
Ein Kind von heute entdeckt auf dem Dachboden seines Großvaters eine blaue Mütze mit einer Weltkugel und einem „komischen Flugzeug" vorne drauf. Und der Großvater erzählt die Geschichte seines Vaters Werner Franz, der in den 30er Jahren als Kabinenjunge auf dem berühmtesten Luftschiff, der „Hindenburg", anheuerte. Die Reise beginnt 1936, als Werner sich beim Kapitän des Luftschiffes bewirbt. Hautnah erfährt der Leser viel Wissenswertes so nebenbei. Dass sich die Mannschaft der „Hindenburg" ihre Uniformen selber nähen lassen musste oder wie ein Zeppelin überhaupt funktionierte. Zahlreiche Abbildungen machen das Gelesene sehr anschaulich.

Illustrator Thorwald Spangenberg hat es verstanden, die damalige Zeit gut nachvollziehbar darzustellen. Er hielt sich dabei genau an die historischen Vorbilder. Auch die Schaubilder und Infografiken, wie ein Querschnitt durch die „Hindenburg", der Aufbau der Decks oder Landkarten helfen, die Geschichte der Luftschiffe besser zu verstehen. Nach Amerika sollte es gehen für den 14-jährigen Werner zu einer aufregenden Atlantiküberquerung. Dass die „Hindenburg" dabei schwer verunglückte, wird in kindgerechter Form vermittelt, ohne Fakten wegzulassen. In Zusammenarbeit mit dem Zeppelin-Museum Friedrichshafen entstand dieses Buch, das Geschichte sehr greifbar macht und mit Spannung vermittelt. Auch für Erwachsene ein anschauliches Werk aus der Zeit der faszinierenden Luftschiffe. *Silvia Friedrich*

***Stephan Martin Meyer/Thorwald Spangenberg: „Mit dem Zeppelin nach New York. Die Geschichte vom Kabinenjungen Werner Franz"**, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2016, gebunden, 14,95 Euro*

Schiffe unter Feuer

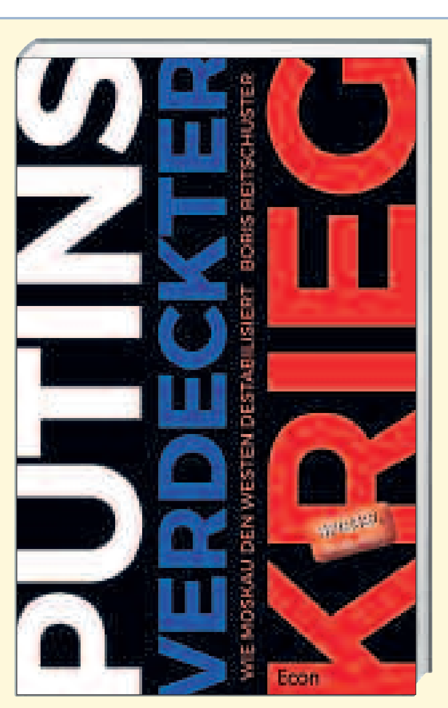
Als der Krieg nach Amrum und Föhr kam



Als bereits deutsche Großstädte nach Kriegsbeginn von der Royal Air Force bombardiert wurden, blieb das nördliche Schleswig-Holstein vorerst verschont. Mit der Ausweitung der alliierten Luftangriffe spähten englische Jagdbomber dann auch auf den Nordfriesischen Inseln Ziele aus. Heinz Lorenzen schildert in seinem Buch „In Brand geschossen und auf Strand gesetzt" akribisch die Ereignisse im Sommer 1944 auf Föhr und Amrum.

Föhr wurde zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt. Deshalb gab es zwar keinen Fremdenverkehr mehr, aber für die Inselbewohner waren die Fähren als einzige Verbindung zum Festland wichtig. Lange hielt die Ruhe der insularen Abgeschiedenheit an, bis im Frühjahr 1944 die Insel-Kleinbahn von englischen Tieffliegern angegriffen wurde. Plötzlich gerieten auch die Fährschiffe, die von Dagebüll aus nach Wyk auf Föhr und nach Wittdün auf Amrum fuhren, ins Visier. Im Juni 1944 wurde der Dampfer „Föhr–Amrum" von zwei englischen Tieffliegern manövrierunfähig geschossen. Dabei starb der Kapitän und mehrere Passagiere wurden verletzt. Zwei Wochen später wurde das Motorschiff „Kapitäne Christiansen" vor Wyk in Brand geschossen und konnte trotz zunehmender Schlagseite auf Strand gesetzt werden, am selben Tag noch wurde das Postschiff „Hans von Holdt" vor Hallig Hooge angegriffen. Wieder gab es Tote und Verletzte. Auch wenn die Opferzahlen angesichts der Millionenverluste im Zweiten Weltkrieg gering erscheinen, wurde das Inselleben dadurch schwer getroffen. Lorenzen hat die Angriffe intensiv recherchiert und schildert einfühlsam die Auswirkungen, die Tod und Verletzungen in die Familien der Passagiere und Besatzungsmitglieder brachten. Auch den Jagdbomberpiloten und ihren Flugzeugen ist ein Kapitel gewidmet. Schiffsportraits, viele Fotos, Dokumente und Karten runden das informative Buch ab. *B. Heitmann*

***Heinz Lorenzen: „In Brand geschossen und auf Strand gesetzt. Fliegerangriffe auf Fährschiffe vor Föhr und Amrum im Kriegssommer 1944".** Husum Verlag, Husum 2015, broschiert, 168 Seiten, 11,95 Euro*



Boris Reitschuster
Putins verdeckter Krieg
Wie Moskau den Westen destabilisiert
Wladimir Putin will Russland wieder zu einem Weltreich machen und arbeitet an einer neuen „Internationalen" der Anti-Demokraten. Boris Reitschuster beschreibt in seinem neuen Buch, wie zerstörerisch Putins Absichten sind und wie groß sein Einfluss im Westen ist. Moskau hat europaweit engste Kontakte zu rechts- und linksextremen Szenen geknüpft. Es gibt heute kaum noch ein Land, in dem Putin seinen Einfluss nicht geltend macht. Dabei bedient er sich manipulativer Methoden. Mit Parteispenden, Propaganda und Geheimdiensteinsätzen werden Entscheidungsträger unter Druck gesetzt und erpresst. In seinem Buch zeichnet Boris Reitschuster ein beunruhigendes neues Bild: Europa wird von Putin unterwandert. Eine alarmierende Bestandsaufnahme, die zeigt, wie gefährlich Putin mit seinen KGB-Methoden für unsere Demokratie ist. 336 Seiten
Nr. P A1010 Gebunden 19,99 €



Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535641 Kalender 14,95 €



Kalender Pommern in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535643 Kalender 14,95 €



Kalender Trakehner 2017
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535640 Kalender 9,95 €



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535642 Kalender 14,95 €

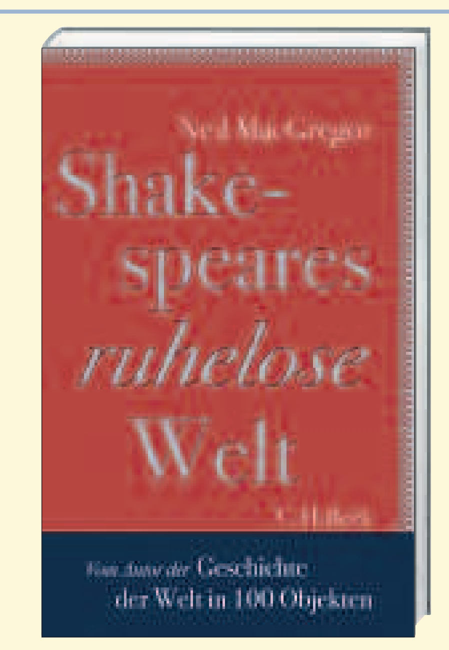
Kalender Schlesien in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535645 Kalender 14,95 €



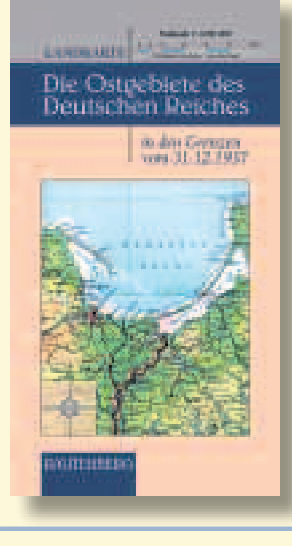
Kalender Elche 2017
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535615 Kalender 9,95 €



Heinz Ohff
Preussens Könige
Ein Leben zwischen Hoffnung und Revolution
Der erste von Preußens Königen erklärte sich selbst zum König – zum Gelächter Europas. Der letzte versuchte sich nach seiner Abdankung als Holzhacker. Um kaum eine Dynastie ranken sich so viele Geschichten wie um die Hohenzollern, die über 200 Jahre lang die Krone Preußens trugen. Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preußischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld. Damit macht er einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte lebendig und verständlich. Heinz Ohff beschreibt mit der flotten Feder des gelernten Journalisten nicht nur die staatsmännischen Leistungen und Schwächen der Friedrichs, Wilhelms und Friedrich Wilhelms, er stellt auch die Ehefrauen und Hofkreise vor, erzählt Anekdoten, gibt Bonmots wieder und erwähnt skurrile Begebenheiten. 400 Seiten
Nr. P A1020 Taschenbuch 12,00 €



Neil MacGregor
Shakespeares ruhelose Welt
Während Shakespeare unvergängliche Werke wie Romeo und Julia, Hamlet, Othello oder König Lear schrieb, ging die Welt durch ein Zeitalter tiefgreifender Veränderungen. Seit der Entdeckung Amerikas hatten sich die Horizonte Europas dramatisch erweitert. Ein ganzes Weltbild geriet ins Wanken. Neil MacGregor, der designierte Intendant des Humboldtforums, führt uns anhand von zwanzig Objekten mitten hinein in diese Zeit – und hinein in die Stücke Shakespeares. Ob er uns das Schwert eines Edelmanns oder die Wollmütze eines Handwerksburschen, einen Glaskelch aus Venedig oder Münzen aus Marrakesch vorstellt – immer weiß er eines der Themen zu illuminieren, die Shakespeares Zeitalter prägten: die Globalisierung, die Glaubenskämpfe, die Pest, der Islam, die Magie – und uns zugleich vertraut zu machen mit einem der aufregendsten Dichter der Weltliteratur. Das Resultat ist ein hinreißend lebendiges, glänzend geschriebenes und in vielem überraschendes Portrait der gefährlich aufgewühlten Welt von William Shakespeare. 347 Seiten mit 125 farbigen Abbildungen.
Nr. P A0936 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland. Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €

H. Gräfin von Schall-Riaucour
Franz Halder – Generalstabschef 1938–1942
Halder war ein auch vom Gegner geachteter militärischer Fachmann und ein moderner Feldherr mit Intuition und operativer Begabung, der frühzeitig den hohen Stellenwert der Panzerwaffe für die Kriegsführung erkannte. Undogmatisch und mit viel Verständnis für die Weiterentwicklung von Strategie und Taktik durch die Technik, galt er als überragender Bewegungsstratege. Die großen militärischen Erfolge der Deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1939 bis zu seiner Entlassung durch Hitler im September 1942 waren maßgeblich das Ergebnis seiner Generalstabsarbeit. Die Autorin Heidemarie Gräfin von Schall-Riaucour, Enkelin des Generalobersten Franz Halder, konnte für diese Biographie des früheren Generalstabschefs des deutschen Heeres (1938–1942) eine Fülle unveröffentlichten Materials verwenden. Neben Korrespondenzen und Fallstudien aus Halders Privatarchiv stützte sie sich vor allem auf direkte Äußerungen und Feststellungen des bedeutenden Militärstrategen. Damit erhält dieses Werk den Rang einer Primärquelle. 480 Seiten
Nr. P A1019 Gebunden 24,80 €



George Turner
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihre Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
Der Autor schlägt einen großen Bogen und schildert, wie seine Familie gezwungen wurde, ihre Heimat im Salzburger Land im Jahr 1732 aus Glaubensgründen zu verlassen, wie sie von keinem der Kriegsereignisse der folgenden mehr als 200 Jahre in Ostpreußen verschont geblieben ist, wie sie schließlich auch aus dieser inzwischen zur Heimat gewordenen Region vertrieben und in alle Winde verstreut wurde und versucht hat, wieder Wurzeln zu schlagen. Dabei lässt er gleichaltrige Verwandte zu Wort kommen, die wie er die Flucht der Jahre 1944/45 als Kinder oder Jugendliche über sich haben ergehen lassen müssen und macht persönliche Berichte aus Nachlässen der älteren Generation zugänglich, die Vertreibung und Neuanfang als Erwachsene erlebt haben. 304 Seiten
Nr. P A0253 Gebunden mit Schutzumschlag 26,50 €



Gertrud H. Pastenaci/ Stefan Pastenaci (Hrsg.)
Die Gärten meines Lebens
Lebenserinnerungen einer Ostpreußin
288 Seiten/Gebunden
Nr. P 533161 16,95 €

Die Erinnerungen von Gertrud Pastenaci sind ein warmherzig und lebendig geschriebenes Zeitdokument. In ihnen schildert sie in kurzen tagebuchartigen Abschnitten ihre behütete Kindheit als Pfarrerstochter in Heiligenkreuz im Samland, die jäh durch die Wirren des Ersten Weltkrieges unterbrochen wird und ihr Leben an der Seite ihres Mannes, des Journalisten und Schriftstellers Kurt Pastenaci, mit dem sie ihre geliebte Heimat Ostpreußen verlässt, um mit ihm nach Berlin zu ziehen. Ihr Leben dort wird überschattet von der Herrschaft der Nationalsozialisten, während der sie die Verhaftung ihres Mannes und vieler Freunde erleben muss. 20 S/W-Abb.



Lucia Studenroth/Wolfgang Kraska
Meine Reise nach Masuren
Oma Lucie erzählt von ihren Kinder- und Jugendjahren in Ostpreußen
Erinnerungen aus Paradies und Höllenfeuer – Wenn Oma Lucie, eine über 90jährige Ostpreußin, erzählt, erwachen augenblicklich Bilder aus längst vergangenen Tagen zu neuem buntem Leben. Rührend schöne Erinnerungen an ein Kinderparadies werden greifbar, aber genauso die Widersprüche des Erwachsenwerdens in einem totalitären Staat sowie die unbarmherzigen Grausamkeiten des Kriegsendes. Oma Lucie erzählt so, wie es in ihrer Familie schon seit ehedem üblich ist. Tief verwurzelt in alter familiärer Erzähltradition fesselt sie augenblicklich die Aufmerksamkeit des Lesers. Zusammen mit ihrem Neffen Wolfgang hat sie ihre Erinnerungen zu einer Art Reisebericht zusammengestellt. Die Reise führt zurück in ein untergegangenes Land, in dem die kleine Lucie zunächst eine traumhaft schöne Kindheit in dem winzig kleinen Radostowen im Landkreis Ortelsburg verlebt. Später siedelt die Familie in die Allensteiner Gegend um. Je erwachsener Lucie wird, umso mehr erkennt sie die harten Zwänge der Wirklichkeit, bis sie nach dem Höllenfeuer des Krieges mit ihrer Familie Ostpreußen verlassen muss. 18 S/W-Bilder. 272 Seiten.
Nr. P 533177 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Helma Herrmann-Schlicht
Eine Mutter und sieben Kinder
Schicksalstage in Ostpreußen 1945–1948 174 Seiten
Nr. P 533129 Geb. 14,95 €

Ostpreußen 1945. Mit ihrer Mutter und sechs Geschwistern, erlebt Helma Schlicht, gerade 10 Jahre alt, den Einmarsch der Russischen Armee in Ostpreußen und die Besatzungszeit bis 1948. Der tägliche Kampf ums Überleben beginnt. Immer in der Angst vor russischen Übergriffen, besteht der Alltag im Beschaffen des Nötigsten. Durch den Einfallsreichtum der Mutter findet sich aber immer ein Weg, etwas zu essen, eine Unterkunft und ein paar Kleidungsstücke zu organisieren. Das Glück des Tages besteht darin, ein sättigungsähnliches Gefühl zu haben. 1948 muss die Familie ihre Heimat verlassen. Der erschütternde Erlebnisbericht aus der Sicht eines Kindes ist ein wertvolles Dokument dieser entbehrungsreichen Zeit.

Ulla Lachauer
Ostpreußische Lebensläufe
336 Seiten
Taschenbuch
Nr. P 1120 8,95 €

Sie lebten in Memel und Tilsit, in Masuren, im Landkreis Gumbinnen oder auf der Kurischen Nehrung. Behutsam porträtiert Ulla Lachauer ihre Lebenswege. Es geht um Biographien, in denen sich andere wiederfinden können: ostpreußische Kindheiten, das Trauma der Vertreibung, Chancen, in der Fremde ein neues Leben zu beginnen. Ulla Lachauer, geboren 1951 in Ahlen/Westfahlen arbeitet als freie Journalistin und Filmemacherin in Mannheim und beschreibt in ihren Büchern das Zusammenwachsen Osteuropas mit dem Westen. Mit ihrem Buch „Paradiesstraße", der Lebensgeschichte einer ostpreußischen Bäuerin, wurde sie zur Bestsellerautorin.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Toter Sänger wird neuer Held

Kiew – Weil der aus Lemberg stammende Sänger der Pariser Oper Vassyl Slipak beim Kampf gegen die prorussischen Separatisten gefallen ist, verlieh der ukrainische Präsident Petro Poroschenko ihm postum die Tapferkeitsmedaille. Slipak hatte den Euro-Majdan von Bordeaux aus unterstützt, bevor er sich dem Freiwilligenkorps des als rechtsradikal verschrienen „Rechten Sektors“ anschloss. Slipak wurde mit großem Pomp in seiner Geburtsstadt Lemberg beigesetzt. *Ho*

»Willkommen« wird leiser

Bielefeld – Die „Willkommenskultur“ kühlt ab. Nur noch 28 Prozent befürworten nach einer Studie der Uni Bielefeld eine stärkere Willkommenskultur, vor einem Jahr waren es 36 Prozent. 36 Prozent der Deutschen und sogar 38 Prozent der hier lebenden Immigranten meinen, die hohen Asylsucherzahlen gefährdeten die Zukunft Deutschlands. 55 Prozent wollen, dass die Asylsucher irgendwann wieder gehen, nur 17 Prozent wollen das nicht. *H.H.*

ZUR PERSON

Trotz Rauswurfs dem Kreml treu

Seine Erfolgsgeschichte beginnt in Leningrad, das **Wladimir Jakunin** (68) als seine Heimatstadt betrachtet, obwohl er im estnischen Pernau aufwuchs. In jungen Jahren spezialisierte er sich als Ingenieur auf ballistische Raketen mit großer Reichweite. Nach dem Wehrdienst gelang ihm dann der Sprung ins Staatskomitee für Außenhandel beim Ministerrat der UdSSR. Jakunin gehörte der sowjetischen diplomatischen Mission bei den Vereinten Nationen an, bevor er Anfang 1991 Unternehmer wurde.

Seinen Namensvetter Putin lernte er als Mitglied der Datschenkooperative „Osero“ kennen, die Mitte der 90er Jahre nördlich von St. Petersburg gegründet wurde. Osero wurde zum Synonym für Korruption und das loyalitätsbasierte System Putins. Alle damaligen Osero-Mitglieder waren seinerzeit in der freien Wirtschaft tätig und verfügten über Auslandserfahrung. Jakunins Karriere erlebte ihren Höhepunkt, als er 2005 Chef der Russischen Staatsbahn wurde. Seine Aufgabe, das Staatsunternehmen zu reformieren, erfüllte er jedoch nicht, mehrte dafür aber seinen persönlichen Wohlstand. Er sieht sich dennoch als großen Geostrategen. Seine Dissertation schrieb er über die Entwicklung von Geostrategien. Jakunin stolperte nach zehn Jahren Amtszeit als Bahnchef über eine Veröffentlichung des Oppositionellen und Anti-Korruptionsaktivisten Alexej Nawalnyj, in der ihm Korruption nachgewiesen wurde. Ob ein offener Streit mit Putin zur Ablösung Jakunins führte, ist umstritten. Als sicher gilt dagegen, dass er ein Kremlfreund geblieben ist.



Gesellschaftspolitisch hat Jakunin sich seit 2002 betätigt, als eine Vorgängerorganiation des „Dialogs der Zivilisationen“ in Wien gegründet wurde. Jakunin steht wegen der Nähe zu Putin auf der Sanktionsliste der USA. *MRK*



Alles auf uns

Warum wir wieder am Anfang stehen, wie man uns auf die nächste Plünderung vorbereitet, und ab wann es nochmal spannend wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Komödie, mit der Politiker, Banker und „Experten“ die Bürger hinters Licht führen, folgt einem festen Schema; es ist ein Stück über drei Akte. Akt 1: Schönfärberei, Akt 2: Panik, Angstmache und Hektik, Akt 3: „Alles wird gut!“

Nach dem letzten heftigen Aufflammen der Bankenkrise vor einigen Jahren versprachen uns die Verantwortlichen, die Gefahr sei überwunden, man habe alles unter Kontrolle bekommen. Von der Krise hatten wir uns alle überfahren gefühlt. Zuvor hatten sie uns jahrelang eingeredet, es gebe gar keine Krise. Dann, auf einmal, gab es doch eine und die war so groß und dermaßen bedrohlich, dass man leider alle Regeln missachten und ganz schnell mit Abermilliarden an Steuergeldern eingreifen musste.

Danach gaben sich Politiker wie unser Finanzminister Schäuble ganz zerknirscht und versprachen, dass so etwas nie wieder vorkommen werde. Man werde ein Regelwerk aufstellen, nach welchem zuerst die Gläubiger und Anleger einer Bank zur Kasse gebeten würden, wenn das Haus strauchelt, und nicht die völlig unbeteiligten Steuerzahler.

Wie schön, dachten wir, und freuten uns an den frohgemuten Botschaften aus Politik und Bankenwelt, dass bis auf ein paar Rest-Risiken nunmehr alles im Griff sei und der Steuerzahler künftig außer Gefahr: „Alles wird gut!“

Erste Meldungen, dass es vielleicht doch nicht so „gut“ steht, haben uns kaum erreicht, weil wir vollends mit Merkels Willkommensgästen beschäftigt waren. Krisenherd ist diesmal nicht das kleine Griechenland oder das winzige Zypern, sondern das vergleichsweise gigantische Italien. Dessen Ministerpräsident Matteo Renzi steht daher schon mitten im 2. Akt der Komödie und spricht davon, dass jetzt ganz schnell alle Regeln überrannt werden müssten, um Berge an Steuergeldern an die Banken seines Landes zu verschenken, die kurz vor dem Umkippen stehen.

Die haben nämlich 360 Milliarden Euro an faulen Krediten in den Büchern, im Schnitt sind 18 Prozent der ausstehenden Darlehen „notleidend“. Auf Deutsch: Die Häuser sind pleite. Warum? Weil sie nach 2008 genauso weitergemacht haben wie zuvor, mit den gleichen halsbrecherischen Geschäften, welche sie zuvor in den Abgrund katapultiert haben, sprich: hätten, wenn nicht der Steuerzahler geschröpft worden wäre.

Schäuble gab sich zunächst ganz prinzipienfest. Egal wie bankrott die Geldinstitute seien, man habe nach der letzten Krise 2008 Regeln aufgestellt, an die müsse man sich jetzt auch halten. Hieß es zunächst. Nach und nach aber hören sich die Mahnungen aus Berlin matter an. Wir ahnen also, wie es ausgehen wird: Das Geld wird fließen, wir Steuerzahler abermals für die Banken bluten.

> Der verdiente Herr Barroso wird mit einem Posten bei Goldman Sachs belohnt – wofür?

Schäuble wird uns anschließend erklären, wie schwer ihm das Zugeständnis gefallen sei. Doch nun habe man, als Lehre aus dem jüngsten Milliarden-Unfall, feste Regeln verabschiedet, die für die Zukunft absolut sicherstellten, dass der Steuerzahler nie wieder ... Sie wissen schon.

Der EU-Abgeordnete Sven Giegold von den Grünen ist außer sich über diesen durchsichtigen Schmu und flucht: „Der Staat (er meint: die Steuerzahler) soll erneut die Suppe auslöffeln, die sich die Banken selbst eingebrockt haben!“

Das hört sich natürlich toll an: welch wackerer Kämpfer für die Rechte der geprellten Bürger! Leider hat Giegold ein winziges Detail ausgelassen. Die EZB war es, welche die Zinsen auf Wunsch der Politik so niedrig wie nie gemacht hat, damit sich die Regierungen für lau verschulden können. Das Zinsniveau trifft auch die Banken, die gerade deshalb wie verrückt Kredite an wen auch immer raushauen, um irgendwie noch an Gewinne zu kommen. Behalten sie ihr Geld, müssen sie Strafzinsen an die Notenbank, wo die Geschäftsbanken ihre Konten haben, zahlen.

So schließt sich der Teufelskreis: Die politisch gesteuerten Notenbanken schaffen die Zinsen ab, damit die Politik umsonst an Kredite kommt, die Banken schleudern daraufhin mit Krediten herum, um den politisch gewollten Negativzinsen zu entkommen, und am Ende landet der ganze Mist, sprich: die Rechnung, beim Sparer und Steuerzahler, der neben der Vernichtung seiner Ersparnisse auch noch Milliardenspritzen für die Banken schultern soll.

Das Ganze schmeckt fast wie eine riesige Verschwörung, ein Geschmack, der durch eine Meldung von vergangener Woche kräftig an Würze gewonnen hat: José Manuel Barroso, von 2004 bis 2014 Präsident der EU-Kommission, geht als „Präsident ohne Geschäftsbereich“ zur US-Bank Goldman Sachs.

Goldman Sachs war jene Bank, die Athen dabei beraten hat, wie sich Griechenland mittels frisierter Zahlen in den Euro mogeln kann. Dieses Haus belohnt den Ex-Kommissionschef mit einem Posten, der mehr nach Pfründe klingt als nach Arbeitsplatz. Wofür?

Zwar war Barroso bei Griechenlands Euro-Betrug noch gar kein Kommissionspräsident, wohl aber während der „Lösung“ der Bankenkrise 2008. Sein damaliges Wirken scheint bei den Geldakrobaten große Verbundenheit geschaffen zu haben.

Die Deutsche Bank fordert 150 Milliarden Euro, mal eben einen halben Bundeshaushalt, um die europäischen Banken wieder flüssig zu machen. Wir dürfen zuversichtlich sein, dass dieses bescheidene Präsent auf unsere Kosten gewährt wird.

Woher nehmen die Politiker das Geld? Neben der schleichenden Enteignung durch Nullzinsen greift sich die öffentliche Hand in Deutschland mittlerweile 53 Prozent aller Privateinkommen, nur die Belgier werden noch dreister ausgenommen.

Was die Politik mit dem Geld der Bürger außer „Bankenrettung“ und milliardenteurer Willkommensindustrie eigentlich anstellt, vermögen die Deutschen immer weniger zu erkennen. Zwei Drittel fürchten, dass die Regierenden die Lage nicht mehr im Griff haben, so die „Angst-Studie“ der R+V-Versicherung. Noch nie seien die Ängste der Deutschen so schnell emporgeschnellt wie von 2015 auf 2016, sagen die von R+V beauftragten Wissenschaftler.

Statt die Grenzen zu schützen, die Terrorgefahr zu bannen oder die Kriminalität erfolgreich einzudämmen, wenden sich die Politiker lieber Dingen zu, bei denen sie sich nicht so anstrengen müssen. Etwa neuen Verboten oder Erziehungsmaßnahmen wie den Schockbildern auf Zigarettenschachteln, welche die Leute vom Rauchen abschrecken sollen.

Allerdings löste die Maßnahme bizarre Nebenwirkungen aus. Vor Kiosken kommt es neuerdings zu ungewohnten Wartezeiten, weil die Kunden die Bildchen sammeln und daher Wert darauf legen, nicht schon wieder eine Schachtel mit dem gleichen Raucherbein wie letztes Mal zu bekommen. Es ist zum Haareraufen: Wo die Politik mit heil'gem Ernst um die Gesundheit der dummen Untertanen ringt, machen die ein Spielchen draus.

Na ja, so sind sie wenigstens beschäftigt. Da die Fußball-EM vorbei ist und die unmittelbaren Nachwehen des Brexit langsam abklingen, verstellt fast nichts mehr den Blick auf das anlaufende Italien-Desaster. Das ist dramaturgisch sehr unglücklich komponiert.

Thilo Sarrazin fürchtet (siehe Zitate), dass die Deutschen ihre ewige Rolle als Ausgeplünderter ab einem bestimmten Punkt derart satt haben dürften, dass sie ernsthaft böse werden. Das Blöde ist, dass Italien mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit den Briten folgen wird, wenn Berlin die Römer in ihren Bankentrümmern verrotten lässt, statt in die Taschen der Bundesbürger zu greifen.

Da geht die Komödie in ihren tragischen Teil über, die Regierenden in Berlin geraten nämlich in ein klassisches Dilemma: Sie müssen sich entweder mit den Italienern anlegen oder mit dem eigenen Wahlvolk. An der Stelle könnte es tatsächlich noch einmal spannend werden.

MEINUNGEN

*Ein **Berliner Polizeibeamter**, der aus Angst vor Anschlägen anonym bleiben wollte, teilte der „Welt“ (10. Juli) mit, warum er nichts von Gesprächen mit den linken **Besetzern in der Rigaer Straße** hält:*

„Wenn die Autonomen sich jetzt als Opfer aufspielen, ist das einfach nur lächerlich ... Mal ehrlich, wenn das Nazis wären, die Polizisten mit Steinen bewerfen und Autos anzünden, hätten wir diese Diskussion gar nicht.“

*NRW-Minister sollen künftig ihren **Eid nicht mehr dem „Wohle des deutschen Volkes“**, sondern dem „Wohle des Landes“ widmen, was **Peter Grimm** auf seinem Blog „Sichtplatz“ (10. Juli) folgendermaßen deutet:*

„Hätte man dann die Minister nicht künftig mit ihrem Eid einfach auf das Wohl des Volkes oder der Bürger verpflichten können? Das machen andere Bundesländer doch auch. Die NRW-Volksvertreter wollen aber ganz weg vom Volk. Mit dem Volk hat man ja heutzutage auch so seine Probleme, wenn man in der Regierungsverantwortung steht ... Will man sich diesem Volk und dessen Wohl wirklich noch verpflichten? Den Einsatz zum ‚Wohle des Landes‘ zu schwören, klingt fast ebenso gut, aber ‚das Land‘ kann sich nicht äußern und missliebige Interessen formulieren.“

***Thilo Sarrazin** sieht **Deutschland** nach dem Brexit noch steiler in die Rolle des **europäischen Zahlmeisters** abrutschen. In „Focus online“ (12. Juli) warnt er:*

„Es ist das Wahrscheinlichste, dass künftige deutsche Regierungen den Bestrebungen der Mehrheit in der Währungsunion nachgeben und Deutschland letztlich zum Zahlmeister wird. Wenn das passiert, wird sich eine solche Regierung nicht halten. Ich sehe da große Spannungen voraus ... Entweder wir haften nicht (mehr) für die Banken anderer Länder. Wir haften auch nicht mehr für die Staatshaushalte. Dann werden die anderen uns vorwerfen, wir würden sie kaputt sparen. Es ist die Frage, wie lange wir das durchhalten. Wenn wir es nicht durchhalten, bin ich gespannt auf die Stimmanteile für die AfD.“

*Ungarns Ministerpräsident **Viktor Orbán** weist in der „FAZ“ (11. Juli) darauf hin, was sein wohlfeil von anderen kritisiertes Land in der **Asylkrise** für die europäischen Partner geleistet habe:*

„Die Außengrenze Deutschlands und der zentral gelegenen Mitgliedstaaten liegt viele hundert Kilometer von ihnen entfernt. Diese Länder haben darauf vertraut, dass die Mitgliedstaaten an der Außengrenze ihre Aufgaben erfüllen. Ungarn hat sie erfüllt, beschützt Deutsche wie auch Schweden, Niederländer und alle anderen europäischen Partner. Solche Gedanken rufen bei manchen geradezu reflexhaft den Vorwurf von Populismus hervor. Gemäß der Shakespeare'schen Interpretation sind jedoch Populisten Menschen, die den Spaten Spaten und die Katze Katze nennen. Wir Ungarn nennen die Dinge beim Namen ... Die auf Europa entfallende Migrationslast wollen wir nicht verteilen, sondern auflösen und beseitigen.“